

Preußische Allgemeine

Nr. 35 · 1. September 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



„Diesen Krieg gewinnt niemand“

General a.D. **Harald Kujat** erläutert im PAZ-Sommerinterview, warum der einzige Weg aus der verfahrenen Lage des Ukrainekriegs Verhandlungen sind **Seiten 2 und 3**



Debate Wie kommt die Wirtschaft aus der Energiekostenfalle? **Seite 8**



Hintergrund Die Welle von Klagen gegen Donald Trump **Seite 12**

VON BIRGIT KELLE

In der Zeit, als Telefonbücher noch gebraucht wurden, weil das Internet noch nicht erfunden war, warb die Deutsche Post für die Gelben Seiten mit dem Werbeslogan „Vielleicht hätte er jemanden fragen sollen, der sich damit auskennt.“ Anstatt Schaden anzurichten, weil man sich selbst daran versucht, sollte man zur Lösung eines Problems doch lieber Ärzte, Handwerker, Autowerkstätten und sonstige Berufsexperten beauftragen.

Möglicherweise hat das Problem der Politik begonnen, als man aufhörte, zum Verfassen von Gesetzen echte Experten zu befragen, und die obligatorischen Sachverständigenanhörungen im Bundestag nur noch Alibicharakter hatten und Theater für eine längst gefällte Entscheidung wurden, während man stattdessen Betroffenenverbänden und Lobbygruppen den Vorzug gibt und sie gar bei der Ausarbeitung von Gesetzen einbindet. Wenn sich also der „Queer-Beauftragte“ der Bundesregierung, Sven Lehmann, mit der guten Einbindung von Betroffenenverbänden der LGBT-Szene brüstet, ist das nicht die Verwirklichung volksnaher Politik, sondern die Ausgrenzung medizinischer und juristischer Expertise, um stattdessen einer winzigen Lobbygruppe gerecht zu werden, die in der Vorstellung lebt, ihr Geist sei im falschen Körper angesiedelt.

Auch die Ampelregierung hält sich offenbar für klüger als alle Experten des Landes und hat nun vergangene Woche ein sogenanntes Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet, dass demnächst jedem Bundesbürger ab 14 Jahren das Recht einräumen soll, sein Geschlecht durch eine einfache Aussage auf einem Standesamt zu wechseln – und das jedes Jahr aufs Neue. Die Konsequenzen dieses Gesetzes, sollte es im Bundestag bestätigt werden, und das wird erwartet, werden in so vielen Lebensbereichen und Rechtsgebieten Probleme schaffen, dass man eine Son-

Ein Gesetz für Lobbyisten – nicht für die Betroffenen

Die Bundesregierung gibt vor, Menschen im „falschen Körper“ helfen zu wollen, Dabei missachtet sie Erfahrungen aus dem Ausland und Warnungen von Experten

derausgabe dieser Zeitung schreiben müsste, um es vollständig aufzulisten.

Wenn Feministinnen vom ganz linken bis zum ganz rechten politischen Spektrum und sogar Frauen aus den Reihen der Grünen Alarm schlagen, weil etablierte Frauenrechte in Gefahr sind; wenn jeder Mann demnächst Eintritt in Frauendomänen, Frauensport, Frauenhäuser und Umkleideräume begehren kann mit dem Verweis auf seinen neuen Ausweis; wenn Elternverbände den Verlust von Erziehungsrechten befürchten, sollten sie der Geschlechtsumwandlung ihres Kindes nicht zustimmen; wenn ärztliche Fachverbände und vor allem auch jene Fachärzte, die mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit sogenannter „Geschlechtsinkongruenz“ arbeiten, davor warnen, hier frühzeitige Weichen zu stellen, indem man die pubertäre Idee, im „falschen Körper“ zu leben bei Kindern bestätigt, statt sie zu therapieren; und wenn selbst die polizeilichen Behörden vor diesem Gesetz warnen, weil die Gefahr bestünde, dass die Strafverfolgung eines Menschen kaum mehr möglich sein wird, falls jemandem durch Geschlechter- und Namenswechsel zu einer komplett neuen Identität verholffen wird, und das auch noch mit amtlichem Siegel – ja dann sollte man meinen, dass ein Justizminister oder eine ganze Regierung das ernst nehmen. Doch diese Hoffnung ist auf dem Altar der Ideologie gerade geopfert worden.

„SELBSTBESTIMMUNG“

Den Preis bezahlt eine Kindergeneration, die bereits jetzt eine explosionsartig ansteigende Zahl an sogenannten Transkindern weltweit und auch in Deutschland verzeichnet, die der Idee nachhängen, ihre normalen pubertären Probleme könnten mit einem „neuen“ Körper gelöst werden. Während man nun im Ausland, in skandinavischen Ländern und vor allem auch im einstigen Vorreiter England bereits die Notbremse gezogen und frühzeitige geschlechtsumwandelnde Maßnahmen sowie auch Pubertätsblocker als Körperverletzung an Kindern verboten hat, ignoriert die Bundesregierung, die sonst nicht oft genug in anderen Politikfeldern anmahnt, man möge „der Wissenschaft“ folgen, jeden Blick auf den internationalen Erfahrungsschatz der Mediziner. Man ist offenbar fest entschlossen, die deutschen Kinder erst einmal in den Brunnen zu werfen, um ihr neugeschaffenes „Recht auf Geschlechtsidentität“ im Zweifel auch gegen das Sorgerecht der Eltern gegenzurechnen.

Experten bemängeln, dass Beratungen nicht neutral sind

Offen bemängeln deutsche Koryphäen auf dem Fachgebiet, wie Dr. Alexander Korte, Oberarzt der Klinik für Kinder und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie an der Universität München, und der emeritierte Professor Volker Tschuschke, der medizinische Psychologie am Klinikum der Universität

Köln lehrte, dass die von der Regierung angekündigte zusätzliche Beratung der Kinder gerade nicht mit Fachpersonal, sondern mit Lobbygruppen und Betroffenenverbänden geplant wird, und das mit enormen Geldsummen. Damit wird eine neutrale Beratung oder gar eine therapeutische Begleitung der Kinder gerade nicht angestrebt, weshalb die Fachärzte ganz im Gegenteil eine Verstärkung der Idee eines Geschlechterwechsels bei den Kindern befürchten, die sich – das zeigt die psychotherapeutische Praxis – bei den meisten Jugendlichen nach der Pubertät wieder erledigt, wenn man ihnen nur einfache Zeit gibt. Die Fachärzte plädieren also dringend für Langsamkeit und Therapie, die Politik drängt die Kinder stattdessen in die Hände einschlägiger Transverbände, die die „Rechte“ von „Transkindern“ beschützen wollen. Damit macht man den Bock zum Gärtner.

Bezeichnend ist zudem, dass niemand Beratungsstellen und Anlaufstellen für jene Eltern schaffen will, die ihre Kinder aus dem Sog dieses Trans-Trends befreien wollen. Bereits heute drohen Eltern das Sorgerecht zu verlieren, wenn sie sich wenig kooperativ beim Geschlechterwechsel ihrer Kinder zeigen. Das geplante Gesetz wird jene Erwachsenen kriminalisieren, die ihnen zur Hilfe eilen wollen. Kein Kind wird auch nur ein „Recht“ dazugewinnen. Manche werden aber stattdessen ihre Gesundheit verlieren.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlin-Mitte soll der historische Molkenmarkt wiedererstehen **Seite 5**

Kultur

Der Niedergang von Leseringen wie Bertelsmanns Buchclub **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Allenstein belegt vorderen Platz in einem Städteranking zur Lebensqualität **Seite 13**

Reise

Sommerliche Streifzüge durch Bad Ischl und das Salzkammergut **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303909 35
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

IM GESPRÄCH MIT
GENERAL A.D. HARALD KUJAT

Anderthalb Jahre nach Ausbruch des Ukrainekriegs scheint das Geschehen auf den Schlachtfeldern festgefahren zu sein. Umso wichtiger sind die politischen Perspektiven. Fragen an einen Experten, der die ukrainische und die russische Armee ebenso kennt wie die Situation der NATO-Staaten und ihrer Streitkräfte.

Herr Kujat, seit unserem letzten Gespräch Anfang Juni ist viel geschehen. Die Ukraine hat ihre lange erwartete Offensive gestartet, und Russland wurde durch einen ominösen Putschversuch der Gruppe „Wagner“ erschüttert. Deren Kopf Jewgenij Prigoschin wiederum wurde vor wenigen Tagen Opfer eines Flugzeugabsturzes. Und im Westen halten die Debatten an, welche Waffen der Ukraine am besten helfen würden. Lassen Sie uns zunächst über die Lage im Kriegsgebiet sprechen. Wie steht es um die ukrainische Offensive?

Die Offensive war vorab mehrfach angekündigt und verschoben worden und hat schließlich am 4. Juni begonnen. Die Voraussetzungen dafür waren nicht schlecht. Es standen zwölf gut ausgerüstete Brigaden bereit, so dass die Ukraine durchaus einen starken Vorstoß hätte unternehmen können. Allerdings hat sich die ukrainische Führung dazu entschlossen, die Angriffe in kleineren Kontingenten durchzuführen, vermutlich aus Sorge vor der Luftüberlegenheit der Russen, für die ein breit aufgestelltes Kontingent ein leichtes Angriffsziel gewesen wäre.

Gleichwohl hat die Ukraine zunächst mit relativ starken Kräften angegriffen, dabei allerdings auch erhebliche Verluste erlitten. Dann kam eine Phase mit Vorstößen kleiner Kontingente an mehreren Orten gleichzeitig. Dabei sind punktuell einige Geländegewinne erzielt worden. Inzwischen werden wieder größere Angriffsformationen eingesetzt.

Allerdings sind die eigentlichen Verteidigungsstellungen der Russen an keiner Stelle durchbrochen worden. Denn die Verteidigungsanlagen an der gesamten Front sind sehr tief gestaffelt. Vorgelagert ist eine Überwachungszone von 15 bis 20 Kilometern Tiefe. Dahinter kommt ein stark befestigtes Gelände mit großen Minenfeldern, und erst dann folgen die ersten ausgebauten Verteidigungsstellungen, danach in einigem Abstand die zweiten. Und dahinter stehen schwere Waffen, mit denen die Russen in die Überwachungszone hineinwirken können. Die bisherigen Gefechte fanden also nur in der Überwachungszone statt.

Wie haben sich die Ukrainer in den bisherigen Kämpfen geschlagen?

Da sich ein Angreifer offen im Gelände exponieren muss und der Verteidiger von ausgebauten Stellungen aus mit seinen Waffen wirken kann, sind Verluste in einer Offensive generell höher als in der Defensive. Dies ist auch hier der Fall, weshalb die Ukraine extrem hohe Verluste erlitten hat. Hinzu kommt, dass die Russen wegen der Lufthoheit über dem Kampfgebiet ihre Kampfhubschrauber uneingeschränkt einsetzen können. Deshalb hat die Ukraine ihr erklärtes Ziel, die Landbrücke zwischen Russland und der Krim zu erreichen und damit die russischen Streitkräfte von ihrer logistischen Drehscheibe abzuschneiden, bisher nicht erreicht. Und es ist zweifelhaft, ob sie dieses Ziel erreichen wird.

Als Alternative haben die Ukrainer zuletzt weitere Waffensysteme gefordert, neben F16-Kampfflugzeugen auch „Taurus“-Marschflugkörper, die sowohl eine große Reichweite als auch eine enorme Durchschlagskraft haben und nur schwer zu bekämpfen sind. Außerdem hat die Ukraine vermehrt Drohnenangriffe in der Tiefe des russischen Raumes, insbesondere in Moskau und gegen Verbindungswege zur Krim unternommen sowie angekündigt, auch Schiffsbewegungen im Schwarzen Meer und die dortigen russischen Häfen anzugreifen. Wörtlich sagte der ukrainische Präsident Selenskyj: „Allmählich kehrt der Krieg auf das Territorium Russlands zurück in seine symbolischen Zentren und Militärstützpunk-



„Je länger der Krieg dauert, desto geringer sind die Aussichten der Ukraine“: Seit Kriegsbeginn zahlen die Ukrainer einen hohen Blutzoll. Da personelle Verluste durch Waffensysteme allein nicht ausgeglichen werden können, geht ihren Streitkräften früher oder später die entscheidende Ressource aus
Foto: pa

„Über Sieg und Niederlage entscheiden nicht die Waffen“

Über die Lage auf dem Schlachtfeld in der Ukraine, die geopolitischen Auswirkungen des Krieges – und erste Schritte auf dem Weg zu einem Frieden – Teil 7 der PAZ-Sommerinterviews 2023

te.“ Der Luft-Boden-Marschflugkörper „Taurus“ ist für diesen Zweck besonders gut geeignet, erhöht jedoch gerade deshalb das Eskalationsrisiko – und exponiert Deutschland in besonderer Weise.

Hat sich mit dem Stopp der Bodenoffensive auch das Kampfgeschehen insgesamt – wie im Ersten Weltkrieg – festgefahren?

Der Vergleich zum Ersten Weltkrieg wird oft gezogen. Auch damals, heißt es, sei der Bewegungskrieg stagniert und in einen Stellungskrieg übergegangen, bei dem alle Seiten nur noch kleinere Erfolge erzielen konnten. Doch diesen Verlauf sehe ich in der Ukraine nicht.

Mein Eindruck ist vielmehr, dass wir hier eine asymmetrische Kriegführung sehen. Die Ukraine will, um ihre Standfestigkeit und Handlungsfähigkeit gegenüber dem Westen zu demonstrieren, die ja Voraussetzung dafür ist, dass sie weitere Unterstützung erhält, verlorenes Gelände zurückerobert. Deswegen werden auch kleinere Gewinne wie ein Vorstoß von hundert oder zweihundert Metern als Fortschritt gemeldet.

Allerdings verkennen diese Meldungen die Strategie der Russen. Diese haben sich vor einigen Monaten zu einer strategischen Defensive entschlossen. Ihr Interesse ist derzeit, die ukrainischen Streitkräfte so weit wie möglich abzunutzen und so – um den Clausewitzschen Begriff zu gebrauchen – den Gegner wehrlos zu machen.

Meine Vermutung ist, dass sie dann, wenn die ukrainischen Streitkräfte genug geschwächt sind, zu einem Angriff ansetzen

werden, um bis an die Grenzen der Verwaltungsgebiete Luhansk, Donezk, Cherson und Saporischschja vorzustoßen und damit das Gebiet, das sie am 30. September letzten Jahres annektiert haben, zu konsolidieren. Möglich ist, dass auch Odessa mit eingeschlossen wird, da es eine alte russische Stadt ist.

Käme es so, könnte Russland erklären, dass das Ziel seiner „militärischen Spezialoperation“ erreicht ist. Die Ukrainer stünden dann mit ihren Unterstützern vor der Frage, ob es sinnvoller ist, auf Verhandlungen oder auf eine Fortsetzung des Abnutzungskrieges zu setzen ...

... bei dem die Ukrainer jedoch kaum Chancen auf Erfolg hätten, die Russen allerdings warten könnten, bis ihnen die Kräfte ausgehen.

Das ist der entscheidende Punkt. Je länger der Krieg dauert und je höher damit die Abnutzung der Ukrainer ist, desto größer sind die Chancen der Russen, ihre Ziele durchzusetzen. Und desto geringer sind die Aussichten der Ukraine, die strategische Gesamtlage zu ihren Gunsten zu verändern.

Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die personellen Verluste auf der ukrainischen Seite enorm sind. Dies wird oft ausgeblendet, dabei entscheiden über Sieg und Niederlage in einem Krieg nicht die Waffen, sondern die Soldaten, die sie bedienen. Personelle Verluste können durch Waffensysteme allein nicht ausgeglichen werden. Und da der Westen erklärtermaßen keine eigenen Truppen in die Ukraine schicken will, geht

—
„Die Russen haben sich vor einigen Monaten zu einer strategischen Defensive entschlossen. Ihr Interesse ist derzeit, die ukrainischen Streitkräfte so weit wie möglich abzunutzen und so wehrlos zu machen“

den ukrainischen Streitkräften früher oder später die entscheidende Ressource aus, während die Russen in der Region gerade eine neue Armee aufstellen.

Aber dass die Russen den Krieg – jenseits der vier Verwaltungsgebiete – gewinnen können, erscheint auch nicht realistisch.

Diesen Krieg gewinnt niemand. Einen Krieg zu gewinnen heißt, die politischen Ziele, deretwegen man ihn führt, zu erreichen. Dies wird jedoch keiner Partei gelingen: Russland wollte eine NATO-Erweiterung verhindern und muss nun zusehen, dass Finnland und Schweden dem Bündnis beitreten. Die Ukraine wollte Mitglied der NATO werden und das gesamte seit 2014 verlorene Gebiet zurückerobert, und muss nun erkennen, dass beides Illusion ist.

Anders sieht es aus, wenn wir über Sieg oder Niederlage im engeren militärischen Sinn sprechen. Russland könnte nach der Eroberung des gesamten Gebiets, das Putin am 30. September 2022 zu russischem Staatsgebiet erklärt hat, also die genannten vier Regionen, durchaus von einem militärischen Sieg sprechen. Bereits seit einigen Tagen hat die russische Armee im Norden der Front, bei Kupjansk und Lyman, ihre Angriffe verstärkt. Bei schnellen Fortschritten könnte es sogar gelingen, ukrainische Kräfte, die im Süden den Durchbruch versuchen, einzukesseln.

Aus militärischer Sicht kann man außerdem nicht völlig ausschließen, dass die russischen Streitkräfte beabsichtigen, auch Gebiete westlich des Dnjepr zu erobern, denn sie haben die Brücken über den Fluss bisher

nicht zerstört, obwohl dies gegenwärtig ein großer Vorteil wäre.

Zur Aufnahme von Verhandlungen heißt es auf westlicher Seite meist, dass Russland dafür Vorbedingungen nennt, die für die Ukraine nicht annehmbar sind.

Es haben ja bereits Ende März 2022 Verhandlungen stattgefunden, die aus meiner Sicht ein positives Ergebnis für die Ukraine brachten. Als unlängst einige afrikanische Staats- und Regierungschefs bei Putin waren, hielt dieser ein Papier in die Kameras und sagte, dass dies jene Vereinbarung sei, die beide Seiten kurz nach Kriegsbeginn erzielt hätten, dass sich jedoch die Ukraine anschließend auf Druck des Westens davon distanziert habe.

Vorbedingungen haben beide Seiten aufgestellt. Deshalb möchte ich an das chinesische Positionspapier vom Februar dieses Jahres erinnern. Darin fordern die Chinesen nicht, Verhandlungen aufzunehmen, sondern sie sprechen von: „resume peace talks“ – also von der Fortsetzung bei dem Stand, den sie erreicht hatten, bevor sie abgebrochen wurden. Diese Formel finde ich sehr gut.

Wenn sich beide Seiten darauf einigen könnten, ohne Vorbedingungen in Gespräche zu gehen, sehe ich eine Chance. Dass die elementaren Forderungen dann im Verlaufe der eigentlichen Verhandlungen auf den Tisch kommen, steht außer Frage.

Wie schätzen Sie die innere Lage der Russen ein? Dort hatte der Anführer der Gruppe „Wagner“, Jewgenij Prigoschin, am 23. Juni einen Marsch auf Moskau gestartet und diesen einen Tag später kurz vor den Toren der russischen Hauptstadt gestoppt. In der vergangenen Woche dann kam er unter mysteriösen Umständen ums Leben. Welchen Einfluss kann dies auf den weiteren Kriegsverlauf haben? Immerhin haben die „Wagner“-Söldner mit der Eroberung Bachmuts einen der wenigen offensiven Erfolge der Russen in jüngster Zeit erzielt.

Zu den innerrussischen Auswirkungen der Causa Prigoschin vermag ich nichts zu sagen.

Was „Wagners“ militärische Rolle angeht, hatte ich nicht den Eindruck, dass diese Gruppe wieder in der Ukraine eingesetzt werden sollte. Es gab einfach vor dem Putschversuch im Juni zu viele Auseinandersetzungen zwischen Prigoschin und der Führung des russischen Verteidigungsministeriums. Bachmut war wegen der örtlichen Bedingungen ein Sonderfall. Für die derzeitigen militärischen Operationen der russischen Streitkräfte sind die „Wagner“-Söldner nicht erforderlich, zumal es jetzt wichtig ist, das Prinzip Einheit der Führung zu wahren. Die Indizien verstärken sich offenbar, dass das Flugzeug nicht abgeschossen wurde, wie vorschnell behauptet wurde, sondern der Absturz durch eine Bombe an Bord verursacht wurde.

Lassen Sie uns nochmal zurückkommen zur Frage der Waffenlieferungen. Viele der bisher gelieferten Systeme, zum Beispiel die Mehrfachraketenwerfer HIMARS oder die Kampfpanzer Leopard 2, wurden vorab als „Game Changer“ gepriesen. Allerdings konnte bislang nichts die Lage tatsächlich verändern. Trotzdem haben wir nun die Debatte über die Lieferung von F16-Kampffjets und „Taurus“-Marschflugkörpern.

Zunächst einmal stimmt es, dass bisher jede neue Waffenkategorie als „Game Changer“ – also als ein System, dass die strategische Lage zugunsten der Ukraine verändern würde – angekündigt worden ist. Doch nichts davon ist eingetreten.

Ich erwarte auch, dass die F16-Kampfflugzeuge – die übrigens nur von den Europäern geliefert werden, während die US-Amerikaner erklärt haben, keine zu liefern – kein „Game Changer“ sein werden. Denn erstens erfordert die Ausbildung der Piloten einige Zeit, so dass die Flugzeuge gar nicht schnell zum Einsatz kommen. Und zweitens ist die russische integrierte Luftverteidigung äußerst wirksam. Der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan, sagte darum auch vor wenigen Tagen: „Die amerikanischen militärischen Befehlshaber zweifeln daran, dass die F16 überhaupt eine entscheidende Rolle in dieser Offensive spielen würden.“

Woher kommen dann immer wieder diese Diskussionen dazu?

Zum Beispiel daher, dass die Ukrainer in ihrer misslichen Lage überlegen, welche westlichen Waffensysteme ihnen noch helfen könnten. Leider verstehen die meisten Journalisten und auch Politiker, die sich diesen Forderungen anschließen, nicht, worum es wirklich geht. Sie glauben, wenn wir mehr und leistungsfähigere Waffen liefern, könnte das doch noch dazu führen, dass die Ukraine einen militärischen Sieg erringt. Der US-amerikanische Generalstabschef Mark A. Milley hat jedoch schon Anfang November zu Verhandlungen aufgefordert, weil die ukrainischen Streitkräfte erreicht hätten, wozu sie in der Lage wären. Seitdem ist die militärische Lage der ukrainischen Streitkräfte immer kritischer geworden.

Auffallend ist, dass die Ukraine in jüngster Zeit in deutschen Medien etwas differenzierter betrachtet wird. So wurde wiederholt über das enorme Problem der Korruption bis in höchste Kiewer Kreise hinein berichtet.

Auch ich habe den Eindruck, dass die Berichte zur Ukraine weniger heroisierend sind. In den Vereinigten Staaten wird schon seit geraumer Zeit – und zwar auch von Spitzenpolitikern und Spitzenmilitärs – sehr viel offener über die Ukraine, den Krieg und seine Folgen für den Westen diskutiert.

Offensichtlich schwappt diese Diskussion jetzt ein bisschen zu uns herüber. Dabei spielt neben den Berichten über die Korruption auch die Erkenntnis eine Rolle, dass die überschwängliche Würdigung selbst kleinster ukrainischer Erfolge und die Behauptungen, dass die Lage des russischen Militärs völlig desaströs sei, nicht dazu geführt haben, dass sich die tatsächliche Lage der Ukraine verbesserte.

Sie sagten eben, dass keine Seite diesen Krieg gewinnen wird. Allerdings gibt es Stimmen, die meinen, dass die USA durchaus ein Gewinner des Krieges seien, weil sie zum Beispiel nun in großen Mengen ihr teures Flüssiggas nach Europa liefern können, da russisches Erdgas nicht mehr verfügbar ist. Andere Stimmen meinen dagegen, dass die Amerikaner durch ihr verstärktes Engagement in Europa in ihrem Hauptkonflikt mit China geschwächt wären. Wie bewerten Sie diese Frage?

Der Ukrainekrieg hat dazu beigetragen, dass das Entstehen einer neuen multipolaren Weltordnung an Dynamik gewonnen hat. Um China und Russland entsteht mit der BRICS-Gruppe ein neues politisches, wirtschaftliches und militärisches Machtzentrum, dessen Ziel es ist, die USA als führende Weltmacht abzulösen und die wirtschaftliche und finanzielle Dominanz des US-Dollars als Weltleitwährung zu beenden. China treibt die Bildung einer rohstoffbasierten Reservewährung als Konkurrenz zum Petrodollar voran und stockt seit Monaten die Goldreserven auf. Vor wenigen Tagen erst ist die Gruppe um sechs Mitglieder erweitert worden, zahlreiche weitere Staaten streben entweder in diese Gruppe oder in die ebenfalls von China, Russland und Indien dominierte Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ).

Dass diese Allianz ernst zu nehmen ist, zeigt sich daran, dass ihr nun auch der alte US-Verbündete Saudi-Arabien angehört. China und Saudi-Arabien arbeiten eng auf dem globalen Ölmarkt und in der Nukleartechnologie zusammen, und der Handel wird in der jeweiligen Landeswährung und nicht mehr auf Dollarbasis abgewickelt. Besonders kritisch ist für die USA die Tatsache, dass eine Reihe südamerikanischer Staaten und zwei NATO-Staaten – Griechenland und die Türkei – der BRICS-Gruppe beitreten möchten.

Die USA versuchen, mit den Europäern durch die NATO und durch eine Stärkung der Allianz mit Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan ein geopolitisches Gegengewicht zu bilden. Es bilden sich also zwei antagonistische geopolitische Blöcke. In der US-Sicherheitsstrategie ist China der Hauptgegner, da nur die Chinesen in der Lage wären, die Rolle der Vereinigten Staaten als führende Weltmacht zu gefährden. Zudem soll in Europa durch die Integration der Ukraine in die westliche Gemeinschaft das geostrategische Gleichgewicht mit Russland zugunsten der



Jüngst gefordertes Waffensystem für den Ukrainekrieg: Der „Taurus“-Marschflugkörper (li.), hier bei einer Vorführung der Luftwaffe zusammen mit einem Tornado
Foto: imago/Arnulf Hettrich

„Zunächst einmal muss es zu Gesprächen kommen. Ansonsten wird dieser Krieg noch lange dauern, immer mehr Opfer fordern – und die Gefahr einer Eskalation und Ausweitung des Krieges wird steigen“

Das heißt aber, wenn Deutschland seine Interessen klar vertreten würde, könnte es diese auch durchsetzen?

So ist es. Dazu müssten wir jedoch bereit und in der Lage sein, um nur ein Beispiel zu nennen, wie unsere Verbündeten unsere nationalen Interessen in die gemeinsame Sicherheitspolitik der Allianz einzubringen und diese mitzugestalten. Wir schwimmen jedoch lediglich im Geleitzug „kollektiver Westen“ mit. Der Mangel an Eigenständigkeit, Initiative und Gestaltungskraft deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Ärgernis.

Sie haben dargelegt, dass es im Interesse aller Beteiligten liegt, eine Verhandlungslösung anzustreben. Doch wie könnte ein Szenario aussehen, um zumindest zu ersten Gesprächen zu kommen? Vor einigen Monaten hatten Sie dazu bereits einen Vorschlag unterbreitet.

Richtig. Ich habe das Papier inzwischen gemeinsam mit den Professoren Peter Brandt, Hajo Funke und Horst Teltschik an die jüngsten Entwicklungen angepasst und in der Schweizer Zeitschrift „Zeitgeschichte im Focus“ veröffentlicht.

Entscheidend ist zunächst, dass beide Seiten ihre Vorbedingungen zurückstellen, damit es überhaupt Gespräche geben kann. Dann schlagen wir einen überwachten Waffenstillstand vor. Dazu sollten die Vereinten Nationen eine Sicherheitszone von jeweils 50 Kilometern Entfernung zur ukrainisch-russischen Grenze einrichten und eine Friedenstruppe zur Einhaltung des Waffenstillstands in den bisher von Russland besetzten Gebieten einsetzen.

Bei den Friedensverhandlungen würde ich den Stand der Gespräche Ende März 2022 zugrunde legen. Zu den Kernpunkten eines Friedensvertrags müsste gehören, dass die Ukraine sich als neutral erklärt und ihre Ambitionen auf einen NATO-Beitritt aufgibt (der in absehbarer Zeit ohnehin nicht realistisch ist, weil dem Land wesentliche Voraussetzungen dazu fehlen) sowie keine Stationierung von Streitkräften oder militärischer Infrastruktur fremder Mächte auf ihrem Territorium erlaubt. Russland müsste seine Truppen abziehen. Die Zukunft der vier annektierten Gebiete könnte in bilateralen Verhandlungen oder durch ein Referendum unter Kontrolle der UNO geregelt werden. Nicht zuletzt gehört auch eine internationale Konferenz zur Finanzierung des Wiederaufbaus dazu.

Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Zunächst einmal muss es zu Gesprächen kommen. Ansonsten wird dieser Krieg noch lange dauern, immer mehr Opfer fordern – und die Gefahr einer Eskalation und Ausweitung des Krieges wird steigen.

Das Interview führte René Nehring.

Zur Person

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.

● MELDUNGEN

Kritik des Expertenrats

Berlin – Der Expertenrat für Klimafragen (ERK) ist nicht zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung. Die Klimaschutzmaßnahmen gingen zwar in die richtige Richtung, reichten aber noch immer nicht aus, teilte das Gremium mit. Die fünf Wissenschaftler kritisierten, es fehle ein zusammenhängendes, in sich schlüssiges Gesamtkonzept. „Bei etlichen Maßnahmen sehen wir die Realisierungswahrscheinlichkeit und die Abweichung zwischen der Realität und den Annahmen der Bundesregierung in den Unterlagen kritisch“, sagte Hans-Martin Henning, der Vorsitzende des ERK. Die bis Ende August vergangenen Jahres beschlossenen Klimaschutz-Maßnahmen reichten nicht aus, um die Emissionen bis 2030 weit genug zu senken. Bundeskanzler Olaf Scholz ist anderer Meinung. „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit den Maßnahmen genau das tun, was man braucht, damit Deutschland 2045 CO₂-neutral wird“, erklärte er. *P.E.*

Sachsen will Schluss machen

Dresden – Der Freistaat Sachsen will an seinen Landesgrenzen zur Republik Polen und der Tschechischen Republik die Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung Ende Dezember dieses Jahres beenden. Nach Angaben des sächsischen Innenministeriums hat sich die im Jahre 2019 eingeführte Gesichtserkennung in der Praxis nicht bewährt. Der technische und personelle Aufwand für die Gesichtserkennung in einem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der polnischen und der tschechischen Grenze sei sehr hoch gewesen, so der seit vergangenem Jahr dieses Amt bekleidende sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU). Wie Sachsens Staatsministerium des Innern weiter mitteilte, hat sich der fachliche Erfolg im Praxisbetrieb nicht eingestellt. Zudem soll es auch Probleme gegeben haben, die Vorgaben des Datenschutzes zu erfüllen. In Städten wie Görlitz will der Freistaat auch weiterhin eine herkömmliche Videoüberwachung ohne automatisierten Datenabgleich einsetzen. *H.M.*

Kürzungen geplant

Berlin – Wie eine Anfrage des CSU-Bundestagsabgeordneten Stefan Pilsinger beim Bundesfinanz- und beim Bundesgesundheitsministerium ergab, stellt der deutsche Staat dieses Jahr 129.000 Euro für die Suizidprävention bereit. Im nächsten Jahr verringert sich die Summe auf 68.000 Euro. Für die Finanzierung von digitalen Beratungsangeboten für Menschen in Krisensituationen stehen dieses Jahr 236.000 Euro zur Verfügung und im kommenden 226.000. Pilsinger kommentierte die Antwort der beiden Ministerien mit den Worten: „Mit diesen Kleckerbeträgen, die die Bundesregierung hier ins Schaufenster stellt, werden wir die Suizidprävention kaum stärken können.“ Zum Vergleich: Für die Corona-Kampagne „Ich schütze mich“ gab das Gesundheitsministerium die 32,7 Millionen Euro aus. *W.K.*



Sind sich einig: Die SPD-Innenministerin Nancy Faeser und ihr Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang

Foto: pa

BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Ein Herz und eine Seele

CDU-Mitglied Thomas Haldenwang und die Ampel verbinden gleiche Interessen

VON PETER ENTINGER

Kein Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) war derart präsent in der Öffentlichkeit wie Thomas Haldenwang. Bei nahezu jeder sich bietenden Gelegenheit warnt er vor den angeblichen Gefahren, die von der Alternative für Deutschland ausgingen. Selbst der AfD nicht sonderlich wohlgesinnte Medien stellen sich die Frage, ob Haldenwang möglicherweise zu weit gehe.

Der BfV-Chef ist ein aus Nordrhein-Westfalen stammender Jurist, der die meisten Dienstjahre im Innenministerium verbracht hat. Seit 2009 arbeitet er für den Inlandsgeheimdienst, seit November 2018 ist er als Nachfolger von Hans-Georg Maaßen Chef der Sicherheitsbehörde. Beobachter beschreiben Haldenwang als besonnenen, höflichen Mann. Doch beim Thema AfD wird er resolut. Haldenwang sei überzeugt von dem, was er tue, zitierte die „Tagesschau“ aus Sicherheitskreisen.

Seit 2019 versucht sich die AfD mit juristischen Mitteln gegen den Verfassungsschutz-Präsidenten zu wehren. Mal gelingt ihr das, mal nicht. Als Haldenwang

kürzlich während der Europawahlversammlung der Partei konstatierte, der Parteitag habe die weitere Radikalisierung der Partei unter Beweis gestellt, wurde er von einem Gericht zurückgepfiffen. Als die Partei eine Woche später den Parteitag abgeschlossen hatte, wiederholte Haldenwang seine Feststellung.

Gemeinsam gegen die AfD

Der 63-Jährige besitzt seit Jahren das CDU-Parteibuch, eine Karriere innerhalb der Parteigremien hat er nie angestrebt. Der Protestant besuchte als 17-jähriger Schüler Israel und lebte zeitweise in einem Kibbuz. Mehrfach wiederholte er, diese Erfahrung habe ihn sehr geprägt. Wohl deshalb hat er den Kampf gegen den Antisemitismus und den (auch vermeintlichen) Rechtsextremismus ganz oben auf seine Fahnen geschrieben.

In Berlin gibt es in Regierungskreisen Menschen, die Haldenwang durchaus kritisch sehen. Er ermögliche der AfD zu oft, sich als Opfer darzustellen. Den BfV-Chef ficht das nicht an. Aufgrund seines Alters ist das Ende seiner Amtszeit bereits in Sicht. Er muss kaum noch Rücksicht auf Befindlichkeiten nehmen.

„Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, Umfragewerte der AfD zu senken“, sagte er Anfang Juni in einem ZDF-Interview. Anschließend wurde darüber gerätselt, ob der Verfassungsschutz überhaupt dafür zuständig sei. Oder ob Haldenwangs Äußerung als Appell an die etablierten Parteien verstanden werden soll.

„Ich finde, Thomas Haldenwang macht seinen Job gut. Er ist ein klarer Typ. Und er sieht, dass im Bereich des Rechtsextremismus derzeit die größte Gefahr lauert – ohne andere Gefahren wie Salafismus oder Linksextremismus wegzudrücken. Dabei hat er ein klares Geschichtsverständnis. Das ist in diesen Zeiten viel wert“, sagt der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages, der Grüne Konstantin von Notz.

Freiwillig räumt er der SPD das Feld

Auch von den beiden anderen in Berlin regierenden Ampel-Parteien erhält der Christdemokrat viel Zuspruch. Auffallend ist das gute Verhältnis, das CDU-Mann Haldenwang zur SPD-Ministerin Nancy Faeser pflegt. Mehrfach sprang die Bun-

desinnenministerin dem Behördenleiter in den vergangenen Wochen zur Seite. „Wenn der Verfassungsschutzpräsident konkrete Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen hat, dann äußert er sie auch. Das ist seine Aufgabe“, sagte die SPD-Politikerin der „Rheinischen Post“. Es sei richtig, „dass der Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall genau im Blick hat“.

Als Faeser und Haldenwang vor einigen Wochen gemeinsam vor die Hauptstadtspresse traten, wurde er gefragt, welche Botschaft er für die AfD-Wähler habe. „Ich würde mal sagen, das nehme ich Herrn Haldenwang ab“, griff Faeser ein und wollte damit offenbar verhindern, dass sich Haldenwang zur Tagespolitik äußert. Sie tritt im Herbst bei den Landtagswahlen in Hessen als Spitzenkandidatin ihrer Partei an. Die Chancen stehen nicht sonderlich gut. Und ob die SPD 2025 noch einmal an einer Bundesregierung beteiligt sein wird, steht in den Sternen.

Übernächstes Jahr wird Haldenwang 65 Jahre alt. Hauptstadt-Reporter wollen aus Sicherheitskreisen erfahren haben, dass er eine Verlängerung der Dienstzeit nicht unbedingt anstrebe. Und dass die SPD noch vor der Wahl die Behördenspitze mit jemandem aus ihren Reihen neu besetzen möchte, gilt als sicher. Das riecht nach einer für beide Seiten harmonischen Lösung. Haldenwang darf sich den Rest seiner Amtszeit noch weiter an der AfD abarbeiten. Und die SPD kann schon einmal einen Nachfolger suchen.

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

Generationswechsel an der Spitze der Soros-Stiftung

Der Junior gibt sich politischer als sein Vater und will sich mehr außerhalb der EU engagieren

Die Open Society Foundations (OSF) sind eine Gruppe von Stiftungen, die von dem US-amerikanischen Börsenspekulanten und „Philanthropen“ George Soros mit Kapital in Höhe von 18 Milliarden US-Dollar ausgestattet wurden und erklärten, das Ziel verfolgen, die Menschenrechte zu stärken sowie wirtschaftliche oder soziale Reformen auf der ganzen Welt zu initiieren. Um ihre dezidiert linke Agenda zu verfolgen, schrecken die Soros-Stiftungen auch nicht davor zurück, sich in die inneren Angelegenheiten vieler Staaten einzumischen.

Im Juli übergab der mittlerweile 92 Jahre alte George Soros die Leitung der OSF an seinen Sohn Alexander, der bekannte, politischer zu sein als der Vater. Anschließend kündigte die Stiftungsgruppe eine „radikale Änderung“ ihrer Politik

an. Dies tat sie mit den Worten: „Letztendlich sieht die neue ... strategische Ausrichtung den Rückzug und die Beendigung großer Teile unserer aktuellen Arbeit innerhalb der Europäischen Union vor, wobei unser Fokus und die Zuweisung von Ressourcen auf andere Teile der Welt verlagert werden.“

Zur Begründung hieß es, die Umorientierung könne erfolgen, weil „EU-Institutionen und -Regierungen bereits erhebliche Ressourcen für Menschenrechte, Freiheit und Pluralismus“ bereitstellten.

Auf welche „globalen Probleme größerer Art“ sich die OSF künftig konzentrieren wollen, gaben sie nicht bekannt. Jedoch ließ Alexander Soros verlauten, dass es notwendig sei, verstärkt in den US-Präsidentschaftswahlkampf einzugreifen. Worauf dies abzielt, ist klar, ist der Milli-

ardärs-Sprössling in der Vergangenheit doch schon als Unterstützer der Demokraten aufgetreten.

Ansonsten deuten sich noch drei weitere Zielrichtungen an. Aktuell wächst der internationale Widerstand gegen eine unipolare Weltordnung unter Führung Washingtons. Dieser äußert sich beispielsweise im Bemühen der BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sowie Argentinien, Ägyptens, Äthiopiens, Saudi-Arabiens, des Iran sowie der Vereinigten Arabischen Emirate, einen neuen Block zu bilden, um die Dominanz der USA zu brechen.

Insofern könnten die OSF in diesen Ländern verstärkt aktiv werden. Zum anderen dürften auch Staaten in den Fokus geraten, die auf dem Balkan liegen und wie Serbien eher pro-russisch orientiert

sind. Und dann steht noch zu erwarten, dass die OSF ihr Engagement in Zentralasien, also an der südlichen Flanke der Russischen Föderation, verstärken.

Dort liegt unter anderem die ehemalige Sowjetrepublik Kirgisistan, die sich beharrlich weigert, dem Druck der USA nachzugeben und eine anti-russische Politik zu verfolgen. Im Juni wurde bereits ein Putsch gegen die Regierung in Bischkek versucht, und Anfang August hat der demokratische Vorsitzende des US-Senatsausschusses für Außenpolitik, Robert Menendez, dem kirgisischen Präsidenten Sadyr Dschaparow unverhohlen mit Interventionen von außen gedroht. In diesem politischen Klima könnten die OSF künftig eine wichtige Rolle spielen, indem sie die Opposition am Tian Shan unterstützen. *Wolfgang Kaufmann*

STÄDTEBAU

Berlins ältester Platz kehrt zurück

Der Molkenmarkt im historischen Herzen der Hauptstadt soll neu bebaut werden

VON HERMANN MÜLLER

Zum Ende des Jahrzehnts wird die deutsche Hauptstadt Berlin um einen weiteren Anziehungspunkt reicher sein. Direkt neben dem Roten Rathaus wird der älteste Platz Berlins, der Molkenmarkt, neu gestaltet und wiederbebaut. Mit 800 Jahren Siedlungsgeschichte gilt der Molkenmarkt als ältester Platz der Stadt und als Wiege Berlins.

Nach Zerstörungen der Bebauung im Zweiten Weltkrieg wurde der Markt zu DDR-Zeiten in eine sechsspurige Verkehrsschneise mit vielen Parkplätzen und Autokreuzungen umgewandelt. Erste Planungen zur Wiederbebauung des Areals hatte in den 1990er Jahren der damalige Senatsbaudirektor Hans Stimmann mit dem „Planwerk Innenstadt“ auf den Weg gebracht. Jahrzehnte später hat das Projekt nun eine entscheidende Hürde genommen.

Am 22. August hat der Berliner Senat einen Rahmenplan für die Wiederbebauung des Areals beschlossen. Wie Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler (SPD) erläuterte, soll zwischen Nikolai viertel, Rathauspassage, Altem Stadthaus und Littenstraße ein neues Stadtviertel mit 450 Wohnungen entstehen. Erste Häuser sollen bereits 2028 fertig sein.

Gestaltung jahrelang umstritten

Zum Zuge kommen vorwiegend die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Degewo und WBM. Diese sollen ein breit gefächertes Wohnungsangebot „für die unterschiedlichsten Lebensmodelle aller Alters- und Sozialstrukturen“ schaffen. Zudem soll die Hälfte der Wohnungen „mietpreisgedämpft“ angeboten werden, um am Molkenmarkt „eine soziale Mischung“ zu ermöglichen. Von den Grünen im Abgeordnetenhaus kam dennoch scharfe Kritik. „Am Molkenmarkt droht ein weiteres Luxusquartier ohne bezahlbare Wohnungen“, so der stadtentwicklungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion Julian Schwarze.

Geplant ist laut Senator Gaebler keine historische Rekonstruktion, „sondern eher eine aktuelle Interpretation“. Dies als einen Sieg der Modernisten im jahrelang geführten Streit um die Gestaltung



Zurzeit ein unwirtlicher Verkehrsknotenpunkt: Der Berliner Molkenmarkt

Foto: imago/Stefan Zeitz

des Ortes zu deuten, wäre allerdings früh. „Das Quartier soll historische Bezüge aufweisen“, so Gaebler weiter: „Wir werden sicher kein Stadtquartier aus dem 13. Jahrhundert rekonstruieren, aber das wird auch kein supermodernes Quartier à la Frankfurter Bankenviertel.“

Der Rahmenplan gibt als Vorgabe für Städtebauer und Architekten, sich rund um den Molkenmarkt an „vertrauten Typologien“ wie „Boulevard, Straße, Gasse, Platz oder Hof“ zu orientieren. Zudem wird in dem Plan zumindest zum Teil auch eine kleinteilige Bebauung gefordert. Auch die Gebäudehöhen des Quartiers sollen auf bestehende Nachbarbebauungen abgestimmt werden.

Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt – sie gilt als Anhängerin einer traditionellen Architektursprache – wird auf der Grundlage des Rahmenplans bis spätestens Ende kommenden Jahres ein „Gestaltungshandbuch“ erarbeiten. Das Handbuch soll dann als Grundlage für konkrete Realisierungswettbewerbe die-

nen. Resultat könnte dann ein Molkenmarkt-Viertel sein, dass weder hypermodern ist, noch eine Kopie des historischen Vorbilds. Abzuwarten bleibt, ob die beiden Lager der Modernisten und die Befürworter einer Rekonstruktion ihren Frieden schließen können.

Kleinteilige Bebauung geplant

Weitgehend festgelegt hat sich der Berliner Senat bereits für konkrete Nutzungen in Teilbereichen des neuen Stadtquartiers. Der unmittelbar vor dem Alten Stadthaus gelegene Block A soll zusammen mit dem bereits bestehenden Veranstaltungsorten „Alte Münze“ und „Pode-wil“ überwiegend kulturell genutzt werden. Block B, unmittelbar gegenüber Nikolai viertel und Rotem Rathaus, wird vorrangig dem Wohnen dienen. Die Bebauung soll dabei die historischen Dachformen des Nikolaiviertels aufgreifen.

Für Block C, begrenzt durch Grunerstraße, Judenstraße, Klosterstraße und Parochialstraße, ist eine gemischte Nut-

zung vorgesehen. Explizite Vorgaben für den Wiederaufbau des Jüdenhofs ist eine Orientierung an der kleinteiligen Bebauung der Vorkriegszeit. Noch nicht festlegen wollte sich der Senat bei Block D, den Bereich rund um die Ruine der Klosterkirche. Der Bereich soll nach den Vorstellungen des Senats zunächst als öffentliche Grünfläche und für Veranstaltungen genutzt werden. In diesem Bereich hatte einst auch das Graue Kloster, Berlins älteste Schule, gestanden.

Der von den Franziskanermönchen errichtete Bau war im Zweiten Weltkrieg bombardiert und 1950 auf Anordnung der SED schließlich beseitigt worden. Bereits seit Jahren setzt sich ein Förderverein dafür ein, auf den Fundamenten des ehemaligen Grauen Klosters wieder eine Schule zu errichten. Auch im Rahmenplan des Senats ist die Rede davon, dass langfristig in dem Areal unter starker „Rücksichtnahme auf das Baudenkmal Klosterkirchenruine“ langfristig ein Schulstandort entwickelt werden soll.

UMWELT

Tesla: Der Streit ums Wasser eskaliert

Wasserverband erhebt schwere Bedenken gegen Ausbau – Kommunen stehen zum Autobauer

Die Frage der Wasserversorgung für das Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide ist seit dem Beginn des Großprojekts ein kritischer Punkt. Teile des Fabrikgeländes liegen in einem Wasserschutzgebiet, zudem hat die Region wie ganz Brandenburg Probleme durch Wasserknappheit.

Noch vor der Sommerpause stand auf Antrag der Grünen-Fraktion im Landtag eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Trockenheit und Wasserknappheit in Brandenburg nehmen zu – Wasser gerecht verteilen!“ auf der Tagesordnung. Im Kontrast dazu steht der Plan von Tesla-Chef Elon Musk, seine Gigafactory östlich von Berlin in mehreren Schritten zur größten Autofabrik Deutschlands auszubauen.

Wie erst Ende August bekannt wurde, hat der zuständige Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) bereits im April eine geplante Erweiterung des Tesla-Werks ab-

gelehnt. Der Hersteller von Elektroautos will sein Werksgelände in östliche Richtung erweitern. Auf derzeit noch bewaldeten Flächen will Tesla einen Güterbahnhof und sowie Lager- und Logistikzentrum errichten. In der Stellungnahme des Wasserverbandes zur Aufstellung eines Bebauungsplans heißt es, der WSE könne weder dem Bau noch einer dafür erforderlichen Änderung des Flächennutzungsplans zustimmen.

Seine Ablehnung begründet der Wasserverband mit drei Punkten: So verstöße das Vorhaben gegen eine Verordnung zum Schutz des Wasserwerks Erkner. Laut der Verordnung ist in diesem Bereich eine Neuausweisung und Erweiterung von Industriegebieten und auch eine Festsetzung von neuen Baugebieten ausgeschlossen. Zudem führt der Wasserverband an, er verfüge über keine weiteren Wassermengen, um zusätzliche

Baugebiete zu versorgen. Obendrein hat der WSE auch keine weiteren Kapazitäten zur Abwasser-Entsorgung. Im April hatte der Wasserverband damit begonnen, sich in Verträgen mit Privathäusern als Neukunden die Option einer Deckelung der Wasserversorgung zu sichern. Hintergrund ist, dass dem WSE bislang nur die Entnahme einer bestimmten Menge an Grundwasser genehmigt wurde.

WSE-Chef kommt unter Druck

Wie unlängst bekannt wurde, haben mehrere Mitgliedskommunen aus Märkisch-Oderland und Oder-Spree gegen den Vorsteher des Wasserverbandes André Bähler und seinen Stellvertreter Gerd Windisch einen Abwahlenantrag eingereicht. Grund ist nach Angaben der Antragsteller, dass sie kein Vertrauen mehr in deren Führung haben. Laut Medienberichten steht der

WSE-Chef vor allem wegen seines Vorgehens bei der Ansiedlung des Tesla-Werks in der Kritik.

Tesla selbst sieht kein Problem mit der Wasserversorgung für sein Werk in Grünheide. Der US-Elektroautobauer argumentiert in einem Antrag zur umweltrechtlichen Genehmigung des Ausbaus sogar, die Grundwasserneubildung werde gestärkt. Demnach soll die mit Nadelwald bedeckte Fläche vor der Errichtung der Fabrik allenfalls eine geringe Neubildung von Grundwasser erlaubt haben.

Der Konzern führt an, dass mit der Ansiedlung der Fabrik das gesamte auf den versiegelten Flächen niedergerhende Regenwasser versickern und zur Grundwasserneubildung beitragen werde. Zudem versichert das Unternehmen, der Bedarf an Frischwasser solle mit dem Ausbau der Wiederaufbereitung von Wasser nicht steigen. *H.M.*

KOLUMNE

Notstand

VON VERA LENGSFELD

In Berlin und Brandenburg geht nach den Sommerferien die Schule wieder los. Das heißt, die Politik muss sich wieder mit den drückenden Problemen beschäftigen, die sie für ein paar Wochen vergessen konnte.

Die CDU hatte die Abgeordnetenhauswahl unter anderem deshalb gewonnen, weil sie im Wahlkampf ein Bildungskonzept vorgelegt hatte, das Lösungen für die langjährige Berliner Schulmisere versprach. Allerdings findet sich im Koalitionsvertrag kaum etwas von dem „Berlin-Plan“ wieder. Nicht, weil die SPD protestiert hätte, sondern weil die Ideen undurchführbar sind.

Gymnasien sollte es freigestellt werden, bei Bedarf wieder zum 13-jährigen Abitur zurückzukehren, Unterrichtsausfall durch eine 110-prozentige Personalausstattung vermieden werden. Die neue Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) hat ein so schweres Amt angetreten, dass man sich wundert, dass es überhaupt jemanden gab, der es gewagt hat, es zu übernehmen. Selbst das Vorhaben, die allgemeine Unterrichtsversorgung wieder auf das Niveau der 2010er-Jahre zu bringen, ist sehr ambitioniert – obwohl man schon damals meilenweit davon entfernt war, alle Kinder adäquat zu fördern. In den relevanten Vergleichsgruppen unter den Bundesländern rangierte Berlin gleich nach Bremen an letzter Stelle.

Seither ging es weiter bergab. Das größte Problem ist der anwachsende Personalmangel. Löcher in der Personaldecke der Grundschulen werden durch Gymnasiallehrer gestopft, Fachunterricht wird fachfremd erteilt. Dass man den Quereinstieg von Ein-Fach-Lehrern „prüft“, statt schnell umzusetzen, lässt befürchten, dass die Dringlichkeit zum Handeln immer noch nicht begriffen wurde.

Resultat: Die Mehrheit der Drittklässler kann weder richtig rechnen, noch schreiben. Die Warnsignale wurden ignoriert, die Probleme ausgesessen. Nun herrscht Bildungsnotstand.

MELDUNG

Der „Görli“ als Musterpark

Berlin – Zur Eindämmung von Kriminalität und Drogenhandel im Görlitzer Park hält Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) eine Reihe von Maßnahmen für sinnvoll. Gegenüber dem rbb24 Inforadio sagte Spranger, dass eine Umzäunung des Parks, nächtliche Schließzeiten und Videokameras an den Eingängen das Gelände sicherer machen sollen. Als nicht realistisch bezeichnete die Innensenatorin Vorschläge, den 14 Hektar großen Park mit Videokameras zu überwachern. Entsprechende Forderungen hatten Berliner CDU-Politiker gestellt. Als weitere Maßnahmen nannte die Senatorin eine bessere Beleuchtung und eine bessere Pflege der Grünanlagen. Laut Spranger ist dies notwendig, damit die Büsche im Park nicht mehr als Verstecke von Drogen genutzt werden können. Sie sprach davon, den Görlitzer Park durch eine „grundlegende Überarbeitung“ zu einem „Musterpark“ zu machen. *H.M.*

● MELDUNGEN

Deutsche nur auf Platz 27

Zürich – Aus dem aktuellen „Global Wealth Report 2023“ des Credit Suisse Research Institute in Zürich geht hervor, dass Deutschland keineswegs zu den reichsten Ländern der Welt gehört, wie oft kolportiert wird. Beim sogenannten Median-Vermögen, das sowohl finanzielle als auch andere Werte wie Immobilienbesitz einschließt, stehen die Bundesbürger mit umgerechnet 66.735 US-Dollar lediglich an 27. Stelle in der Rangliste des globalen Wohlstandsberichts. Der Median-Wert besagt, dass 50 Prozent der Vermögen darunter und 50 Prozent darüber liegen. Damit ist er deutlich aussagekräftiger als ein bloßer Durchschnittswert, den einige wenige Super-Reiche extrem verzerren können. Am wohlhabendsten sind die Belgier mit einem Median-Vermögen von 249.940 Dollar. Danach folgen die Dänen mit 186.040 Dollar, die Schweizer mit 167.350 Dollar, die Briten mit 151.820 Dollar und die Norweger mit 143.890 Dollar. W.K.

Kritik an ChatGPT

Norwich – Fabio Motoki, Valdemar Pinho Neto und Victor Rodrigues von der Norwich Business School der britischen University of East Anglia haben eine Studie im Fachblatt „Public Choice“ veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass das KI-Sprachmodell ChatGPT entgegen allen Neutralitätsbeteuerungen seiner Entwickler „eine starke und systematische Tendenz ... zur linken Seite des politischen Spektrums“ aufweist. Beim Vergleich von Standard-Antworten der Künstlichen Intelligenz mit Antworten, bei denen sie ausdrücklich eine rechte oder linke Position vertreten sollte, trat die Linkslastigkeit von ChatGPT überdeutlich zutage. Deswegen befürchten die drei Computer- und Management-Experten, dass ChatGPT die bereits „bestehende problematische Voreingenommenheit im Hinblick auf politische Prozesse erweitern und verstärken könnte“. Dies müssten künftig alle Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Medienmacher berücksichtigen. W.K.

Ukrainisches Bekenntnis

Kiew – Der seit Juli vergangenen Jahres amtierende Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU), Wassyl Maljuk, hat in einem Interview mit der Wochenzeitung „Nowoe Wremja“ eingeräumt, dass sein Dienst für den Terroranschlag auf die Krim-Brücke über die Straße von Kertsch am 8. Oktober verantwortlich sei: „Die Planung und Durchführung der Spezialoperation, welche die Brücke betraf, wurde von mir persönlich und zwei meiner engsten Mitarbeiter beaufsichtigt.“ Damit erweisen sich frühere Vorwürfe des russischen Präsidenten Wladimir Putin, die Kiew bislang vehement zurückgewiesen hatte, als zutreffend. Allerdings bestritt Maljuk weiterhin jegliche Beteiligung westlicher Geheimdienste an dem Attentat. Seinen Angaben zufolge nutzte der SBU für den konspirativen Transport der Sprengstoffe uneingeweihte russische Kriminelle, die annahmen, es handle sich um „normales“ Schmuggelgut. W.K.

ITALIEN

Wo das Deutsche überlebt hat

Die UN haben die Sprachinsel Zahre im Friaul als einen der „besten touristischen Orte“ ausgezeichnet

VON BODO BOST

Sprachinseln haftet normalerweise der Ruf des Rückständigen, Antiquierten an. In Osteuropa gab es einst viele davon, bedingt durch die nicht geschlossene deutsche Ostsiedlung. Aber im Gefolge von Krieg und Vertreibung sind sie dort fast alle verschwunden. Nur in Norditalien, wo es deutsche Sprachinseln seit den Zeiten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gibt, zu dem halb Italien gehörte, oder auch in Brasilien haben noch einige überlebt und erleben sogar eine Renaissance.

Zahre ist eine davon und mit 1400 Meter Höhe der höchstgelegene Ort im norditalienischen Friaul. Der Weiler von 400 Einwohnern besteht aus drei Ortsteilen: Oberzahre, im Dialekt Plotzn genannt, Unterzahre, auch Dörf genannt, und Lateis. Zur dortigen Traditionspflege gehört auch die Pflege des altbayerischen Dialekts des Ortes. Im vergangenen Frühjahr wurde Zahre von der Tourismusorganisation der Vereinten Nationen (UNWTO) als eines der „besten touristischen Dör-

fer“ ausgezeichnet, weltweit verlieh sie diesen Titel nur an 32 Orte. Zahre liegt im obersten Val Lumiei in der Region Karnien in Friaul-Julisch Venetien.

Besiedelt wurde das Dorf in der Mitte des 13. Jahrhunderts von deutschen Siedlern aus Osttirol, Bayern und Kärnten. Der erste dokumentierte Nachweis der Ortschaft stammt aus dem Jahr 1280. Ab 1420, als Friaul zur Republik Venedig kam, wurden die Wälder für die auf Holzpfehlern errichtete Lagunenstadt gefällt. Ab dieser Zeit wurden Wiesen und Weiden, die Almwirtschaft, der Haupterwerbszweig der Bewohner.

Jahrhunderte fast völlig isoliert

Die Abgeschiedenheit und die karge Landschaft haben dazu beigetragen, die Kultur und deutsche Sprache von Zahre zu erhalten. Dennoch hatten sich mit der Zeit auch zwei andere Sprachen in dem Ort verbreitet, nämlich Furlanisch/Friaulisch, eine mit vielen slawischen Elementen durchsetzte rätoromanische Sprache, und zuletzt das Italienische. Vorherrschend in dem auf Tradition bedachten Ort ist jedoch noch immer das Zahrische, ein mit

vielen altbayerischen und kärntnerischen Elementen durchsetzter deutscher Dialekt. Wenn die Einwohner „de Zahraer Sproch“ sprechen oder ihre Lieder singen, dann kann man das als Deutscher ganz gut verstehen. Das mittlerweile gut erforschte Idiom entstand aus dem Mittelhochdeutschen und zeigt Einflüsse von Tiroler und Kärntner Dialekten mit romanischen Einsprengseln. Der Dialekt wird heute auch wieder offiziell in der Volkshochschule von Zahre gelehrt und vom italienischen Staat geschützt.

Dass der kleine isolierte Ort, dessen nächstgelegener deutschsprachiger Nachbarort 80 Straßenkilometer entfernt liegt, seine deutsche Sprache bewahren konnte, verdankt er seiner Abgelegenheit. Man erreicht Zahre vom letzten italienischsprachigen Ort aus erst nach einer etwa 15 Kilometer langen kurvenreichen Straße mit einigen Felsentunneln und einer Holzbrücke über einen Wildbach. Bis zum Bau dieser Tunnel und der Brücke war Zahre nahezu vollkommen von der Außenwelt abgesperrt. Gerade diese Abgeschiedenheit macht heute jedoch das touristische Potential aus. Deshalb gehört

Zahre auch der Vereinigung der „authentischen Dörfer“ Italiens an, ebenso wie dem Verband „Alpine Pearls“ und dem Einheitskomitee der historischen deutschen Sprachinseln in Norditalien. In Zahre kann man eine vollendete Mischung aus Geschichte, kulturellen Traditionen und märchenhaften Landschaften finden. Dazu kommt die einzigartige Gastfreundschaft der Einwohner vor der malerischen Kulisse der friaulischen Alpen.

Geniales Konzept rettete das Dorf

Das geschichtliche und kulturelle Erbe von Zahre wird im Museum aufbewahrt, ist aber gleichzeitig noch im Ort überall lebendig. Seine Naturkulisse aus grünen Wäldern und majestätischen schneebedeckten Berggipfeln, die sich stimmungsvoll in einem Stausee spiegeln, ist das eigentliche Potential des Ortes. Dazu kommt der Fleiß der 400 Einwohner, die 52 Unternehmen betreiben. Der Weiler lebt neben dem Tourismus von einem Sägewerk, einer Käseerei, einer Brauerei und der Schinkenfirma Wolf, letztere ist der größte Arbeitgeber in Zahre. Der gute Schinken hat den Ort in der Umgebung bekannt gemacht. Um mehr jüngere Touristen für das Bergdorf zu begeistern, eröffnete man 2020 eine der spektakulärsten Ziplines Europas über dem Stausee.

Schlüssel für den touristischen Erfolg war das Konzept des „Albergo Diffuso“ – wörtlich übersetzt: verstreute Herberge. Dieses geniale Übernachtungskonzept wurde von dem Architekt Piero Gremese aus Udine in den 1980er Jahren entwickelt. Den Besitzern der beim Erdbeben von 1976 zerstörten oder baufälligen Gebäude wurde damals angeboten, die Häuser auf Kosten von Gemeinde und Region wiederaufzubauen. Im Gegenzug mussten sie die Häuser oder zumindest Teile davon für eine festgelegte Zeit zur Vermietung an Touristen bereitstellen.

Da der ganze Ort von dem Erdbeben betroffen war, wurde ganz Zahre zum Hotel. So entstand ein innovativer, auch auf die Bedürfnisse der Einheimischen angelegter Tourismus, der gleichzeitig den Wiederaufbau des Dorfes gesichert hat. Das Konzept hat wesentlich dazu beigetragen, dass Zahre heute wieder so aussieht wie vor dem Erdbeben, aber darüber hinaus auch für ein eventuell kommendes Erdbeben besser gewappnet ist.



Heute ein Touristenmagnet: Das malerische Zahre in den Friauler Alpen

Foto: imago images/agefotostock

GROSSBRITANNIEN

„Blade Runners“ sabotieren Öko-Überwachung

Londoner Aktivisten zerstören Kameras, die Benzin- und Dieselaautos aufspüren sollen

Im Jahre 2019 wurde die Innenstadt von London zur „Ultra-Low Emission Zone“ (ULEZ) erklärt. Im Zentrum der britischen Hauptstadt sollten möglichst nur noch Autos mit besonders niedrigen Abgaswerten fahren. Deshalb war für alle übrigen eine Gebühr fällig. Allerdings verfehlte die ULEZ ihren Zweck. Studien des Imperial College London ergaben, dass sie die Stickoxidbelastung lediglich um drei Prozent reduzierte und überhaupt keine Auswirkungen auf die Feinstaub- und Ozonwerte in der Stadt hatte.

Daraufhin intervenierte der Londoner Bürgermeister Sadiq Khan beim Direktor der Umweltforschungsgruppe des Colleges, Frank Kelly, bis dessen Team eine Erklärung veröffentlichte, dass die ULEZ dazu beigetragen habe, die Londoner Luft deutlich sauberer zu machen. Unter Berufung hierauf weitete Khan die ULEZ

2021 auf rund die Hälfte des Londoner Stadtgebiets aus. Außerdem stellte er dem Imperial College 800.000 Pfund für eine Studie zu den „künftigen Gesundheitsvorteilen“ seiner „Luftqualitätspolitik“ zur Verfügung.

Doch der Bürgermeister geht noch weiter. Nun provoziert Khan die Londoner mit der nächsten Vergrößerung der ohnehin schon äußerst verhassten ULEZ: Seit dem 29. August umfasst die Zone den gesamten Großraum London mit 1500 Quadratkilometern Fläche und acht Millionen Einwohnern. Für Dieselfahrzeuge, die vor 2015 vom Band liefen, und Benzinzer der Baujahre 2005 oder früher werden dann in ganz London Strafgebühren von 12,50 Pfund (etwa 14,60 Euro) pro Tag fällig. Zur Überwachung des Ganzen installierte die Khan unterstehende Verkehrsbehörde Transport for London be-

reits Unmengen von ULEZ-Kameras in allen Winkeln der Stadt. Mit diesem neuerlichen Coup hat der Bürgermeister den Bogen aber wohl überspannt.

Unterstützung aus dem Volk

Seit Bekanntwerden seiner Pläne gab es nicht nur zahlreiche Demonstrationen von erbosten Bürgern. Vielmehr trat auch eine Gruppe von Aktivisten auf den Plan, die sich nach dem Protagonisten des alten dystopischen US-amerikanischen Science-Fiction-Films „Blade Runners“ nennen. Im Gegensatz zu ihren fiktiven Vorbildern eliminieren sie allerdings keine künstlichen Menschen, sondern Khans Kameras – getreu der klaren Ankündigung: „Wir werden jede einzelne ausschalten, egal, was passiert.“

Dabei kommen unter anderem Astscheren, Bohrmaschinen, Trennschleifer

und Hämmer zum Einsatz. Videos im Internet zeigen, dass die „Blade Runners“ dabei die volle Sympathie der Passanten genießen, welche die verummten Saboteure seelenruhig gewähren lassen. Aufschlussreich sind des Weiteren die Kommentare von Bürgern zu den Kurzfilmen, die im Netz kursieren: „Blade Runners“ seien „Helden, von denen wir bislang nicht wussten, dass wir sie benötigen!“ Deshalb solle jeder von ihnen einen „Orden in der Größe eines Mülleimerdeckels“ erhalten, so ein Internet-Nutzer.

Khan reagierte hierauf mit der Warnung, die Sabotage von ULEZ-Kameras könne mit bis zu vier Jahren Gefängnis geahndet werden. Außerdem lässt er die Geräte nun an möglichst unzugängliche Stellen versetzen. Darüber hinaus ist der Umstieg auf mobile Überwachungstechnik im Gespräch. Wolfgang Kaufmann

VON PETER ENTINGER

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat auf Vorlage der Regierungsparteien CDU und Grüne ein Gesetz beschlossen, das die jahrelang heftig diskutierte Abstandsregelung für Windenergieanlagen aufhebt. Künftig werden nur noch die EU-Richtlinien gelten.

Der Mindestabstand zwischen Windanlagen und Wohngebieten behindert nach Ansicht von Umweltverbänden den Ausbau der Windenergie. Laut schwarz-grünem Koalitionsvertrag sollen in dieser Legislaturperiode in NRW aber mindestens 1000 zusätzliche Windkraftanlagen errichtet werden.

CDU-Landtagsfraktionschef Thorsten Schick erklärte, dass es wichtig sei, für den Ausbau der Windkraft vor Ort Akzeptanz zu schaffen. „Es geht uns darum, den Bau von Windenergieanlagen dorthin zu lenken, wo sie Sinn ergeben und gewollt sind.“

Breites Bündnis für Abschaffung

Für die Abschaffung der Abstandsgrenze hatte sich ein breites Bündnis gebildet. Der Städtetag NRW, der Landkreistag NRW, der Verband kommunaler Unternehmen, der Landesverband Erneuerbare Energien NRW und der BUND hatten das Regierungsvorhaben unterstützt. Die Praxis habe gezeigt, dass die Abstandsregel nicht zur Akzeptanz der Windenergie beitrage, so ein Argument. Zudem werde durch andere Gesetze, wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz, dafür gesorgt, dass die Anlagen den Anwohnenden nicht zu nah auf die Pelle rückten.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte bereits vor Monaten an die Länder appelliert, die Windkraft an Land schneller auszubauen. Habeck erklärte, die Bundesregierung tue in großer Eile das, was notwendig sei, um die Kapazitäten hinzubekommen. So würden Konflikte zwischen Artenschutz und Windkraft gelöst. Natürlich sei seine Erwartung, dass die Länder und Kommunen dann auch Flächen für den Ausbau schaffen. Sonst sei alles brotlose Kunst.

Doch nicht überall stößt der Ausbau der Windkraftanlagen auf ungeteilte Zustimmung. „Windkraftausbau gegen die Landbevölkerung kann nicht funktionieren. Bei Anlagen so hoch wie der Berliner Fernsehturm sind 1000 Meter Abstand zu Wohnungen das Mindeste“, sagte Jan Redmann, CDU-Fraktionschef in Brandenburg, gegenüber der „Bild“-Zeitung.

Auch aus dem Lager der Umweltschützer gibt es Kritik. In Waldgebieten



Der Mindestabstand zwischen Windanlagen und Wohngebieten soll kleiner werden: Windpark Lichtenau in Nordrhein-Westfalen

WINDKRAFTANLAGEN

NRW-Landtag schafft Mindestabstand ab

Selbst Befürworter der Energiewende üben Kritik – EU-Richtlinien und Gerichtsentscheidungen kommt nun eine verstärkte Bedeutung zu

geht die Errichtung von Windrädern nämlich mit massivem Kahlschlag an der Natur einher. Pro Windrad müssen im Schnitt zwischen 0,2 und ein Hektar Wald abgeholzt werden. Schwerlasttaugliche Zufahrtswege müssen dauerhaft geschaffen und freigehalten werden. Zusammenhängende Waldgebiete werden dadurch zum Flickenteppich und zum Industriegebiet. Zudem gibt es immer wieder Befürchtungen, zusätzliche Windkraftanlagen könnten zu einem Vogelsterben führen. Derzeit werden pro Anlage jährlich 20 Vögel getötet, Ende 2022 gab es 28.443 Onshore-Windenergieanlagen.

Der Städte- und Gemeindebund NRW forderte die Beibehaltung der bisherigen Abstandsregelung, weil sonst „die Möglichkeit des Wohnungsbaus am Siedlungsrand“ beschränkt würde. Stünde dort bereits eine Windkraftanlage, dann könne dort kein Baugebiet mehr ausgewiesen werden.

Parlamentarischen Widerstand gab es von der AfD und in Ansätzen von der FDP. Die oppositionelle SPD bemängelte lediglich, dass ihr das ganze Vorhaben zu langsam gegangen sei.

Widerstand aus vielen Lagern

Allerdings können die Windräder nicht beliebig nah an die Häuser heranrücken. Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gilt, dass die dreifache Höhe der Windkraftanlage als Abstand einzuhalten ist, erläutert der Landesverband Erneuerbare Energien (LEE). Derzeit sind Windkraftanlagen 180 bis 250 Meter hoch – damit ist künftig ein Abstand zwischen 540 und 750 Metern nötig.

Um die ehrgeizigen Pläne der Regierung realisieren zu können, kommen die neuen Regelungen ohnehin zu spät. Für Windenergieanlagen geeignete Flächen seien genug vorhanden, sagte Energieexperte Thorsten Lenck gegenüber der

„taz“. Die neuen Gesetze gingen in die richtige Richtung. Eines stehe allerdings schon fest: Um die Ausbauziele zu erreichen, kommen die Zielvorgaben für die Flächenausweisung zu spät. „Die Flächen müssen früher bereitstehen und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden“, fordert er.

Zudem droht nun ein regionaler Flickenteppich. Denn in Bayern hatten sich die dort regierenden Christsozialen und Freien Wähler erst nach zähem Ringen im vergangenen November auf einen einheitlichen Mindestabstand von 1000 Metern zu Wohngebieten durchringen können. Zudem gilt die Abstandsregel künftig nicht mehr entlang von Autobahnen oder Eisenbahnstrecken, in Gewerbegebieten oder im Wald. Viele CSU-Abgeordnete aus ländlichen Gebieten liefen Sturm gegen das Vorhaben. Und in Bayern wurden in den vergangenen Jahren ohnehin kaum neue Anlagen gebaut.

WAHLKAMPF

Polen diskutiert über illegale Müllhalden

Die Regierungspartei PiS versucht den Misstand gegen Deutschland und die Opposition zu nutzen

Ein Großbrand von Chemieabfällen in der Nähe der schlesischen Stadt Grünberg hat in der Republik Polen im laufenden Wahlkampf eine Diskussion über illegale Müllhalden entfacht. Im Juli waren unweit von Grünberg in einer Lagerhalle 5000 Tonnen Chemieabfälle in Brand geraten. Wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) berichtete, kam es während des Brandes immer wieder zu kleinen Explosionen und meterhohen Stichflammen. Zur Brandbekämpfung rückten neben Dutzenden Feuerwehreinheiten auch Spezialisten für Chemiekatastrophen an. Auch drei Löschflugzeuge kamen zum Einsatz. Wegen der Rauchentwicklung riefen die Behörden die Anwohner dazu auf, in ihren Häusern zu bleiben und die Fenster geschlossen zu halten.

Wie die polnische Nachrichtenagentur PAP meldete, hat die Umweltbehörde von Lebus in dem 2012 genehmigten Lager bereits mehrfach Missstände festgestellt.

Auch sollen den Betreibern bereits Bußgelder auferlegt worden sein. Dennoch wurden die gefährlichen Stoffe von den Deponiebetreibern offenbar nicht beseitigt.

Ungeachtet dieser Umstände nutzt die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) den Brand zur Stimmungsmache gegen die Opposition und gegen Deutschland. Umwelt- und Klimaministerin Anna Moskwa warf der oppositionellen Bürgerplattform (PO) vor, sie habe während ihrer Regierungszeit „ganz Polen mit Müll vermint“. An die Adresse Deutschlands gerichtet forderte die PiS-Politikerin, die „sehr grüne deutsche Regierung“ solle illegal exportierte Abfälle zurücknehmen. Nach Angaben der Umweltministerin lagern in Polen auf sieben Deponien etwa 35.000 Tonnen illegaler Abfälle aus der Bundesrepublik. Angekündigt hat Moskwa auch, wegen illegaler Müllausfuhren gegen Deutschland Beschwerde bei der EU-Kommission einzu-

legen. Ob eine Klage für Polens Regierung zum erhofften Erfolg führen wird, ist keineswegs sicher. Bei dem Millionengeschäft mit Müll aus ganz Europa spielen nämlich auch polnische Akteure eine wichtige Rolle: als Betreiber von illegalen Mülldeponien oder als Spediteure.

Parlamentswahlen am 15. Oktober

Zur Sprache kommen könnte bei einer juristischen Auseinandersetzung aber auch, dass polnische Behörden jahrelang untätig zugesehen haben, wie überall illegale Mülldeponien entstehen. Bekannt wurden mittlerweile mehrere Fälle, bei denen die Behörden Zwischenlager genehmigten, auf denen Abfälle zum Recycling aufbewahrt werden sollten. Aus der angeblichen Zwischenlagerung wurde allerdings häufig ein Dauerzustand. Die Betreiberfirmen sind regelmäßig bereits insolvent, bevor sie zur Verantwortung gezogen werden können. Oft genug geraten die illegalen Deponien

wie im Grünberger Fall irgendwann in Brand. Kritiker in Polen sehen hinter solchen Deponien sogar eine Müll-Mafia, also organisierte Kriminalität am Werk, die über gute Kontakte in die Politik verfügt.

Während Umweltministerin Moskwa von sieben Deponien sprach, auf denen illegal Abfälle aus der Bundesrepublik lagern, gehen Schätzungen von über 700 illegalen Mülldeponien auf dem gesamten Staatsgebiet aus. Abgeladen wird nicht nur Müll aus der Bundesrepublik, sondern Plastikmüll, Bauschutt oder Produktionsabfälle aus ganz Europa. Das Geschäftsmodell ist extrem lukrativ. Firmen, die beispielsweise Bauschutt nach Polen schaffen, bieten dies oftmals für weniger als den halben Preis an, der sonst für eine fachgerechte Entsorgung fällig wird. Wird der Abfall auf illegalen Deponien abgeladen oder einfach in die Landschaft gekippt, entstehen außer durch den Transport fast keine Kosten. Hermann Müller

MELDUNGEN

Kritik an Israel-Kritik

Genf – Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) hat erneut eine Resolution angenommen, in der Israel wegen angeblicher Diskriminierung der Palästinenser kritisiert wurde. Diesmal lautete der Vorwurf, der jüdische Staat sei das „Haupthindernis“ für palästinensische Frauen, „wenn es um die Verwirklichung ihrer Rechte, ihren Aufstieg, ihre Selbstständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft geht“. Gelobt werden demgegenüber die angeblichen palästinensischen „Initiativen auf legislativer, administrativer und sicherheitspolitischer Ebene zur Förderung der Frauenrechte“. Laut Hillel Neuer, Exekutivdirektor von UN Watch und laut der israelischen Zeitung „Maariv“ einer der „100 einflussreichsten jüdischen Menschen auf der Welt“, agierte der ECOSOC damit vollkommen einseitig. UN Watch wird von dem Ehrenpräsidenten des American Jewish Committee sowie früheren US-Botschafter und Sondergesandten in Europa, Alfred H. Moses, geführt. Von 1993 bis 2000 war UN Watch an den Jüdischen Weltkongress angeschlossen und von 2001 bis 2013 an das American Jewish Committee. W.K./PAZ

„Leichtsinnige Vergeudung“

Baden-Baden – Laut einem Beitrag von SWR2, dem Kulturprogramm des Südwestrundfunks, mit dem Titel „Geldverschwendung und Betrug während der Pandemie: Alternativlos oder German Angst?“ haben die aktuelle und ihre Vorgängerregierung einen erheblichen Teil der 440 Milliarden Euro Steuergelder für die Bekämpfung der Corona-Pandemie auf leichtsinnige Weise vergeudet. Danach wirkten die Testverordnungen des Bundesgesundheitsministeriums als Einladung zum Betrug, weil sie zwei Jahre lang keinerlei wirksame Mechanismen zur Abrechnungskontrolle vorsahen. Ebenso sei die Auszahlung der beantragten Fördermittel und Corona-Hilfen höchst chaotisch verlaufen. Oftmals unterblieb laut SWR2 jegliche vorherige Überprüfung der Empfänger und der von diesen geltend gemachten Einnahmeausfälle. W.K.

Weniger Geld für Digitales

Berlin – Laut dem zuständigen Ausschuss des Bundestages sollen die Ausgaben des Bundes für die Digitalisierung Deutschlands im kommenden Jahr drastisch reduziert werden. So schrumpft der Digital-Etat von 1,2 Milliarden Euro im laufenden Jahr auf nur 900 Millionen Euro im Jahr 2024. Am härtesten trifft es den flächendeckenden Breitbandausbau, für den der Bund im kommenden Jahr nur noch 490 Millionen Euro aufbringen will. Für das Haushaltsjahr 2023 standen hier noch 730 Millionen Euro zur Verfügung. Die Entwicklung dürfte einige Beobachter verwirren. Wie schon die Regierung Merkel betont auch die Ampelkoalition, dass sie die Herausforderungen der Digitalisierung beherzt anpacken wolle. Tatsächlich ist die deutsche Digital-Infrastruktur im Weltvergleich in den vergangenen Jahren immer stärker zurückgefallen. H.H.

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Wer in der Schule in Biologie, Geographie und Physik aufgepasst hat, weiß, dass weder menschliches Leben noch alle übrigen Abläufe in der Natur ohne energetische Impulse denkbar sind. Das gilt auch für die Produktions- und Leistungsprozesse der Wirtschaft, die von den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital (Maschinen) und Inanspruchnahme von Umwelt und Ressourcen inganggesetzt sowie vom „Vierten Faktor“ Energie angetrieben und am Laufen gehalten werden. Doch das Wissen um diese lebenswichtigen Zusammenhänge scheint dort, wo es für den Erhalt unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands am dringendsten verfügbar sein sollte, bei der Bundesregierung und vor allem im Wirtschaftsministerium, verloren gegangen zu sein.

Mit einem Tunnelblick auf die Klimakrise wird nicht nur verdrängt, dass sie nur ein – wenn auch wichtiger – Themenbereich aus dem Kosmos der Problemfelder ist, deren sich die Politik anzunehmen hat. Es werden darüber hinaus durch Untätigkeit und Schluderei in wichtigen Politikbereichen in Jahrhunderten gewachsene zivilisatorische Errungenschaften der Rückentwicklung preisgegeben, die wie der Bildungssektor, das Gesundheitswesen oder die innere Sicherheit früher einmal zu den Exzellenzfeldern deutscher Weltgeltung gehörten. Dazu gehörte bisher auch die deutsche Wirtschaft, die mit Wirtschaftswunder und Sozialer Marktwirtschaft zum Gütesiegel deutscher Identität schlechthin wurde. Die Stellung als einer der führenden Industrienationen der Welt dürfte spätestens seit Jahresmitte 2023 ins Wanken geraten sein, nachdem der Internationale Währungsfonds die Warnung aussprach, dass Deutschland Gefahr laufe, aus der Liga der Top 20 herauszufallen. Immerhin weisen 19 Länder dieser Spitzengruppe ein zum Teil ansehnliches Wachstum aus, während allein die Bundesrepublik am unteren Ende rangierend ins Minus geraten ist.

„Toxische Lage“

Führende Manager der Industrie sehen die deutsche Volkswirtschaft daher in einer „toxischen Lage“, weil mittlerweile zu viele Entwicklungslinien entgegen dem Trend bei den globalen Wettbewerbern bei uns in die falsche Richtung weisen: die sich ausbreitende Fehlallokation der Ressourcen im gesamten System, das Überborden der Bürokratie und Verschlafen der Digitalisierung, die im internationalen Vergleich stark drückenden Steuer- und Abgabenlasten sowie die weitgehend hausgemachten



Falsche Schwerpunktsetzung: Windkraft und Solarenergie können den Energiebedarf der deutschen Volkswirtschaft nicht decken. Der durch den Verzicht auf Erdgas, Erdöl und Kernkraft verursachte Mangel treibt die Energiekosten in dramatische Höhen

ANALYSE

Wie kommt die Wirtschaft aus der Energiekostenfalle?

Anstatt weiter stur an den Erneuerbaren Energien festzuhalten, sollte die Bundesregierung zur Behebung des preistreibenden Energiemangels auf eine ideologiefreie Ausweitung des Angebots setzen

extrem hohen Energiekosten, schließlich die Überforderung von Bürgern und staatlicher Infrastruktur durch fahrlässiges Gewährenlassen unkontrollierter Massenzuwanderung aus aller Welt.

„Schicksalsfrage Energiekosten“ titelte die „FAZ“ über einer Dokumentation, in der aus wichtigen Branchen der Wirtschaft unisono berichtet wird, in wie starkem Maße die Unternehmen mit stark gestiegenen Strompreisen zu kämpfen haben. Nach Angaben der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie sind die deutschen Stromtarife siebenmal so hoch wie in China und viermal so hoch wie in den USA. Dass als Folge derart auseinanderklaffender Kostenstrukturen Produktionsverlagerungen

in besonders energieintensiven Industrien wie der Chemie ins Ausland unabweisbar werden, liegt auf der Hand. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat errechnen lassen, dass sich die durchschnittlichen Energiekostenanteile deutscher Industrieunternehmen am Umsatz gegenüber dem Stand vor dem Ukraine-Krieg von sechs Prozent auf inzwischen zwölf Prozent verdoppelt haben. Aus der Papierindustrie wird berichtet, dass dort der Energiekostenanteil auf fast 30 Prozent katapultiert wurde. Alles das zeigt, dass die rot-grüne Energiepolitik falsch im Ansatz und verfehlt in den Mitteln war sowie verheerend in den Folgen ist.

So war es ein Kardinalfehler der Regierung Scholz, das heimische Energieangebot nach der klimapolitischen Vorgabe der Dekarbonisierung und dem kriegsbedingten Ausfall des russischen Erdgases mit dem Ausstieg aus der Kernenergie noch weiter reduziert und auf diese Weise die vorhersehbare Marktreaktion einer Energiepreisexplosion unnötig verschärft zu haben. Ist man erst einmal auf der schiefen Bahn, ist der Weg zu weiteren Unsinnigkeiten offenbar nicht mehr weit. Die Idee von Wirtschaftsminister Habeck, die zu hohen Energiekosten zunächst für die Industrie durch Kostenübernahme aus dem Staatshaushalt aufzufangen, kommt einer wirtschafts- und ordnungspolitischen Bankrotterklärung gleich.

Habecks fixe Ideen

Die erste Frage, die sich stellt: Weiß Minister Habeck nicht, dass es sich um ein ordnungspolitisches „No go“ handelt, in einer Marktwirtschaft das Kostenregime von Industrieunternehmen auch nur teilweise auf den Staat zu übertragen? Die nächste Frage: Aus welchem neuen „Sondervermögen“ sollen die 30 bis 50 Milliarden Euro bezahlt werden, die nach ersten Hochrechnungen für die Realisierung dieser fixen Idee anfallen würden? Aus den Bundes- und Länderhaushalten sicher nicht, die schon durch ausufernde sozialpoliti-

sche Beanspruchungen, zusätzlich durch über drei Millionen Migranten, deren Versorgungs-, Unterbringungs- und Integrationslasten in ihrer Gesamthöhe nicht umsonst der Geheimhaltung unterliegen und keine weiteren Spielräume bieten.

Die deutschen Stromtarife sind siebenmal so hoch wie in China und viermal so hoch wie in den USA

Die dritte Frage wird von der Verbandsvorsitzenden der deutschen Familienunternehmen, Marie-Christine Ostermann, an das Gerechtigkeitscredo des Wirtschaftsministers gestellt: Warum sollen von einer Energiekostensubvention nur „die Großen“, die weniger als zweitausend Industrieunternehmen profitieren, während die über vierzigtausend mittelständischen Unternehmen, die den Herzschlag des Wirtschaftsstandorts Deutschland bestimmen, leer ausgehen sollen, obwohl sie zwei- bis dreimal so viel für die Kilowattstunde zahlen müssen wie die Industrie? Wie Wirtschaftsminister Habeck das sich aus seinem fatalen energiepolitischen Ansatz ergebende Doppelrätsel – selbst verursachte Energielücke mit daraus folgendem Kostenschock – lösen will, steht in den Sternen.

Nach der reinen Lehre der Marktwirtschaft, wo der Preis die Resultante des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage ist, ist klar, in welche Richtung es gehen muss, wie es Energieexperte Christian Greinitz auf den Punkt bringt: „Einigkeit besteht immerhin darin, dass gegen die hohen Preise etwas passieren muss. Die Langfristlösung lautet, das Stromangebot

auszuweiten.“ Dass dies mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien zu leisten sei, scheint gemeinsames Mantra von rot-grüner Bundesregierung und den ihr nahestehenden Medien zu sein. Dem steht die Einschätzung der deutschen wie europäischen energiewirtschaftlichen Fachwelt im Verein mit der internationalen Fachpresse entgegen, dass es sich bei der Ausschließlichkeit dieser Zielsetzung um einen irrationalen und illusorischen Irrweg handelt.

Der Irrglaube an die „Erneuerbaren“

Denn weder aus ökonomischen und physikalischen noch aus sozialen Gründen wird es jemals möglich sein, den Energiehunger eines Industrielandes wie Deutschland allein mit Wind und Sonne zu stillen. Selbst in der Elektrizitätserzeugung, wo es die Erneuerbaren infolge jahrzehntelanger massiver staatlicher Förderung bis fast an die 50-Prozent-Marke schafften, ist der Anteil aktuell auf 42 Prozent zurückgefallen. Beim Primärenergieverbrauch, in den alle Energiearten für sämtliche energetischen Nutzungsformen einer Volkswirtschaft eingehen, machen die Erneuerbaren Energien nach wie vor weniger als 20 Prozent aus. Das bedeutet, dass 80 Prozent des gesamten deutschen Energiebedarfs noch immer durch Kohle, Naturgas und Mineralöl gedeckt werden, nachdem die Kernenergie, die weltweit als wichtigster Problemlöser sicherer und kostengünstiger Energieversorgung gilt, ausgerechnet in Deutschland vom Netz genommen wurde, wo sie einst erfunden und wo das zuverlässigste Sicherheitskonzept ihres Betriebs entwickelt wurde.

Das alles vor dem Zukunftsszenario, dass sich infolge geplanter totaler Elektrifizierung von Wirtschaft, privater Wärmeversorgung und Pkw-Verkehr die Stromerzeugungskapazitäten in Zehnjahresfrist mindestens verdoppeln müssten. Wobei den dafür vorgesehenen Windkraft- und Solaranlagen die erforderliche Grundlastfähigkeit für ununterbrochene Massendarbietung fehlt, die nur durch einen die Erneuerbaren Energien flankierenden Ausbau von Gas- und Kernkraftwerken dargestellt werden kann.

Je eher die Bundesregierung das Ruder herumzureißen bereit ist und erkennt, dass sie sich mit ihrer ausschließlich der Klimakrise gewidmeten Energiepolitik in eine Sackgasse manövriert hat, desto besser für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für die Zukunftsfähigkeit Europas. Da aufgrund der inzwischen durchgehend prohibitiven Produktionsbedingungen in Deutschland, nicht mehr tragbare Energiekostenbelastungen und eine immer größer werdende Unterdeckung des heimischen Stromangebots, über Produktionsverlagerungen ins Ausland nachgedacht wird, sind kurzfristige Entscheidungen zur Abwendung dieser Gefahr unausweichlich.

Um zwei Dinge muss es für den die Leitlinien der Politik bestimmenden Bundeskanzler Scholz in erster Linie gehen. Das eine ist die Revitalisierung stillgelegter Kernkraftwerksblöcke, um vor allem einer dringenden Forderung der europäischen Energieverbände zu entsprechen, das andere ist der Startschuss zum unverzüglichen Bau neuer Gaskraftwerke. Dabei ist von Vorteil, dass russisches Erdgas über Dritte auch für Deutschland wieder verfügbar sein dürfte, nachdem sich etliche unserer Nachbarn in dieser existenziellen Versorgungsfrage den geopolitischen „fundamentals“ folgend von der Sanktionspolitik nicht mehr gehindert sehen, den traditionellen sibirischen Energie-Eisschrank Europas wieder in Anspruch zu nehmen.

Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis

war Generalbevollmächtigter der Deutschen BP AG Hamburg (bis 1991) und nach der deutschen Einheit Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung Dresden/Organisation der Braunkohlesanierung in den Revieren Lausitz und Westsachsen. Er ist Verfasser zahlreicher energiepolitischer Beiträge. www.muemis-bloghouse.de

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Lesefrust statt Leselust

Niedergang der Buchclubs wie dem von Bertelsmann oder der Büchergilde Gutenberg – Sie brachten Arbeitern die Bücher ins Haus

VON ANSGAR LANGE

Deutschland galt einst als Land der Dichter und Denker. Doch wird unser Land in Zukunft noch ein Land der Leser sein? Aktuelle Studien stimmen pessimistisch. Jeder vierte Viertklässler kann nicht richtig lesen. Das ist das alarmierende Ergebnis der Internationalen Grundsul-Lese-Untersuchung (IGLU), die unlängst in Berlin vorgestellt wurde. Insgesamt lesen deutsche Grundschulkinder deutlich schlechter als noch vor 20 Jahren. Schüler aus Singapur, Hongkong, England oder Schweden schnitten beim Leseverständnis deutlich besser ab.

Die Corona-Pandemie und die hohe Zahl an Zuwanderern in Deutschland können allein nicht als Entschuldigung herhalten. Schließlich waren auch andere Länder von diesen Faktoren betroffen. Ein Grund für den deutschen Lesefrust könnte aber darin liegen, dass Kinder einfach zu wenig lesen – sowohl zu Hause als auch in der Schule. Und Übung macht ja bekanntlich den Meister.

Lehrer klagen, dass sich selbst viele Grundschüler heute nur noch von Fernsehen, Playstation und Mobiltelefon berieseln lassen. Wer nicht gut lesen kann, wird später in der Regel auch beruflich nicht erfolgreich sein. Keine gute Voraussetzung, dass Deutschland in der Schule im internationalen Vergleich deutlich weniger Zeit für Leseunterricht und lesebezogene Aktivitäten aufwendet.

Doch wie kann aus Lesefrust wieder Leselust werden? Ein historischer Blick auf Buchclubs wie den Bertelsmann Lesering oder auch die Büchergilde Gutenberg zeigt, dass es durchaus möglich war und ist, auch eher bildungsferne Schichten fürs Lesen zu begeistern. Schon im 19. Jahrhundert kam die Idee auf, auch Arbeiter durch sogenannte Buchgemeinschaften mit vergünstigten Preisen an das Kulturgut Buch heranzubringen. Laut dem Journalisten Marc Reichwein war der Name der 1912 eingerichteten Buchge-



Vergangene Bestseller: Auch DVDs konnte man beim Bertelsmann-Buchclub erwerben

Foto: action press

meinschaft namens „Emporlese-Bibliothek“ zugleich Programm.

Angehörige der Arbeiterklasse sollten durch Bildung – für die nun einmal Lesen, Schreiben und Rechnen essentiell sind – aufsteigen können. Lesen und Leistung gehören zusammen. Denn Buch-, Zeitungs- oder Zeitschriftenlektüre ist zunächst einmal anstrengend, bevor es zum Genuss wird. In der frühen Bundesrepublik stimmte – im Gegensatz zu heute – noch der Leistungsgedanke. Am 1. Juni 1950 wurde der Bertelsmann Lesering gegründet, der in der ostwestfälischen Provinz von Gütersloh seinen Sitz hatte.

Zu seinen Hochzeiten nach der deutschen Vereinigung hatte der Buchclub rund sieben Millionen Mitglieder. Zuletzt,

bei der Schließung der Clubfilialen im Juni 2015, waren es nur noch 600.000.

Bertelsmann vermarktete die Bücher direkt an die Leser – und das oft zu besseren Konditionen. So wurde die Schwellenangst genommen. Nicht jeder Mensch hat das Glück einer heimischen Bibliothek oder zumindest eines elterlichen Bücherschranks. Und gerade diese lesehungrigen Bürger mussten nicht mehr in eine Buchhandlung gehen, in der sie sich vielleicht zunächst fremd und unwohl gefühlt hätten. Heute würde man das wohl barrierefreien Zugang zur Bildung nennen.

Noch heute findet man im Internet Verkaufsanzeigen mit den Halbleder- oder Leinenbänden des Bertelsmann Leserings, die nach dem Tod der Eltern oder

Großeltern vererbt wurden und nun für ein paar Euro verramscht werden. Einen geschichtsbewussten Menschen muss dies traurig stimmen. Denn: „Der Bertelsmann-Club, 1950 als Bertelsmann Lesering gegründet, wurde mit dem deutschen Wirtschaftswunder groß, und er erzählt auch eine Erfolgsgeschichte der demokratischen Entweihung des Bildungsbürger-gutes Buch“, schreibt der bereits erwähnte Autor Reichwein.

Die Kunden wurden regelmäßig über Neuerscheinungen auf dem Gebiet der Belletristik, aber auch von Lexika und Nachschlagewerken, auf dem Laufenden gehalten. 1950 zahlte man einen Monatsbeitrag von 3,20 D-Mark. Wer sich für keines der beworbenen Bücher entschieden

hatte, bekam automatisch einen der „Hauptvorschlagsbände“ nach Hause geschickt. Ob die Bücher dann alle gelesen wurden oder nicht, sei dahingestellt. De facto galt ein Bücherregal aber damals durchaus noch als Statussymbol. Heute schindet man mehr Eindruck mit dem neuesten iPhone oder einem riesigen Flachbildschirm, der eine ganze Wand abdeckt.

Heute gibt es noch die Büchergilde Gutenberg als einzige literarische Buchgemeinschaft im deutschsprachigen Raum. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und wurde am 29. August 1924 vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker gegründet. Die Büchergilde stand ganz in der Tradition der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Im Jahr 2020 hatte die Büchergilde in Deutschland noch rund 60.000 Mitglieder, die sich meist dazu verpflichten, einen Artikel pro Quartal zu übernehmen. „Elitärer“ im Ansatz als die „Buchfabrik Bertelsmann“, legt die Büchergilde sehr viel Wert auf eine aufwendige Verarbeitung, hochwertige und nachhaltige Materialien und besondere Illustrationen. Die „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“ aus der Feder von Golo Mann wurde beispielsweise auf Anregung der Büchergilde geschrieben. Die heute ziemlich vergessene US-amerikanische Nobelpreisträgerin Pearl S. Buck verdankte ihre große Verbreitung im deutschen Sprachraum der 1950er Jahre dem Bertelsmann Lesering.

Bereits in den 1990er Jahren waren die Zeiten für die traditionellen Buchgemeinschaften härter geworden. Und so löste die Büchergilde ihre enge Bindung an die Gewerkschaften. Leitende Mitarbeiter übernahmen 1998 in einem Management-buy-out die Büchergilde Gutenberg, das heißt, das Management kaufte das Unternehmen.

Ob Bertelsmann oder Büchergilde – die Buchgemeinschaften haben viel für die Lesekultur in Deutschland getan. Denn Lesen lernt man nur durchs Lesen.

KRIMINALMUSEUM

Zaubersprüche und Schatzregale

Wem gehört das Rheingold? – Rothenburg ob der Tauber leistet sich einen tiefen Griff in die Schatzkiste

Es ist ein Glücksfall für das Mittelalterliche Kriminalmuseum in Rothenburg ob der Tauber, dass es in Markus Hirte einen Direktor hat, der nicht nur ein erfahrener Jurist ist, sondern sich auch leidenschaftlich für Rechts- und Kulturgeschichte interessiert. Mit der aktuellen Sonderausstellung „Schatz und Schatzsuche in Recht und Geschichte“ (Laufzeit mindestens bis Ende des Jahres) wird dadurch eine museale Neuheit präsentiert: Rechtstexte von der Antike bis heute neben Kunstobjekten seit dem Mittelalter.

Verblüffend zahlreich vertreten ist dabei die Zauberbücher-Literatur. Denn vom Ende des Mittelalters bis ins 19. Jahrhundert war die Suche nach Schätzen immer auch ein magisches Unternehmen mit Zaubern und Geisterwesen. So glaubte nicht nur der humanistische Arzt und Alchemist Paracelsus (1493/94–1541) an die Existenz von Naturgeistern, die seiner Ansicht nach ihre Schätze absichtlich vor den Menschen versteckten, um deren Habgier nicht zu fördern.

Habgier oder Neugier? Noch immer wird nach dem von Hagen im Rhein versenkten sagenhaften Nibelungenschatz gesucht. Dabei saß man auch in jüngerer Zeit wieder mit Pendeln über Karten und ging mit Wünschelruten über verlandete Rheinarme. Nach einem Pressebericht wäre das „Rheingold“ heute etwa 430 Millionen Euro wert.

Wem würde der Schatz gehören? Diese Frage regelte bereits der römische Kaiser Hadrian (67–138). Die nach ihm benannte Hadrianische Teilung wurde mit dem Paragraphen 984 ins deutsche Bürgerliche Gesetzbuch übernommen. Danach gehört der Schatz je zur Hälfte dem Finder und dem Eigentümer des Fundortes. Überlagert wird diese Regelung jedoch durch das jeweils eigene Schatzregal der einzelnen Bundesländer. In Rheinland-Pfalz werden Bodenfunde Eigentum des Landes, wenn sie von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung sind, bei staatlichen Nachforschungen oder in Grabungsschutzgebieten entdeckt wurden.

Seit dem 1. Juli gilt auch in Bayern, als letztem Bundesland, das Schatzregal. Danach müssen Schatzsucher, die auf bayerischem Boden archäologische Funde entdecken, diese künftig an den Freistaat

abtreten. Auch der Einsatz von Metalldektoren auf eingetragenen Bodendenkmälern ist jetzt grundsätzlich verboten.

Niedersachsen hatte bereits ein Schatzregal verabschiedet, als Archäologen 2011 unweit des Syker Ortsteils Gesel im Landkreis Diepholz einen etwa 3300 Jahre alten Goldhort mit 117 Teilen fanden, einen der größten bronzezeitlichen Goldschätze Mitteleuropas. Als um dessen Verbleib gerungen wurde, gehörte er nach geltendem Recht dem Land Niedersachsen und somit ins Landesmuseum Hannover, wo er auch ausgestellt ist. Das Syke Kreismuseum darf in dem 2020 eröffneten Neubau für den Schatz daher nur Kopien sowie wechselnde Originalleihgaben aus dem Landesmuseum präsentieren.

Helga Schnehagen



Wem gehört der Goldfund? Das sogenannte Schatzregal regelt diese Frage

● MELDUNG

Made in Paris im Folkwang

Essen – Das Museum Folkwang zeigt vom 1. September bis zum 7. Januar 2024 die Ausstellung „Chagall, Matisse, Miró. Made in Paris“. Die Schau widmet sich Paris als wichtigstem europäischen Zentrum für die Produktion von Druckgraphiken und Künstlerbüchern im 20. Jahrhundert. Bereits im späten 19. Jahrhundert schufen in Paris Henri de Toulouse-Lautrec oder Théophile-Alexandre Steinlen Druckgraphiken und lithographische Originalplakate. Die Schau präsentiert Meisterwerke von Künstlern wie Marc Chagall, Henri Matisse, Joan Miró oder Pablo Picasso, die heute zu den Klassikern der Gattung gehören. Mit Arbeiten unter anderem von Roland Topor, Jim Dine oder David Lynch verfolgt die Ausstellung die Entwicklung bis in die Gegenwart hinein. Mehr als 250 Exponate lassen ein zentrales Kapitel der Kunstgeschichte der Moderne lebendig werden. Infos im Internet: www.museum-folkwang.de *tws*

● Mittelalterliches Kriminalmuseum, Burggasse 3–5, 91541 Rothenburg ob der Tauber, geöffnet täglich von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 9 Euro. www.kriminalmuseum.eu

KADETTENANSTALT

Ein Spiegel deutscher Geschichte

Das Schicksal der für die Preußische Hauptkadettenanstalt in Berlin gebauten Kaserne spiegelt deutsche Geschichte vom Königreich Preußen über die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die Besatzungszeit bis zur Berliner Republik. Im Jahre des zweiten Einigungskrieges, 1866, kaufte Johann Anton Wilhelm Carstenn die Güter Lichterfelde und Giesensdorf zur Errichtung der Villenkolonien Lichterfelde-West und -Ost in der Nähe von Berlin. Es spricht für die Wertschätzung, die das Militär im Allgemeinen und das Offizierskorps im Besonderen genossen, dass er partout die Hauptkadettenanstalt in seinem neuerworbenen Areal ansiedeln wollte, um damit dessen Image und die Attraktivität als Wohngegend zu erhöhen. Er bot der öffentlichen Hand derart großzügige Konditionen, dass der Staat zugriff – und es ihn selbst schließlich ruinierte.

In Anwesenheit des Kaisers und Königs Wilhelm I. wurde vor 150 Jahren, am 1. September 1873, an der damaligen Zehlendorfer Straße, der heutigen Finckensteinallee, der Grundstein gelegt. Ein halbes Jahrzehnt später war der Bau fertig und konnte anschließend seiner Bestimmung übergeben werden.

Der Ruf der Anstalt war derart gut, dass nach dem Ersten Weltkrieg die Sieger in Versailles das Reich zwangen, sie aufzulösen. Diese Auflösung erfolgte am 20. März 1920. Schon damals wurde an eine Neunutzung als Archiv gedacht. Die Gemeinde Lichterfelde plädierte jedoch erfolgreich für eine zivile Schule. Das war nicht abwegig. Inhaltlich hatten die Lehrgänge an der Kadettenanstalt der Ausbildung an einem Realgymnasium



Preußische Hauptkadettenanstalt

entsprochen. Und die Unterkünfte der Kadetten konnten nun für Internatsschüler genutzt werden.

Dieser Nutzung als ziviler Bildungstätte folgte die Remilitarisierung in der NS-Zeit. Noch im Jahr der Machtergreifung zogen übergangsweise SS, SA und Landespolizei ein. Ab 1934 war der gesamte Gebäudekomplex Sitz der Leibstandarte SS Adolf Hitler. Diese war in die sogenannte Niederschlagung des Röhm-Putsches, auch als Nacht der langen Messer bekannt, involviert, und so fanden denn auch hier viele Exekutionen statt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zogen die Sieger und Besatzer in die schönsten Immobilien und die US-Streitkräfte in die vormalige SS-Kaserne, die nun nach dem US-Generalleutnant Frank Maxwell Andrews „Andrews Barracks“ hieß.

Seit dem Abzug der Alliierten im Jahr 1994 wird das Gelände wieder wie zur Weimarer Zeit zivil genutzt, vom Bundesarchiv. Inzwischen sind dort die zentralen Archive des Deutschen Reichs und der DDR zusammengefasst. *Manuel Ruoff*

BERLIN

„Das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere“

Vor 150 Jahren wurde mit der Siegessäule das erste Monument der Reichseinigung enthüllt

VON MANUEL RUOFF

Über drei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution und dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gibt es noch kein Monument der sogenannten (kleinen) Wiedervereinigung. Hingegen gab es schon weniger als zwei Jahre nach den Einigungskriegen und der Kaiserproklamation im Spiegelsaal von Versailles mit der Siegessäule ein Monument der Reichseinigung. Dieses Tempo war möglich, weil mit den Planungen für das Monument bereits vor der Einigung begonnen worden war. Sinn und Zweck des Denkmals war nämlich anfänglich ein anderer beziehungsweise beschränkterer.

Gleich zweimal wurde er geändert beziehungsweise erweitert, und dreimal wurde der Grundstein gelegt: 1865, 1869 und 1871. Bei der ersten Grundsteinlegung sollte das Bauwerk nur an den Sieg im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 erinnern. 1869 sollte der Bau auch der Erinnerung an den Deutschen Krieg von 1866 dienen. Erst nach dem letzten Einigungskrieg gegen Frankreich erhielt das Monument schließlich seinen endgültigen Zweck, die deutsche Einigung und die sie ermöglichenden drei Einigungskriege zu würdigen.

Statt „König Wilhelm seinem siegreichen Volke“ lautete die Widmung schließlich: „Das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere“. Das war durchaus sinnig, denn gerne wird bei der wohlfeilen Kritik am „deutschen Militarismus“ übersehen oder gar übergangen, dass die Deutschen ihren Soldaten nicht nur die Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft verdanken, sondern auch die Durchsetzung der nationalen Einheit gegen ausländischen Widerstand.

Die hohen Kosten von 1,8 Millionen Goldmark kamen nicht von ungefähr. Edelste Materialien wurden verwendet. Obernkirchner Sandstein, schwedischer Granit, Marmor aus Carrara sowie Bronze und Gold. Auch der Standort war mit dem Königsplatz, dem heutigen Platz der Republik, exponiert.

Wenige Wochen nach der Beendigung des Deutsch-Dänischen Krieges durch den am 30. Oktober 1864 unterzeichneten Frieden von Wien ordnete der König des siegreichen Preußen, Wilhelm I., den Bau des Denkmals an. Am 18. April des darauffolgenden Jahres erfolgte die erste Grundsteinlegung. In jenem Frühjahr 1865 hatten die Architekten Johann Heinrich Strack und August Stüler sowie der Bildhauer Friedrich Drake jeweils einen Entwurf eingereicht. Wilhelm entschied sich für eine Säule von Strack und eine Bronzeskulptur von Drake an deren Spitze, die sowohl als die Siegesgöttin Viktoria als auch als die Personifizierung Preußens, die Borussia, interpretiert werden konnte. Dieser Auftrag zur Mehrdeutigkeit führte zu einer Frauengestalt mit Flügeln – wie bei einer Göttin – und einem Adlerhelm – wie bei einem Angehörigen der Garde du Corps. Ob Drake die Figur nach dem Bilde seiner Tochter Margarethe schuf oder nach dem der Kronprinzessin Victoria, ist umstritten.

Drei Grundsteinlegungen

Jedenfalls wurde sie auf eine Säule gesetzt, die sich aus drei aufeinandergesetzten Trommeln aus Oberkirchner Sandstein zusammensetzte, für jeden



Bei der Einweihung der Siegessäule: Der von seinem Thronfolger begleitete Monarch Wilhelm I. begrüßt seinen Regierungschef Otto von Bismarck *Foto: ullstein*

Einigungskrieg eine. Sinnigerweise ist die erste, die unterste, mit erbeuteten Kanonenrohren aus dem ersten, die zweite mit solchen aus dem zweiten und die dritte und oberste mit welchen aus dem dritten der Einigungskriege verziert. Die 60 Kanonenrohre und die sie verbindenden Girlanden sind mit Gold überzogen. Dieses gilt auch für die Frauenfigur an der Spitze, und da zu der Zeit in der beliebten Zeitschrift „Die Gartenlaube“ ein Fortsetzungsroman mit dem Titel „Goldelse“ lief, hatte sie ihren Spitznamen weg.

Am Fuße der die „Goldelse“ tragenden Säule befindet sich eine Säulenhalle, bei der sich Strack offenkundig von Karl Friedrich Schinkels „Großer Neugierde“ inspirieren ließ, einer 1835 im Schlosspark Glienicke als Teepavillon errichteten Rotunde mit Ausblick auf die Glienicker Brücke, den Jungfernsee und die Berliner Vorstadt von Potsdam. Das

Glasmosaik der Säulenhalle wurde von der venezianischen Glasmanufaktur Antonio Salviati nach Zeichnungen von Anton von Werner ausgeführt. Das Programm des Rundbildes lautete „Rückwirkung des Kampfes gegen Frankreich auf die deutsche Einigung und die Schaffung des Deutschen Kaiserreiches“ und stammte vom Kaiser und König selbst. Interessante Details sprechen dabei für Bescheidenheit sowie Größe im Sieg. Einen in den Staub geworfenen Napoleon III. wollte Wilhelm ebenso wenig dargestellt sehen wie sich selbst auf dem Thron. An seiner Statt nimmt deshalb die Personifizierung der deutschen Nation, Germania, die ihr gereichte Kaiserkrone vor dem Thron entgegen.

Den mit poliertem, rotem, schwedischem Granit verkleideten Sockel zieren vier Reliefdarstellungen aus der Bronze in den Einigungskriegen erobelter Geschützrohre. Alexander Calandrelli the-

matisierte den Deutsch-Dänischen Krieg mit dem Sieg bei den Düppeler Schanzen, Moritz Schulz den deutschen Bruderkrieg mit der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz, Karl Keil den Deutsch-Französischen Krieg mit der Schlacht bei Sedan, der Kapitulation des Kaisers der Franzosen und dem Einzug der siegreichen Truppen in Paris sowie Albert Wulf schließlich die Rückkehr Wilhelms mit dessen Kanzler und Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, seinem Generalstabschef Helmuth von Moltke, seinem Kriegsminister Albrecht von Roon und seinen Truppen in seine Hauptstadt nach der siegreichen Beendigung des letzten Einigungskrieges.

Die Widmung fehlt noch immer

Bis zum zweiten Jahrestag des Sieges in der Sedanschlacht war die Siegessäule zwar noch nicht ganz fertig – so fehlte noch das Glasmosaik – doch angesichts seines Symbolgehaltes wurde am Sedantag als Einweihungstermin festgehalten. Mit einem Aufwand, der ihren Kosten und ihrer politischen Bedeutung als erstem Monument der Reichseinigung angemessen war, wurde die Siegessäule am Morgen des 2. September 1873 eingeweiht. Neben dem Kaiser nahmen auch der Kanzler und der Kronprinz des Deutschen Reiches an der Zeremonie teil.

Aus künstlerischer Sicht ist das Denkmal nicht unumstritten. Reinhard Alings, Autor des Buches „Die Berliner Siegessäule“, billigt ihm nur eine „vergleichsweise geringe künstlerische Bedeutung“ zu. Auch wurde die 8,3 Meter hohe Bronzeskulptur in Relation zur damaligen Gesamthöhe von 50,66 Metern als zu groß empfunden. Dem letztgenannten Kritikpunkt trugen die Nationalsozialisten durch eine Verlängerung der Säule um eine vierte Trommel Rechnung. Da für vier Trommeln die Beutekanonen eines vierten Einigungskrieges fehlten, muss sich die oberste Trommel seitdem mit vergoldeten Girlanden als Ersatz begnügen. Die Verlängerung der Säule ging mit einer Verlegung einher. Albert Speer wollte den unweit des symbolträchtigen Brandenburger Tores gelegenen Königsplatz zur Verherrlichung des Dritten Reiches nutzen. Deshalb wurden die Siegessäule wie auch die unweit aufgestellten Denkmäler Bismarcks, Moltkes und Roons zum Großen Stern verlegt, der nun als „Platz der Erinnerung an das Zweite Reich“ diene. Am 19. April 1939, einen Tag vor Adolf Hitlers 50. Geburtstag, wurde die Umsetzung abgeschlossen.

Den wenige Monate später beginnenden Zweiten Weltkrieg überstand die Siegessäule, abgesehen von ein paar Einschusslöchern, weitgehend unbeschadet. Dass ungeachtet des künstlerischen Wertes nicht nur ihre Erbauer, sondern auch deren Gegner dem Denkmal große Bedeutung beimaßen, zeigte das Verhalten der französischen Besatzungsmacht. Ebenso wie die SED wollte sie es zerstören. Der Plan scheiterte zwar, doch wenigstens etwas konnten die französischen Sieger ihr Mütchen an der Siegessäule kühlen. Die Bronzeplatten am Sockel wurden demontiert. Mit Ausnahme jener über den Deutschen Krieg wurden die Platten wie einst die Quadriga auf dem Brandenburger Tor als Kriegsbeute nach Paris verbracht. Des Weiteren setzten sich die Franzosen bei den anderen Siegern mit ihrem Wunsch durch, über der Siegessäule ihre Trikolore hissen zu dürfen, ein Recht, von dem sie bis zum Ende der Berlin-Blockade 1948 Gebrauch machten.

Als „Geste der Versöhnung“ gab die Fünfte Republik bis zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 die in ihrem Besitz befindlichen drei Platten zurück. Zusammen mit der in Berlin verbliebenen vierten kehrten diese an ihren ursprünglichen Ort am Sockel zurück. Die ebenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg entfernte Widmung „Das dankbare Vaterland dem siegreichen Heere“ fehlt hingegen bis heute.

An der Siegessäule beteiligte Künstler



Johann Heinrich Strack zeichnete auch verantwortlich für das unweit des ersten Standortes der Siegessäule von 1843 bis 1883 stehende Palais Raczynski.



Friedrich Drake war ein Schüler von Christian Daniel Rauch und ein Vertreter der Berliner Bildhauerschule. Der gebürtige Pyrmonter starb 1882 in Berlin.



Anton von Werner lebte von 1843 bis 1915. Seine in fotografischer Manier gemalten Historienbilder von Ereignissen seiner Zeit werden bis heute reproduziert.

RUMÄNIEN

„Heute noch in allen Lebensbereichen“

Nach wie vor findet man ehemalige Mitarbeiter der Securitate in Spitzenämtern von Staat und Gesellschaft

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im August 1944 schlug sich das Königreich Rumänien auf die Seite der Sowjetunion, die den Balkanstaat nachfolgend in ihren Machtbereich integrierte. Die logische Konsequenz aus dieser Entwicklung war das Verbot aller bürgerlichen Parteien, der Sturz von König Michael I. aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen und die Proklamierung der Rumänische Volksrepublik (RPR), in der nachfolgend der Stalinist Gheorghe Gheorghiu-Dej zum ersten Mann im Staate aufstieg.

Zur Absicherung der kommunistischen Herrschaft verabschiedete das Präsidium der Großen Nationalversammlung in Bukarest am 30. August 1948 das Dekret 221/30 bezüglich der Gründung einer Abteilung für Staatssicherheit. Die Aufgabe dieser Abteilung, die meist nur Securitate genannt wurde, sollte im „Schutz der demokratischen Errungenschaften und der Garantie der Sicherheit der rumänischen Volksrepublik gegen alle äußeren und inneren Feinde“ bestehen.

40.000 hauptamtliche Mitarbeiter

Initiiert wurde das Ganze durch das sowjetische Ministerium für Staatssicherheit (MGB). Das sorgte auch dafür, dass sein Agent Gheorghe Pintilie alias Panteley Timofy Bodnarenko erster Direktor der Securitate wurde und zwei weitere Rumänen im Dienste des Kreml namens Alexandru Nicolschi alias Boris Grünberg und Vladimir Mazuru die beiden Stellvertreterposten erhielten.

Die Securitate, die sowohl als Nachrichtendienst als auch als Geheimpolizei fungierte, entwickelte sich in der Folgezeit zu einer gigantischen Behörde mit schließlich 40.000 hauptamtlichen Mitarbeitern und rund 400.000 Informanten. Ihre Aufgaben waren überaus breit gefächert: Auslandsspionage, Desinformation und Bespitzelung der eigenen Bevölkerung, Kontrolle der Ein- und Ausreisen von Rumänen und Ausländern, Spionageabwehr im zivilen und militärischen Sektor, Betrieb von Foltergefängnissen und Zwangsarbeitslagern, Kooperation mit arabischen oder südamerikanischen Terroristen sowie auch Entführung und Ermordung missliebiger Personen.

So versuchte die Securitate, den übergefahrenen ehemaligen Vizechef des Geheimdienstes, Ion Mihai Pacepa, auf dessen Kopf der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu eine Belohnung von zwei Millionen US-Dollar ausgesetzt hatte, zu liquidieren. Dazu kam die Beseitigung von oppositionellen Bergarbeiterführern durch tödliche Dosen Röntgenstrahlung oder die Verschleppung von rumänischen Emigranten zurück in die „Heimat“, wo der Henker auf sie wartete. Deshalb waren beispielsweise auch rumäniendeutsche Schriftsteller im Ausland wie Helmuth Frauendorfer, William Tokot, Richard Wagner oder die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller in ständiger Gefahr. Außerdem gab es noch eine Securitate innerhalb der Securitate zur Enttarnung von Verrätern in den eigenen Reihen und paramilitärische Einheiten zum Schutz hoher Parteifunktionäre sowie der Fernseh- und Radiosender des Landes.

400.000 Informanten

Oftmals agierte die Securitate mit extremer Brutalität. Das unterschied sie deutlich von den anderen osteuropäischen Geheimdiensten, auch wenn diese ebenfalls nicht sonderlich zimperlich vorgingen. Ein Beispiel für das ausnehmend menschenverachtende Vorgehen in Rumänien ist das sogenannte Pitești-Experiment,



Symptomatisch für personelle Kontinuitäten in Staat und Gesellschaft: Der erste Präsident des heutigen Rumäniens, Ion Iliescu (rechts), 1978 im Gefolge des damaligen und letzten Diktators der Sozialistischen Republik Rumänien, Nicolae Ceaușescu (vorne)

das von Dezember 1949 bis September 1951 lief. Dessen Ziel bestand in der gewaltsamen Umerziehung von zumeist jungen politischen Gefangenen zu „kommunistischen Persönlichkeiten“. Dabei kam eine Kombination von sadistischer Folter und Psychoterror der perfidesten Art zum Einsatz, durch die wahrscheinlich mehrere Hundert Häftlinge starben beziehungsweise in den Suizid getrieben wurden.

Einzigartig war auch die demonstrative Zurschaustellung von Mordopfern. So hingen die gekreuzigten Leichen von vier erschossenen Kritikern der kommunistischen Landreform 27 Tage lang vor dem Rathaus von Teregovă.

Extreme Brutalität

Dass die Staatssicherheit der DDR die 1955 auf Druck Moskaus abgeschlossene Kooperationsvereinbarung mit dem rumänischen Partnerdienst 1968 faktisch aufkündigte, resultierte allerdings nicht aus solchen Exzessen. Verantwortlich hierfür war vielmehr der politische Kurswechsel in Rumänien unter Ceaușescu. Der Nachfolger des 1965 an Lungenkrebs verstorbenen Gheorghiu-Dej wies den Führungsanspruch der Sowjetunion innerhalb der

kommunistischen Bewegung zurück und näherte sich sukzessive dem Westen an. Die Konsequenz hieraus war unter anderem die Aufstellung einer speziellen Securitate-Abteilung, die den sowjetischen Geheimdienst KGB überwachen sollte.

8000 bis 200.000 Tote

Über die Gesamtzahl der Opfer der Securitate besteht nach wie vor keine abschließende Klarheit. Historiker gehen von 8000 bis 200.000 Toten und mindestens zwei Millionen Verfolgten aus. Viele Menschen traf es noch Ende 1989, als in Rumänien im Gegensatz zu anderen Ostblockstaaten ein blutiger Umsturz stattfand.

Dann schlug am 30. Dezember 1989 das letzte Stündlein der Securitate. Sie wurde aufgelöst und ihr Chef Iulian Vlad kurz darauf zu einer Haftstrafe von fast 25 Jahren verurteilt. Währenddessen passierte jedoch etwas, was charakteristisch für die Entwicklung Rumäniens nach dem Zusammenbruch des Kommunismus war. Statt ehemaliger Oppositioneller gelangten erneut Vertreter der alten Eliten wie das Mitglied des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei, Ion Iliescu, an die Macht. Das hatte unter an-

derem zur Folge, dass viele Mitarbeiter der Securitate in deren Nachfolgediensten SRI, SIE, SPP, STS, ORNISS, UM 0215 und BAT unterkamen. Im Auslandsnachrichtendienst SIE übernahm mit Mihai Caraman ein früherer Securitate-Generalmajor und Resident in Paris sogar die Leitung. Caraman hatte zwischen 1958 und 1968 erfolgreich gegen die NATO spioniert und dabei nebenher wohl auch für den KGB gearbeitet.

Mindestens zwei Millionen Verfolgte

Weitere Beispiele für Securitate-Spitzel oder -Offiziere, die in der Nach-Ceaușescu-Ära auf die eine oder andere Weise Karriere machten, sind Unternehmer, Medienzaren und Politiker wie Dan Voiculescu, Ioan Niculae, Sorin Ovidiu Vântu, Mona Octavia Muscă oder Dan Zamfirescu. Voiculescu, einst ein geheimer Devisenbeschaffer des Regimes, gründete 1991 eine Partei und schuf parallel dazu die Mediengruppe Intact. Er gehörte von 2004 bis 2012 dem rumänischen Senat an und war ab 2008 dessen Vizepräsident. Sein Vermögen wird auf über eine Milliarde Euro geschätzt.

Niculae ist Besitzer von Rumäniens führendem Agrar- und Düngemittelkon-

zern InterAgro und soll Milliarden zusammengekratzt haben. Ihm wird vorgeworfen, Zuträger der Securitate gewesen zu sein. Aktuell sitzt er wegen verschiedener Finanzdelikte in Haft.

Kontinuität der Geheimdienste

Zu den enttarnten Spitzeln zählt der zeitweilig zweifache Milliardär und Eigner des Mediengiganten Realitatea-Cațavencu, Vântu. 2016 wurde er wegen Betruges zu acht Jahren Gefängnis verurteilt.

Mona Octavia Muscă saß von 1996 bis 2004 für die liberal-konservative PNL in der rumänischen Abgeordnetenversammlung und fungierte danach kurzzeitig als Kulturministerin ihres Landes. Sie trat zurück, als bekannt wurde, dass sie sich in den 1970er Jahren zur Zusammenarbeit mit der Securitate verpflichtet und Berichte über ausländische Studenten verfasst hatte.

„Entkernung“ vor der Übergabe

Und dann wäre da noch Zamfirescu. Der frühere Securitate-Offizier zog 2013 für die nationalistische PRM ins Europaparlament ein. In den zwei Jahren seiner Tätigkeit als Europaabgeordneter stimmte er um die 600 Mal mit ja und kein einziges Mal mit nein.

Da die Täterakten zwischen 1990 und 2006 systematisch vom Inlandsgeheimdienst SRI und dem Auslandsnachrichtendienst SIE „entkernt“ wurden, bevor die Securitate-Archive geöffnet und deren Unterlagen dem Nationalen Rat für das Studium der Archive der Securitate (CNSAS), Rumäniens Pendant der deutschen Stasi-Unterlagenbehörde, übergeben wurden, gilt es als sicher, dass die geschilderten Fälle nur die Spitze eines ungleich größeren Eisbergs darstellen. Dem Historiker Cosmin Budeanca vom Bukarester Institut zur Erforschung der kommunistischen Verbrechen (IICCMER) ist nicht zu widersprechen, wenn er konstatiert: „Die frühere Securitate findet man heute noch in allen Lebensbereichen.“

Kumpanei von USA wie EU

Doch damit nicht genug: Auch die Geheimdienste, die auf die Securitate folgten und heute in dem EU-Mitgliedsstaat Rumänien agieren, arbeiten mit wenig rechtsstaatlichen Methoden beziehungsweise auf der Basis ominöser Geheimgesetze. Permanent fallen sie durch Skandale und Korruptionsaffären auf. Das hindert westliche Geheimdienste nicht, eng mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zu nennen ist hier die Kooperation zwischen ORNISS und CIA beim Betrieb der geheimen Foltergefängnisse auf dem rumänischen Militärstützpunkt Mihail Kogalniceanu und in der Bukarester Mures-Straße 4, wo unter anderem die Top-Terroristen Abd al-Rahim al-Nashiri und Chalid Scheich Mohammed misshandelt worden sein sollen.

Wie die USA hat auch die EU ganz offensichtlich wenig Berührungsängste mit den Erben von Ceausescu Schergen. So förderte die EU über ihr E-Government-Programm das SRI-Projekt SIIA mit 25 Millionen Euro, das auch das „Abhören von Kommunikation“ und die „Gesichtserkennung“ umfasst. Zudem gehört auch das Aggregieren vieler unterschiedlicher personenbezogener Daten von Bürgern innerhalb einer Datei zum Portfolio von SIIA. Auch hier basiert das Ganze auf Gesetzen, die geheim sind. Nach Ansicht der Nichtregierungsorganisation APADOR-CH verstößt das SRI-Projekt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und ebnet den Weg für Sozialkreditsysteme nach chinesischem Vorbild. Insofern ist das Zusammenwirken von EU und SRI kein gutes Omen für die Zukunft Europas und Rumäniens.

FOTO: ACTION PRESS SIPA PRESS

VON WOLFGANG KAUFMANN

Dass sich ein ehemaliger Präsident wegen angeblicher Straftaten vor Gericht verantworten muss, ist ein Novum in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Aber offensichtlich will die US-Justiz nichts unversucht lassen, um den Republikaner Donald Trump daran zu hindern, erneut ins Weiße Haus einzuziehen. Immerhin sind nun bereits vier Strafverfahren gegen den einstmals mächtigsten Mann der Welt eröffnet worden. Sollte Trump in jedem der insgesamt 86 Anklagepunkte schuldig gesprochen werden, drohen ihm mehr als 700 Jahre Gefängnis.

Im Strafprozess Nummer Eins vor einem Bundesgericht in Washington, der nach dem Willen der zuständigen Richterin Tanya Chutkan bereits am 2. Januar 2024 beginnen soll, geht es vorrangig um Trumps Rolle beim sogenannten Sturm auf das Kapitol in der US-Hauptstadt am 6. Januar 2021. Dabei lauten die vier Anklagepunkte: Verschwörung zum Betrug an den Vereinigten Staaten, Verschwörung gegen ein offizielles Verfahren, Behinderung eines offiziellen Verfahrens und Verschwörung gegen das Wahlrecht.

Da das in diesem Zusammenhang vorgelegte Beweismaterial gigantische 11,5 Millionen Seiten umfasst, pochen Trumps Anwälte auf eine Verschiebung des Prozessbeginns auf April 2026, worüber Chutkan demnächst entscheiden will. Allerdings hat die Richterin in früheren Verfahren gegen Teilnehmer an den Vorfällen vom Januar 2021 bereits enorme Härte gezeigt und in diesem Zusammenhang auch auf die extrem schnelle Durchführung der Verhandlungen gedrängt.

Lupenreine Erpressung

Der zweite Strafprozess vor dem Bezirksgericht von Fulton County in Atlanta (Georgia), in dem sich Trump wegen angeblicher Wahlmanipulationen verantworten muss, könnte am 4. März 2024 starten. Die acht Anklagepunkte beruhen in diesem Fall vor allem darauf, dass der Präsident den obersten staatlichen Wahlaufseher in Georgia, seinen republikanischen Parteikollegen Bradford Raffensperger, am Telefon beschworen hatte, noch 11.780 fehlende Stimmen zu seinem Gunsten zu „finden“, um das Präsidentschaftswahlergebnis von 2020 „nachzuberechnen“ und Bidens Sieg in Georgia zunichte zu machen – wobei ein Mitschnitt dieses einstündigen Telefonats existiert.

Daraus zog die mit dem Fall betraute Staatsanwältin Fanni Willis den Schluss, dass Trump und 18 seiner Vertrauten oder Mitarbeiter „wissentlich und vorsätzlich an einer Verschwörung zur rechtswidrigen Änderung des Wahlergebnisses“ in Georgia teilgenommen hätten. Dabei will die demokratische Juristin den ehemaligen Präsidenten und dessen Gefolgsleute



Ziel von vier Strafverfahren: Der frühere US-Präsident Donald Trump

Foto: pa

US-JUSTIZ I

Stolze 86 Anklagepunkte sollen Donald Trump zur Strecke bringen

Im Extremfall drohen dem früheren US-Präsidenten mehr als 700 Jahre Gefängnis – Die Verhandlungstermine sind gut platziert vor den Vorwahlen in 23 Bundesstaaten

mit Hilfe von Gesetzen belangen, die üblicherweise nur bei der Verfolgung von Angehörigen des Organisierten Verbrechens zum Einsatz kommen.

Im dritten Strafprozess, der am 25. März 2024 vor dem Bezirksgericht von Manhattan in New York beginnen soll, geht es um den Vorwurf der Fälschung von Geschäftsunterlagen und der illegalen Wahlkampffinanzierung. Das Ganze beruht darauf, dass Trumps Anwalt der früheren Porno-Darstellerin Stephanie Clifford alias Stormy Daniels 130.000 US-Dollar Schweigegeld gezahlt hatte, damit sie im Präsidentschaftswahlkampf von 2016 nichts über ihre frühere Affäre mit Trump publik macht. Aus dieser Reaktion des Milliardärs auf Cliffords lupenreine Erpressung leitete Staatsanwalt Alvin Bragg 34 Anklagepunkte ab.

Um sogar 40 Anklagepunkte dreht sich der vierte Strafprozess, darunter vor allem unbefugte Aufbewahrung von geheimen Unterlagen zur nationalen Si-

cherheit, Behinderung der Justiz und Falschaussage. Der Beginn des Verfahrens vor dem Bundesgericht in Miami (Florida) wurde auf den 20. Mai 2024 terminiert. Die Anklage basiert hier – wie auch beim erstgenannten Prozess – auf den Ermittlungsergebnissen des vom Justizministerium eingesetzten Sonderermittlers Jack Smith.

Fall von Mitte der 90er Jahre

Denen zufolge hat Trump die klassifizierten Dokumente, in welchen unter anderem von US-Kernwaffen und Angriffsplänen auf den Iran die Rede gewesen sein soll, nach dem Ende seiner Amtszeit nicht herausgegeben und darüber hinaus auch alle Versuche staatlicher Behörden, die Akten sicherzustellen, sabotiert. Trump könnte in diesem Fall nach dem Spionagegesetz aus dem Jahre 1917 verurteilt werden.

Ansonsten drohen dem Amtsvorgänger von Joe Biden auch noch horrende

Geldzahlungen, wenn er die ebenfalls auf ihn wartenden drei Zivilprozesse verliert. So haben elf Kongressabgeordnete und 14 Polizeibeamte Schadensersatzklagen gegen Trump wegen der Ereignisse vom 6. Januar 2021 eingereicht, über die genau drei Jahre danach erstmals in Washington verhandelt werden soll. An dieser Klage beteiligt sind die Angehörigen von Brian Sicknick. Das Mitglied der Kapitol-Polizei erlitt während der Tumulte rund um den Sitz des US-Kongresses einen tödlichen Schlaganfall.

Am 15. Januar steht die Verleumdungsklage der Schriftstellerin Elizabeth Jean Carroll in New York zur Verhandlung an. Carroll beschuldigt Trump, er habe sie Mitte der 1990er Jahre in einer Kaufhausumkleidekabine sexuell belästigt, was der Ex-Präsident mit dem Vorwurf der Lüge konterte. Die Autorin strengte daraufhin ein Verfahren an, in dem sie diesen Mai fünf Millionen Dollar Schadensersatz wegen des Vorfalls und der späteren Äuße-

rungen Trumps zugesprochen bekam. Weil Trump danach im Interview mit dem Fernsehsender CNN neuerliche Vorwürfe gegen Carroll laut werden ließ, reichte die Schriftstellerin eine weitere Klage ein.

Schließlich fordert auch noch die demokratische Justizministerin des Bundesstaates New York, Letitia James, 250 Millionen Dollar Schadensersatz von Trump und dessen drei Kindern Donald junior, Eric und Ivanka. Die Vier haben angeblich den Wert mehrerer Immobilien falsch angegeben, um Kreditgeber zu täuschen. Außerdem will James ein Verbot gegen Trump erwirken, weiter in New York Geschäfte zu machen. Der Fall soll ab Oktober dieses Jahres verhandelt werden.

Das juristische Kesseltreiben gegen den früheren US-Präsidenten könnte seine Chancen auf eine zweite Amtszeit erheblich schmälern. Immerhin liegen die geplanten Prozesstermine gut platziert vor den Vorwahlen in 23 Bundesstaaten kommendes Jahr.

US-JUSTIZ II

Ankläger wandeln auf sehr dünnem Eis

Vorbestrafte Belastungszeugen und atemberaubende Interpretationen von Aussagen wecken Zweifel an den Vorwürfen

In den bevorstehenden vier Strafprozessen gegen Trump muss die Anklage in allen Fällen juristisch schwieriges Terrain betreten. So findet sich im Zentrum der 45-seitigen Anklageschrift zu Trumps Rolle beim sogenannten Sturm auf das Kapitol ein nachgerade absurder Passus.

Weil die Staatsanwaltschaft beim besten Willen nicht ignorieren konnte, dass der abgewählte Präsident zwar zu einer Demonstration aufgerufen hatte, aber eben mit dem entscheidenden expliziten Zusatz „friedlich und patriotisch“, wertete sie seine Twitter-Botschaft als Beweis für eine Lüge in verschwörerischer Absicht: Trump habe

„fälschlich suggeriert, dass die Menge am Kapitol friedlich sei“.

Doch damit nicht genug: Der erste Zusatzartikel zur US-Verfassung garantiert die „Rede- und Pressefreiheit“ sowie „das Recht des Volkes, sich friedlich zu versammeln und an die Regierung eine Petition zur Abstellung von Missständen zu richten“. Hierauf kann sich natürlich auch Trump berufen, denn Unregelmäßigkeiten bei der Präsidentenwahl hat es tatsächlich gegeben. Eine Beschränkung dieses Rechts legitimierte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten bislang nur bei absolut unzweideutigen Aufrufen zu „direkt bevorstehenden gesetzlosen

Handlungen“. Aber genau die wird man Trump schwerlich nachweisen können.

Aus dem gleichen Grunde dürften auch die Ankläger in Georgia Probleme bekommen, den Vorwurf der Verschwörung und Wahlmanipulation aufrechtzuerhalten. Das Ansinnen, fehlende Stimmen zu „finden“ und das Wahlergebnis „nachzuberechnen“, ist gleichermaßen von der US-Verfassung gedeckt, wenn Trump tatsächlich davon überzeugt war, dass nicht ordnungsgemäß ausgezählt worden sei. Und dies traf ganz offensichtlich zu.

Über noch dünneres Eis geht der New Yorker Staatsanwalt Alvin Bragg. Seine

zwei einzigen Belastungszeugen, Trumps ehemaliger Anwalt Michael Cohen und der frühere Anwalt der Porno-Darstellerin Clifford, Michael Avinati, wurden beide wegen verschiedener Delikte zu drei beziehungsweise 20 Jahren Haft verurteilt. Dazu kam im Falle von Cohen auch noch ein Meineid gegenüber dem Kongress. Ganz gleich, was die windigen Advokaten also aussagen sollten: Als Beweismittel gegen Trump und Grundlage einer Verurteilung dürfte das kaum ausreichen.

Etwas anders liegt der Fall bei den Geheimdokumenten und Verschlussachen, die der ehemalige Präsident nicht hätte behalten dürfen. Hier verstieß Trump

möglicherweise gegen das Spionagegesetz von 1917. Andererseits wurden mittlerweile ernsthafte Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit desselben laut, weil viele Formulierungen ungewöhnlich vage sind. Darüber hinaus haben auch andere hochrangige US-Politiker wie die früheren Vizepräsidenten Joe Biden, Mike Pence und Dick Cheney vertrauliche Unterlagen aus ihrer Amtszeit mit nach Hause genommen, anstatt sie – wie vorgeschrieben – dem Nationalarchiv zu übergeben. Das alles verstärkt bei vielen US-Amerikanern den Eindruck, dass es sich bei den Strafverfahren gegen Trump um politisch motivierte Prozesse handelt. W.K.



STÄDTERANGLISTE

Allenstein belegt einen vorderen Platz

Gesamtrang Platz 5 – Hohe Luftqualität und Sicherheit, dafür Punkteabzug im sozialen Bereich

VON DAWID KAZANSKI

Im August veröffentlichte das renommierte Wirtschafts- und Informationsportal „Business Insider“ eine Liste der „besten Städte zum Leben in Polen“. Laut dieser Rangliste liegt Allenstein auf Platz 5. Hinter der größten Stadt des südlichen Ostpreußens liegen unter anderem Warschau, Krakau und Danzig. Sechs Faktoren wurden bei der Bewertung berücksichtigt: Arbeitslosigkeit, Durchschnittsgehalt, Verfügbarkeit von Wohnraum, medizinische Versorgung und Erreichbarkeit von Ärzten, Kriminalitätsrate sowie Luftqualität.

In der Rangliste galt: Je weniger Punkte, desto höher die Platzierung. Allenstein erhielt 44 Punkte. Damit liegt die Stadt 16 Punkte hinter dem Sieger des Rankings, Posen, mit 28 Punkten. Den zweiten Platz unter den „besten Städten zum Leben in Polen“ belegt Kattowitz. Oppeln rundet das Podium ab. Vor dem fünftplatzierten Allenstein liegt Breslau, ebenfalls mit 44 Punkten.

Große und beliebte Metropolen wie Warschau, Danzig und Krakau liegen in der unteren Hälfte der Rangliste. Das Schlusslicht bildet Białystok mit 74 Punkten. Die Aufschlüsselung nach Kategorien zeigt, was den fünften Platz von Allenstein am meisten beeinflusste. Die Stadt belegt den zweiten Platz in Bezug auf die Sicherheit. Laut der Rangliste ist nur Rzeszów noch sicherer. Die letzten Plätze werden von Kattowitz und Krakau eingenommen, wenn es um die Kriminalitätsraten geht. Allenstein schneidet auch hinsichtlich der Luftqualität sehr gut ab. Hier liegt die Stadt – wie auch in der Gesamtwertung – auf dem fünften Platz. Eine bessere Luftqualität findet man in Breslau, Posen, Landsberg an der Warthe und Oppeln.

Die Situation sieht allerdings schlechter aus, wenn man andere Statistiken he-



Gilt als eine der lebenswertesten Städte der Republik Polen: Allenstein

Foto: D.K.

ranzieht. Was die Verfügbarkeit von Wohnraum angeht, so lag Allenstein auf Platz 8. Den ersten Platz belegte Kattowitz, den letzten – wenig überraschend – Warschau, wo die Immobilienpreise umgerechnet bis zu 4500 Euro pro Quadratmeter erreichen können. Am weitesten hinten rangierte Allenstein beim Durchschnittsgehalt und beim Zugang zu einem Arzt als Mitglied der Nationalen Gesund-

heitskasse. In beiden Kategorien belegte die Stadt Platz 12.

Region mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen

Niedrigere Gehälter erhalten dagegen die Einwohner von Lublin, Landsberg an der Warthe, Kielce und Białystok. In der letztgenannten Stadt müssen die Einwohner auch länger warten, wenn sie einen Kas-

senarzt aufsuchen möchten. Den Machern der Studie zufolge könnten Städte wie Breslau und Allenstein um den Titel der besten Stadt zum Leben in Polen durchaus konkurrieren. Die schlesische Metropole könnte dabei deutlich bessere Chancen haben – vor allem wegen Ermeland-Masurens Ruf als eine arme Region mit relativ hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen.

KÖNIGSBERG

Musikgruppen traten im Park Luisenwahl auf

Ohne Künstler aus der Bundesrepublik – Gouverneur kündigt große Pläne für den Park an

Das dreitägige internationale Festival „Kaliningrad City Jazz“ wurde in Königsberg in diesem Jahr bei warmem, angenehmem Sommerwetter gefeiert. Das Wetter trug auch dazu bei, dass das Festival, das unter freiem Himmel im Park Luisenwahl/Zentraler Stadtpark stattfindet, sehr gut besucht war. Insgesamt etwa 8000 Zuschauer besuchten an den drei Tagen das Jazzfestival. Die Eintrittskarten für einen Tag kosteten umgerechnet zwischen 20 und 30 Euro.

In den sechzehn Jahren seines Bestehens ist es dem Festival gelungen, ein eigenes Publikum zu gewinnen, das nicht nur wegen bestimmter Künstler kommt, sondern eher wegen der großartigen Atmosphäre einer schönen Sommerveranstaltung.

Auch in diesem Jahr konnte das Fest trotz des Fernbleibens westlicher Teilnehmer seinem internationalen Charakter gerecht werden. Im Park Luisenwahl traten nicht nur Musiker aus der Russischen Föderation, sondern auch aus Armenien, Argentinien, Georgien, Israel, und dem Kongo auf.

Das Publikum sah auf der Bühne Musikgruppen und Künstler mit so komplizierten Namen wie „Ezztatik“ Band, „Fruits“, „Rumba de Bodas“, „Tangology Orchestra feat. Arsen Mukendi“, „Yerevan Calling Quartet“, „Megi Gogitidze“ oder „Zal Juglar Trio“. Gäste aus Italien, die 2018 bereits auf dem Festival aufgetreten

waren oder Musikgruppen aus der Bundesrepublik, die in den vergangenen Jahren immer wieder bei diesem Festival aufgetreten waren, fehlten dieses Mal.

Die Tanzfläche vor der Bühne war an allen Festivaltagen dicht mit Menschen gefüllt. Viele Gäste warteten sehnsüchtig auf den Auftritt der Band „Fruits“, die

Hits der amerikanischen Rockbands Jefferson Airplane und Blondie sowie von Depeche Mode sang.

Hits amerikanischer Rockbands

Die Organisation des Festivals wird von der Regionalregierung und einer Reihe von Sponsoren finanziert. Diesmal beschränkte sich Gouverneur Anton Alichanow nicht nur auf eine kurze Begrüßungsansprache an die Festivalteilnehmer, sondern er beschrieb auch anschaulich die Pläne für eine baldige Verschönerung des Parks Luisenwahl. Hier sollen ein Springbrunnen mit einem Durchmesser von 24 Metern, eine Fußgängerpromenade mit zweieinhalb Kilometern Fahrradwegen sowie eine Erholungszone in der Nähe der Luisen-Rotunde entstehen. Es sollen eine Promenade, ein Brückensystem und Aussichtsplattformen angelegt werden.

Außerdem soll in dem Park ein Kultur- und Bildungszentrum mit Konferenzsälen und Cafés entstehen. Das „Kaliningrad City Jazz Festival“ endete mit einem Feuerwerk und einer Disco vom Mitternacht.

Jurij Tschernyschew



Hier traten zahlreiche Musikgruppen auf: Bühne im Park Luisenwahl

Foto: J.T.

● MELDUNGEN

Themendörfer als Chance

Heilsberg/Neidenburg – Ostpreußen war zu vielen Zeiten eine Auswanderungsregion. Das gilt auch für heute. Junge Menschen studieren und arbeiten woanders und kommen selten zurück. Eine Chance, jemanden in dieser strukturschwachen Region zu halten und lokale Gesellschaften zu entwickeln, könnten Themendörfer sein. Solche Dörfer mit einem Leitmotiv können die lokale Wirtschaft beleben, Touristen anlocken, aber auch die Integration im Dorf stärken und dafür sorgen, dass die Einwohner sich um ein gutes Aussehen ihres Ortes kümmern. Das ist die Erfahrung einiger Dörfer in den Landkreisen Heilsberg – das Kräuterdorf Blankensee – und Neidenburg – das Töpferdorf Steinau oder das Dorf des guten Geistes Browienen. Auch das „in Holz verwunschene“ Rodowen bei Sorquitten hat von diesem Schritt profitiert. U.H.

Bahnstrecke wiederbelebt

Allenstein/Braunsberg – Ab Dezember wird es nach vier Jahren wieder eine Bahnverbindung zwischen Braunsberg und Allenstein geben. Der erneuerte Gleiskörper verkürzt die Fahrtzeit der Züge und ermöglicht den Transport größerer Ladungen. Neu konstruiert wurden Bahnsteige in Groß Buchwalde, Münsterberg und Schwuben mit geeigneten Aufgängen für Menschen, die nicht gut zu Fuß sind, der Belag des Bahnsteigs in Guttstadt wurde erneuert. Die Bauarbeiten an den Bahnsteigen in Beiswalde, Regerteln, Arnisdorf und Henrikau sowie bei der neuen Haltestelle in Neuhoof bei Wormditt kommen gut voran. Die Teilstrecke bis Wormditt soll bereits in diesem Monat in Betrieb genommen werden, der weitere Abschnitt über Mehlsack nach Braunsberg im Dezember. Insgesamt kosteten die Maßnahmen umgerechnet etwa 83 Millionen Euro, von denen 60 Prozent aus Mitteln der Europäischen Union kamen. U.H.

Radwanderweg auf Bahntrasse

Bischofsburg/Ortelsburg – Ein neuer Radwanderweg lockt Liebhaber der Zweiräder in die Region zwischen Ortelsburg und Bischofsburg. Die malerische Strecke verläuft auf dem Bahndamm der früheren Eisenbahnlinie zwischen den beiden Städten. Dadurch ist sie laut den ersten Testern fast vollständig flach und auch für Kinder und Senioren geeignet. Entlang der 40 Kilometer langen Trasse wurden Plätze zum Erholen und für eventuelle Reparaturen eingerichtet. Auch für schöne Ausblicke auf das landschaftlich attraktive Gebiet neben der Strecke ist gesorgt, unter anderem auf die Dimmernwiese, einem der größten Rastplätze für Kraniche in Europa. Von den Kosten von umgerechnet knapp drei Millionen Euro wurden über 80 Prozent von der Europäischen Union übernommen. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Brüggmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Lunk, Ruth, geb. **Orlowski**, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 7. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September
Glage, Dietrich, aus Miswalde, Kreis Mohrunen, am 6. September
Heinrich, Gerda, geb. **Witte**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September
Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Casemir, Ursula, aus Wehlau, am 6. September
Jäger, Thea, geb. **Bomber**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. September
Kostrewa, Irmgard, aus Martins-hagen, Kreis Lötzen, am 2. September
Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Klitsch, Irmgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September

Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Reiche, Ella, geb. **Siebert**, aus Ruckefeld, Kreis Elchniederung, am 2. September
Smollich, Prof. Dr. Alfred, aus Rhein/Trossen, Kreis Lötzen, am 6. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baginski, Gerda, geb. **Heinrichsen**, aus Treuburg, am 6. September
Bollig, Kurt, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. September
Knödler, Ursula, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September
Mussel, Hildegard, geb. **Bader**, aus Sonnenborn, Kreis Mohrunen, am 7. September
Nagat, Wilhelm, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September
Pfeifer, Ilse, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 1. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brinkmann, Edeltraut, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September
Geib, Erna Anna, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 5. September
Hinrichs, Herta, geb. **Rischkau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 5. September
Pillath, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September
Spingies, Helmut, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 6. September
Steiner, Günther, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September
Theis, Ruth, geb. **Hartwig**, aus Neidenburg, am 1. September
Volkman, Helga, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 3. September
Winterhalter, Hildegard, geb. **Klesch**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 5. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Friese, Erika, geb. **Wölk**, aus Fischhausen, am 2. September

Jahnke, Fritz, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 1. September
Kommorowski, Erna, geb. **Danneberg**, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 2. September
Kornmesser, Horst, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. September
Mombrei, Thea, geb. **Schmidke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September
Preuss, Horst, aus Wilhelms-hof, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Scharnowski, Reinhold, aus Er-lental, Kreis Treuburg, am 1. September
Schendel, Elisabeth, geb. **Zitz-mann**, aus Birkenfelde, Kreis Weh-lau, am 2. September
Schunke, Emmy, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September
Terzi, Wolfgang von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 3. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gläser, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 7. September
Kozikowski, Ruth, geb. **Herfurth**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. September
Lange, Horst-Erich, aus Ortels-burg, am 1. September
Potreck, Maria, aus Mogahnen, Kreis Fischhausen, am 6. September
Renzenbrink, Gerda, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schiewe, Renate, geb. **Wiebe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. September
Schiwy, Erhard, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. September
Vogtländer, Greta, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 6. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Appel, Ruth, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September
Burkandt, Oskar, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Deppe, Lieselotte, geb. **Hirth**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. September

Draack, Elisabeth, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniede-rung, am 7. September
Galla, Elisabeth, geb. **Borowski**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Schwarz, Herta, geb. **Sturm**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September
Vergin, Helga, geb. **Bludau**, aus Pokalkstein, Kreis Fischhausen, am 2. September
Wormuth, Friedel, geb. **Blick-mann**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 5. September
Zerfowski, Herbert, aus Banners, Kreis Mohrunen, am 2. September
Zielke, Helene, geb. **Sabutsch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 3. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bendiks, Felizitas, geb. **Kamin-ski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrun-gen, am 4. September
Blankenburg, Hildegard, geb. **Przywawa**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 1. September
Christochowitz, Horst, aus Köl-mersdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Lach, Gerhard, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 4. September
Lange, Christa, geb. **Ondracek**, aus Wehlau, am 2. September
Laser, Horst, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. September
Mrotzek, Grete, geb. **Korte**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. September
Ostwald, Emil, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 6. September
Rosenfeld, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. September
Scherotzki, Lotte, aus Kelchen-dorf, Kreis Lyck, am 4. September
Schweissinger, Dietrich, aus Ro-gonnen, Kreis Treuburg, am 7. September
Strzeletz, Irmgard, geb. **Jan-kuhn**, aus Schwengels, Kreis Heili-genbeil, am 3. September
Wisch, Käthe, geb. **Koslowski**, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 5. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Gisela, geb. **Bondzio**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 4. September
Baumann, Maria, geb. **Kretsch-mann**, aus Saalfeld, Kreis Mohrun-gen, am 5. September
Gerdau, Manfred, aus Mohrun-gen, am 6. September
Lojewski, Manfred, aus Sentken, Kreis Lyck, am 6. September

Philipp, Eberhard, aus Lyck, am 1. September
Pintar, Renate, aus Königsberg, am 5. September
Seibert, Hartmann, aus Alt Key-kuth, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Siebert, Martin, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. September
Sporleder, Margitta, aus Serpal-len, Kreis Preußisch Eylau, am 3. September
Süsser, Liesbeth, geb. **Schade**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 3. September
Tiedtke, Gerhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Vaillant, Helga, geb. **Berner**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 3. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Becker, Wolfgang, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 7. September
Broska, Ulrich, aus Schwarzeno-fen, Kreis Neidenburg, am 4. September
Feise, Ursula, geb. **Grau**, aus Tapi-au, Kreis Wehlau, am 2. September
Guttowski, Ulla, geb. **Jacobsen**, aus Treuburg, am 2. September

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Bis zum 29. Sep-tember, Kin-Top Düsseldorf-Oberbilk, Mindener Straße 20, täglich von 9 bis 20 Uhr: „Gegen-licht. Bilder aus Ermland und Ma-suren – Eine Fotoausstellung von Wojciech Szulc-Cholnicki“.

Die Ausstellung „Im Gegenlicht“ zeigt Arbeiten des Fotografen Wojciech Szulc-Cholnicki aus dem heutigen Ermland und Ma-suren. Seine Fotos veranschauli-chen den gegenwärtigen Alltag einer jahrhundertealten Region, die von Zuwanderern aus vielen Ländern Europas geprägt wurde



Die Magie von Schwarz-Weiß: „Rzeka Krutynia, Irgendwo an der Kruttinna“

Knecht, Erika, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 4. September
Kreyer, Anneliese, geb. **Pendzich**, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Masannek, Reinhard, aus Rogal-len, Kreis Lyck, am 2. September
Rapp, Emil, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. September
Rudziak, Ulrich, aus Treuburg, am 1. September
Schäffer, Bärbel, geb. **Hecht**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. September
Scheffler, Jürgen, aus Treuburg, am 7. September
Schindel-Reinartz, Aloisia, geb. **Schindel**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 2. September
Wittenbacher, Brigitte, geb. **Pawlitzki**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Apfelbaum, Hannelore, aus Alt-kirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Mertsch, Jürgen, aus Rockeims-walde, Kreis Wehlau, am 6. September

und heute im Nordosten Polens liegt. Entstanden ist ein Pot-pourri beeindruckender Mo-mentaufnahmen zwischen ges-tern und heute.

Wojciech Szulc-Cholnicki wurde 1972 in Preußisch-Holland ge-boren und arbeitete von 1997 bis 2012 für die polnische Foto-agentur Ekpictures. Er veröf-fentlichte unter anderem in „The Guardian“, „Die Zeit“, „Hollywood Reporter“, „Premi-ere“ sowie in der polnischen Presse zu Themen wie Film, Ki-no und Reisen.

Zusendungen für die Ausgabe 37/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 37/2023 (Erstverkaufstag 15. September) **bis spätes-tens Dienstag, den 5. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star-ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele-gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann-schaft Ostpreußen e.V. **infor-miert** und erhalten **Einladun-gen** zu Veranstaltungen und Se-minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes-geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur-zeit 60,- Euro. Den Aufnahme-antrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Lands-mannschaft – www.ostpreus-sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung kön-nen Sie jederzeit widerspre-chen. Landsmannschaft Ostpreu-ßen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Ge-schichtsseminar** in Helm-stedt
16. September: 26. **Landes-treffen Mecklenburg-Vor-pommern** in Anklam
9. bis 15. Oktober: **Werkwo-che** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kom-munalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehme-kreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsit-zenden (geschlossener Teil-nehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ost-preußische Landesvertre-tung** (geschlossener Teilneh-merkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmann-schaft Ostpreußen-Bundesge-schäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bremen**

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4,
28209 Bremen, E-Mail:
heinrichlohm@gmx.de,
Telefon (0421) 3469718

Ausstellung
Bremen – Bis Sonnabend, 30. September, montags bis sonnenabends von 11 bis 18 Uhr, WeserArt Galerie im Weserpark, Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen: Ausstellung „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“.

Ermöglicht wurde die Sonderausstellung von der Kulturstiftung der Landsmannschaft Ostpreußen (Bundesverband) als bedeutende Erinnerung an das jüdische Leben in Ostpreußen. Sie stellt anhand von 34 biographischen Tafeln „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“ vor, darunter den deutschen Arzt Johann Jacoby, Hugo Haase, einen Juristen und Politiker, Leopold Jessner, Theater- und Filmregisseur, Erich Mendelsohn,

einen bedeutenden Architekten, den Schriftsteller Max Fürst und Leah Rabin, eine israelische Politikerin. In Bremens erster Shoppingadresse wird die Ausstellung mit einer bremischen Erweiterung, dem biographischen Portrait des Nachkriegspolitikers Ernst Müller-Hermann und seines jüdischen Großvaters, des Physiologen Ludimar Hermann präsentiert. Vertreter der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V. sind während der Dauer der Ausstellung jeweils mittwochs von 11 bis 18 Uhr am Infotisch in der Ausstellung anwesend.

Flankiert wird die Ausstellung durch Begleitvorträge. Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, WeserArt Galerie: Dr. Bernd Moldenhauer spricht zum Thema: „Hannah Arendt – von Ostpreußen in die USA“.

Donnerstag, 28. September, 18 Uhr, Wall-Saal, Zentralbibliothek Bremen, Am Wall 201: Dr. Michael Leiserowitz „Vom Auftrag, ein jüdisches Museum in Kaliningrad/Königsberg einzurichten“. Sein Thema betrifft eine spektakuläre Initiative des Vereins „Juden

**Hessen**

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28,
61381 Friedrichsdorf, Telefon
(0170) 3086700

Ende der Sommerpause
Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 9. September, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Treffen nach der Sommerpause.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir bereits jetzt auch auf unser Treffen am 21. Oktober hinweisen.

Film-Vortrag
Wetzlar – Dienstag, 19. September, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodendorf, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Der Segen vom Altenberg“, Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus auf Altenberg/Wetzlar, Film-Vortrag von Henriette Piper. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze- wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de.

Landeskulturtagung der Ost- und Westpreußen
Wetzlar – Zum zweitägigen Treffen in der Stadthalle kamen Teilnehmer aus den zehn Kreisgruppen. Erstmals leitete Landesschriftführer Michael Hundertmark die Tagung. Er war spontan für Landesvorsitzenden Ulrich Bonk eingesprungen. Es sei etwas

ANZEIGE

Ostpreußen

26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam

Sonnabend, 16. September 2023 10 bis 17 Uhr

Mehrzweckhalle „Volkshaus“ 17389 Anklam, Baustraße 48–49

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe MV
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
oder per Mail: M.F.Schukat@web.de

anderes, von den Schicksalen der Menschen zu lesen oder sie auf der Tagung direkt erzählen zu hören, resümierte Hundertmark die Tagung. In sieben Vorträgen wurden die Teilnehmer mitgenommen in die Ereignisse vor fast 80 Jahren.

Gerhard Schröder aus Mühlthal schilderte seine Erlebnisse mit der „Berliner Luftbrücke“. Als einst der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter seine berühmte Rede „Ihr Völker der Welt... Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und preisgeben könnt“, hielt, gehörte Schröder als Jugendlicher zu den Teilnehmern.

Fortsetzung auf Seite 16



Berichte lesen oder authentisch vorgetragen bekommen macht einen großen Unterschied: Teilnehmer der Landeskulturtagung in Wetzlar



Letzte Plätze zu vergeben

Helmstedt – 15. bis 17. September, Politische Bildungsstätte: Herbsttagung der Landsmannschaft Ostpreußen zum Thema „Stationen der ostpreußischen Geschichte“. Auf dem Programm des Wochenendseminars stehen Vorträge über die Prußen in Ostpreußen, über Johannes Bobrowski, über Theodor Gottlieb v. Hippel, über Gertrud Lerbs-Berneckner, über die Königsberger Alltagskultur um 1900, über das Gut Klein Gablick im Kreis Lötzen und über die ostpreußischen Flüchtlinge in Dänemark. Referenten sind Dr. Jörn Barfod, John V. Jensen, Dr. Tim Kunze, Jörg Naß, Lars Rosinsky, Dr. Jürgen W. Schmidt und Mareike Schöne. Die Seminargebühr beträgt 100,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten. Anmeldeunterlagen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 414008-48; E-mail: husen@ostpreussen.de

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die

☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder

☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C

ANZEIGE

Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**Prämie 1:
Leuchtglobus**



**Prämie 2:
Renaissanceglobus**



Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Ihrer Initiative ist es zu verdanken, dass der russische Kantchor aus Gumbinnen fünf gelungene Konzerte in der Christuskirche in Dresden geben konnte. So verbindet Rick aus tief christlicher Grundhaltung das Bewahren ostpreußischen Kulturgutes mit grenzübergreifender Tätigkeit im Sinne der Versöhnung.

I. u. W. Schirotzek

Nun ist Frau Elfriede Rick mit 91 Jahren am 23. Juli von uns gegangen. Wir, die Landesgruppe, werden in Ehren ihrer gedenken. Ihr Lebensspruch war Hiob. 19,25: Ich weiß, dass mein Erlöser lebt.

Vorstand der Landesgruppe Sachsen



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth- Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Adelheid Totz Burg auf Fehmarn – Dienstag, 12. September, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Autorin Adelheid Totz aus Heiligenhafen berichtet bei der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig über ihr interessantes Leben. Gäste sind willkommen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V.
Flensburg – Mittwoch, 13. September, TSB-Heim: Kaffeetafel mit Vortrag von Ekkehard Schmidt aus Eckernförde zum Thema „Wie ein Ostpreuße Maler in Eckernförde wurde“. Anmeldungen bitte bis zum 6. September an Frau Kunde.



Bartenstein

Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Tel. (04101) 5686660, hans-g.steinke@online.de

Heimatkreistreffen Nienburg – Sonnabend, 2. September, „Weser-Suite“, DEULA, Max-Eyth-Straße 2, Konferenzraum IV-Haus D: vermutlich das letzte Kreistreffen mit folgendem Programm:

10 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen der Berufsbildenden Schulen (Berliner Ring), ab 10.30 Uhr: Saalöffnung „Weser-Suite“ – Anmeldung, Eintrag in Anwesenheitsliste und Auswahl Mittagessen, ab 12 Uhr: Mittagessen, 13 Uhr: Begrüßung durch den stellvertretenden Vorsitzenden Christian von der Groeben, anschließender Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden über seine Reisen nach Ostpreußen im Oktober 2022 und Juni 2023, 14 Uhr: Mitgliederversammlung der Heimatkreisgemeinschaft (HKG) Bartenstein, Rechenschaftsbericht des Vorstands über die zurückliegenden Jahre 2020-2023, Diskussion über den Fortbestand oder die Auflösung der HKG, Abstimmung über eine mögliche Auflösung der HKG, 15 Uhr: Filmvorführung von Manfred Eckert über zurückliegende Reisen in den Kreis Bartenstein, ab 15.30 Uhr: Kaffee- und Kuchenbuffet, Grußworte der örtlichen Repräsentanten, gemütliches Beisammensein und Ausklang.



Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundsziens, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung Bad Nenndorf – Von Freitag, 8. September, bis Sonntag, 10. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 8. September zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung.

Am Sonnabend, 9. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucherinnen und Besucher haben Gelegenheit, Bildvorträge aus der Heimat zu sehen und einen Vortrag zu hören. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen die Verlesung geistlicher Worte und des Grußwortes des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen vorgenommen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Ferner stehen auch Wahlen auf der Tagesordnung. Anschließend kann ausgiebig“ plachandert“ werden

Am Sonntag, 10. September: Gottesdienst in der Kirche Steinhude. *James-Herbert Lundsziens*



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Wahl der Kreistagsmitglieder Rendsburg – Sonnabend, 7. Oktober, 9.30 Uhr, Kleiner Festsaal, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft.

Laut Paragraph 1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdauen: fünf Vertreter, Nordenburg/Karpowen (Karpauen): drei Vertreter, Assaunen, Friedenberg/Groß Schönau, Klein Gnie, Laggarden/Löwenstein, Molthainen/Momehnen, Muldszen (Mulden), Abteilung GIRDawe: jeweils ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Mitglieder gemäß Paragraph 2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben. Laut Paragraph 5 der Wahlordnung

schlägt der Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Hans Eckart Meyer, Uwe Nitsch, Dietmar Plaumann; Kirchspiele Nordenburg/Karpowen (Karpauen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick; Kirchspiele Laggarden/Löwenstein: Gertrud Holtermann; Kirchspiele Molthainen/Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann; Abteilung GIRDawe: Brigitte Havertz-Krüger. Für das Kirchspiel Friedenberg/Groß Schönau liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern.

Walter Mogk, Kreisvertreter



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldaper Heimattreffen Stade – Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September, : Heimattreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 8. September, 11.30 bis 17.30 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Patenschaftsmuseum öffnet, ab 19 Uhr: Vorabendtreffen für Angehörige der Kreisgemeinschaft.

Sonnabend, 9. September, 10 Uhr, Dorfgemeinschaftshaus Elbinsel Krautsand, Krautsand 72, 21706 Drochtersen: Kreistagssitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter, 11.30 Uhr, Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V., nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft, anschließend Mittagssimbiss, 15 bis etwa 18 Uhr: Schifffahrt auf dem „Tiedenkier“, Abfahrt vom Anleger Krautsand, 19 Uhr: gemeinsames Abendessen im Hotel „Zur Einkehr“, Freiburger Straße 82, 21682 Stade

Sonntag, 10. September, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Patenschaftsmuseum öffnet, 10 Uhr: Andacht in der evangelisch-lutherischen Kirche St. Wilhadi mit Superintendent Dr. Marc Wischnowsky, 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahmal in den Wallanlagen in Stade mit Begrüßung durch Stephan Grigat, Kreisvertreter, Grußwort der Patenschaftsträger Kai Seefried, Landrat des Kreises Stade, Gedichtvortrag „Es war ein Land“ von Ulrich Wiegandt, Kreistagsabgeordneter, Totenehrung durch Stephan Grigat, Kreisvertreter, Festansprache 75 Jahre Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. von Prof. Dr. Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung, Berlin, Ostpreußenlied, Nationalhymne, musikalische Umrahmung durch Posaunenchor der Evangelisch-Lutherischen Johanniskirche zu Stade, 13 Uhr, Pa-

tenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade, Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein, mit Imbiss, Kaffee und hausgebackenem Mohnkuchen, Spenden sind willkommen, Ausklang.

Das Museum-Team bietet Führungen an und ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen im Patenschaftsmuseum für Sie da.

Der Goldap-Kalender 2024 ist vorrätig und kostet 10,95 Euro.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistags- und Beiratssitzung Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Kreistags- und Beiratssitzung.

Hauptkreistreffen Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Kant-Seminar Oeversee – Freitag, 17., bis Sonntag, 19. November, Akademiezentrum Sankelmark, Akademieweg 6, 24988 Oeversee: Seminar mit der Stiftung Königsberg: „Immanuel Kant - ein Weltbürger aus Königsberg“.

2024 begehen viele Menschen den 300. Geburtstag des großen Aufklärers Immanuel Kant. Im Vorfeld des Jubiläumsjahres fragen wir nach der Königsberger Lebenswelt des Philosophen und spannen den Bogen von Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) bis zu seiner Bedeutung für die geistige Kul-

tur der Gegenwart. Eine Veranstaltung der Academia Baltica. Eine Anmeldung ist über die Internetseite des Akademieentrums 222.sankelmark.de möglich, Fragen beantwortet Marion Clausen unter Telefon (04630) 55110 oder per E-Mail: m.clausen@sankelmark.de.



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, www.labiau.de

Kreistreffen Otterndorf – Freitag, bis 10. September, Stadtscheune, Sackstraße 4, 21762 Otterndorf/Niederelbe: Kreistreffen zum ersten Mal an neuem Standort.

Freitag, 8. September, 19 Uhr: Begrüßungsabend.

9. September, 9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken, 10 Uhr: offizielle Eröffnung des Kreistreffens in der Stadtscheune, 11 Uhr: Feierstunde, 15 Uhr: Überraschungen, 19 Uhr: gemütlicher Abend bis 21 Uhr.

10. September, 10 Uhr: Mitgliederversammlung des Eingetragenen Vereins in der Stadtscheune, anschließend Ausklang am Torhaus mit allen in Otterndorf Verbliebenen.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

75 Jahre Kreisgemeinschaft Herne – Sonntag, 17. September, 9 Uhr (Saalöffnung), 11.30 Uhr (Beginn), Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkreistreffen mit Jubiläum. Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher. Für die Festrede konnte Herbert Somplatzki gewonnen werden. Den musikalischen Part übernimmt, wie in den vergangenen Jahren, der Posaunenchor der evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen Resse.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen Lüneburg – Freitag, 15., bis Sonnabend, 16. September, Raum „Lagerfeld“, Hotel Bergström, Bei der Lünner Mühle mit folgendem Programm:

Freitag, 15. September, 15.30 Uhr: Mitgliederversammlung der KGO (Hotel Bergström, Raum „Daimler“), 18.30 Uhr: Begrüßungsabend (Hotel Bergström, Raum „Lindbergh“).

Sonnabend, 16. September, 10.30 Uhr: Einlass Raum „Lagerfeld“ (Hotel Bergström), 11.15 Uhr: Beginn der Feierstunde mit Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen, 11.20 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter, 11.25 Uhr: Totenehrung, 11.30 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters, anschließend Musikbeitrag, 11.50 Uhr: Grußwort des stellvertretenden Landrates des Landkreises Göttingen Sebastian Bornmann, anschließend Musikbeitrag, 12.10 Uhr: Lena Hamann: „Deine Heimat verstehen und für mich neu entdecken – Mein Weg zu Ostpreußen“, anschließend Musikbeitrag, 12.45 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters, 12.50 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne, 12.55 Uhr: Ende der Feierstunde, 13 Uhr: gemeinsames Mittagessen, anschließend gemütliches Beisammensein.



Wehlau

Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Hauptkreistreffen Bassum – Sonnabend, 2. September, 13.30 Uhr, bis Sonntag, 3. September, Vorwerk der Freudenburg, Amtsfreiheit 1a: Hauptkreistreffen und Mitgliederversammlung.

ANZEIGE



Als Gott sah, dass der Weg zu lang, der Hügel zu steil und das Atmen zu schwer wurde, legte er seinen Arm um sie und sprach: „Komm heim!“

Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus, flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Haus.

Joseph von Eichendorff

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Elisabeth Hein

geb. Goroncy
* 8. März 1932 † 14. August 2023
Liebemühl - Osterode Dortmund

Katharina und Joachim von Danwitz mit Isabella und Adrian
Hans-Christian und Anke Hein mit Jan-Henrik und Pia-Elise
Reiko Nagai mit Nami und Miki
und alle Angehörigen

Trauerhaus: Eheleute von Danwitz c/o Bestattungshaus Jens Bentzien GmbH
45731 Waltrop, Dortmunder Str. 125, Tel. 02309 / 79790
Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreis statt.

Auf Wunsch der Verstorbenen bitten wir anstelle zugedachter Blumen und Kränze um eine Spende für die Stiftung Deutsche Kinderkrebshilfe auf das Konto bei der Kreissparkasse Köln. IBAN DE65 3705 0299 0000 9191 91
Stichwort: TF – Elisabeth Hein.

WARTENBURG

Grabungen im „ermländischen Pompeji“

Ein Archäologenteam befördert die entdeckten Reste der niedergebrannten mittelalterlichen Siedlung ans Tageslicht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im 13. Jahrhundert unterwarf der Deutsche Orden die „heidnischen“ Preußen auf dem Gebiet des heutigen Ostpreußens. Danach gründeten niederdeutsche Kolonisten dort Städte und Dörfer, die sich immer weiter ins Land vorschoben. Eine der neuen Siedlungen entstand ab 1325 auf einem zwei Hektar großen Geländesporn, 350 Meter nordöstlich des Wadang-Sees im Ermland. Die Initiative hierzu ging vom damaligen Bischof Eberhard von Neiß und dessen Vogt Friedrich von Liebenzell aus.

Der Name der Ortschaft lautete Wartenburg, weil sie im Schutz eines kleineren Befestigungsbauwerkes lag. Sie erhielt am 26. Dezember 1329 von Bischof Heinrich II. Wogenap das Stadtrecht. Zu diesem Zeitpunkt lebten in Wartenburg vor allem schlesische Siedler, die sowohl Ackerbau im Umland betrieben als auch als Handwerker arbeiteten. Bis 1353 entstanden durch den Fleiß der Neuankömmlinge etwa zwei Dutzend unterkellerte Fachwerkhäuser rund um einen rechteckigen Marktplatz, ein kleines Handelshaus samt Lagerräumen, eine Badestube, eine Pfarrkirche nebst Friedhof und einige Straßen. Das Leben hier muss dennoch hart gewesen sein, aber die Kolonisten hofften auf mehr persönliche und wirtschaftliche Freiheit als in ihrer ursprünglichen Heimat.

Dieser Traum nahm allerdings im Winter 1353/54 ein jähes grausames Ende. Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Orden und dem Großfürstentum Litauen, das sein Territorium nach Westen erweitern wollte, überannten die Truppen der beiden gemeinsam regierenden Großfürsten Kęstutis und Algirdas auch Wartenburg. Sie brannten die Stadt nieder und töteten alle Bewohner. Das Gemetzel



Archäologen bei der Arbeit: Neben Alltagsgegenständen, Waffen und Münzen wurden in Wartenburg auch gut erhaltene menschliche Skelette gefunden *Foto: pa*

wird unter anderem in der gereimten „Cronica nova Prutenica“ des Ordensherolds Wigand von Marburg erwähnt.

Wiederaufbau an neuem Ort

Weil die Litauer später einige schwere Niederlagen gegen den Deutschen Orden erlitten und sich aus der Region zurückziehen mussten, war es möglich, Wartenburg zeitnah neu zu errichten. Dafür wurde jedoch ein anderer Platz weiter im Osten gewählt, an dem Seen und Sümpfe besseren Schutz vor Überfällen boten. Diese Ansiedlung existierte spätestens ab 1364, als sie vom ermländischen Bischof

Johann II. Stryprock das Stadtrecht erhielt. Ihre weitere Geschichte verlief gleichermaßen wechselhaft. So wurde das neue Wartenburg [Barczewo] dreimal zerstört. Erstmals geschah dies im Hungerkrieg von 1414 und die nächsten beiden Male anlässlich der verheerenden Stadtbrände von 1544 und 1798.

Außerdem entstand unweit der niedergebrannten Reste der ersten Siedlung namens Wartenburg ein kleines Kirchdorf, das fürderhin Alt-Wartenburg [Barczewko] hieß. Dessen erste urkundliche Erwähnung erfolgte am 5. Februar 1369. Und am 9. Juli 1376 gewährte Bi-

schof Heinrich III. Sorbom dem dortigen Schulzen Heinrich von Blankensee die selben Rechte wie den Gründern des Vorgängerortes. In der Folgezeit erlitt Alt-Wartenburg ebenfalls noch viel Ungemach und stand in zwei Fällen vor dem kompletten Untergang. Zunächst wurde es im Verlaufe des Reiterkrieges zwischen dem Deutschen Orden und Polen von 1519 bis 1521 sowie dann neuerlich 1656 während des Zweiten Nordischen Krieges fast dem Erdboden gleichgemacht.

Weil die beiden Neugründungen an anderer Stelle erfolgten als am Ort der 220 mal 160 Meter großen einstigen Alt-

stadt von Wartenburg, blieb das Ruinengelände seit 1354 weitgehend unberührt. Deshalb gilt es unter Archäologen nun als „Zeitkapsel“ beziehungsweise gar „ermländisches Pompeji“. Dessen gründliche Erforschung begann 2013 anlässlich eines ersten gemeinsamen Projektes der Universitäten Danzig und Göttingen. Dem schloss sich 2022 die nächste Grabungskampagne des Instituts für Archäologie der Universität Danzig unter Einbezug von Spezialisten aus der Bundesrepublik, Dänemark und den USA an, die noch bis 2024 dauern soll und von Arkadiusz Koperkiewicz geleitet wird.

Ruinengelände blieb unberührt

Im Rahmen dieses neuerlichen Projektes unter der nunmehrigen Bezeichnung „Barczewko – Mit Feuer geschriebene Geschichte. Eine verlorene mittelalterliche Stadt“ gelangen in den letzten Monaten zahlreiche bemerkenswerte Funde. Dazu zählen unter anderem menschliche Überreste mit DNA-Spuren, Armbrustprojektilen sowie diverse Waffen und ein Hort von rund 150 Münzen der damaligen Zeit. Diese aus dünnem Silberblech bestehenden Geldstücke, sogenannte Brakteat-Pfennige, stammen überwiegend aus den Prägstätten in Thorn und Elbing.

Koperkiewicz bezeichnete das Konvolut als „wertvoll, weil es wahrscheinlich alle Arten von Kleinmünzen enthält, die in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts im Ermland in Umlauf waren“. Darüber hinaus erhoffen sich die Archäologen von den Ergebnissen ihrer diesjährigen Grabungskampagne weitere Aufschlüsse über die ethnisch-soziale Zusammensetzung der Bevölkerung des damaligen Wartenburg sowie tiefere Einblicke in die Details der Frühphase der Urbanisierung Ostmitteleuropas beziehungsweise der Stadtentstehung im Mittelalter allgemein.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Preußens Gloria in Gleiwitz weniger verpönt als im Rheinland?

Norbert Koziol aus Oberschlesien sieht sich als Bewahrer einstiger Militärästhetik

Viele werden sich die Augen reiben, wenn sie auf die Einladung zur Ausstellung „Dem Regiment zur Ehr, dem Vaterland zur Wehr“ stoßen. „Preußische Regimenter in der Provinz Schlesien 1871–1914: Zwischen Militarismus und Alltagsleben“, so der zweite Teil des Titels, wird am 1. Oktober im Oberschlesischen Landesmuseum zu Ratingen bei Düsseldorf eröffnet. „Preußens Gloria“ heute zu thematisieren beweist seitens der Ratinger Museumsleitung Mut. Doch eines macht die Sache natürlich einfacher: Die Ausstellung wurde von polnischen Historikern und Kuratoren konzipiert und bereits 2017 im ober-schlesischen Gleiwitz gezeigt.

Bei der Eröffnung in Gleiwitz wies der dortige Museumsleiter Grzegorz Krawczyk darauf hin, dass sie die erste Ausstellung entsprechender Größenordnung zu diesem Thema in der Geschichte des Museumswesens im zur Republik Polen gehörenden Teil Schlesiens sei. „Sie zeigt die Kultur des preußischen Militärwesens in der wichtigsten Zeitspanne dieser Region – von den Einigungskriegen bis zum Ersten Weltkrieg“, so Krawczyk damals. Kurz nachdem die polnische Regierung per Gesetz jegliche Symbole des Kommunismus, des Nationalsozialismus und des preußischen Militarismus hatte ausblenden wollen, traute er sich, mit der Ausstellung da-

gegenzuhalten. „Ein Museum darf die historische Wahrheit nicht scheuen, egal wie unbequem sie auch sein mag. Mit dieser Ausstellung glorifiziere ich ja nicht den preußischen Militarismus, ich zeige lediglich eine historische Gegebenheit mit ihrem ideellen Hintergrund und ihrer Ästhetik sowie mit ihrer gesellschaftlichen Funktion damals. Wir zeigen, wie das Militär als Bindeglied des Staates funktioniert hat und diesem Staat nicht nur eine ideelle, politische Struktur, sondern auch eine Lebensart gab“, so Krawczyk bei der Eröffnung am 28. Januar vor sechs Jahren.

In Ratingen wird scheinbar eher das Negative herausgestellt, so liest sich zumindest der Presstext des Museums. Die Schau „zeigt die Durchdringung des zivilen Alltags durch das Militärische, die Omnipräsenz des Militärs in der Gesellschaft, die autoritären Züge des Militärs, die sich negativ auf die deutsche Gesellschaft auswirkten. Auch die Ambivalenz des Militärs wird thematisiert: einerseits Stütze des Reiches, andererseits Drohformation gegen Andersdenkende“, heißt es seitens des Oberschlesischen Landesmuseums. Der Betrachter werde zu einer „kritischen Auseinandersetzung mit den Irrwegen der deutschen Geschichte“ animiert, „diese negative Entwicklung des deutschen ‚Sonderweges‘



Zum zweiten Mal gewürdigt: Norbert Koziols Sammlung und sein Wissen *Foto: C.W.W.*

wird in der Ausstellung besonders deutlich“, betont Museumsdirektor David Skrabania – wohl der deutschen Erwartungshaltung entsprechend.

Die Ausstellung in Ratingen entstand, genau wie die in Gleiwitz, anhand von Exponaten aus der Sammlung von Norbert Koziol. Der aus Peiskretscham [Pyskowice] stammende deutsche Oberschlesier sammelt seit mehr als 40 Jahren alles, was mit der preußischen Militärgeschichte zu tun hat. Seine Wohnung, stilgerecht in einem roten Backsteinhaus, quillt über vor Utensilien des militärischen Alltags,

Skulpturen und Bildern mit Kaiser-Wilhelm-Konterfeis. Mehrere Tausend Dokumente, Postkarten und Artefakte befinden sich in seinem Besitz.

„Angefangen hat es mit einem Geschenk eines Grundschulklassenkameraden“, berichtet er. Für Hilfe in Mathe und Physik bekam der damals schon geschichtsinteressierte Koziol eine grüne Uniform mit gelben Schnüren des Ratibor-er Husarenregiments geschenkt. „Diese hat mir so sehr gefallen, dass ich mir geschworen hatte, von jedem schlesischen Regiment eine Uniform zu besitzen“. Das

Versprechen hat er sich durch Flohmarktkäufe und Internetauktionen zu 90 Prozent erfüllen können.

Soldaten als Teil der Gesellschaft

Er ist stolz auf seine Sammlung. Sie hat ihn ein Vermögen gekostet, und auf viel Verständnis in seiner Umgebung ist er auch nicht gestoßen. „Manche bekommen Pickel, wenn sie nur das Wort ‚Pickelhauben‘ hören“, scherzt er. Doch er sieht in der „Durchdringung des zivilen Alltags durch das Militärische“ durchaus auch Positives: „Soldaten nahmen teil an sämtlichen Veranstaltungen in den Städten, sie waren Teil der Gesellschaft in all ihren Schichten. Und sie brachten ihre Rituale in das Stadtleben ein. Durch Märsche und Manöver, Gedenkzeremonien und Feiern war es lebhaft auf den Straßen. Die schmucken Uniformen der Soldaten und Offiziere, die hübschen Kleider der Frauen – ich würde mich gerne in diese Zeit versetzen, wenn es eine Zeitmaschine gäbe.“

Er hätte sich nicht träumen lassen, dass seine Sammlung einmal von Historikern und Museumskuratoren so wertgeschätzt wird. Vor sechs Jahren hatte Koziol einen Wunsch: „Dass die Sammlung auch in anderen Museen gezeigt wird“. Dieser Traum geht für ihn ab Oktober in Erfüllung. *Chris W. Wagner*

BAUDENKMAL

St. Marien zu Stralsund

Beeindruckende Innenausstattung der Kirche – und vom Turm hat man eine traumhafte Aussicht

VON K.-H. ENGEL

Wer nicht glauben mag, dass die Hansestadt Stralsund nahezu ganz von Wasser umgeben wird, sollte in den Turm der St. Marienkirche steigen. Von der Aussichtslaterne in sage und schreibe 90 Metern Höhe – das gilt im platten Land als Respekt gebietende Größenordnung – wirkt die 2002 zum UNESCO-Weltkulturerbe ernannte Altstadt, als sei sie auf einer Ostseeinsel errichtet worden.

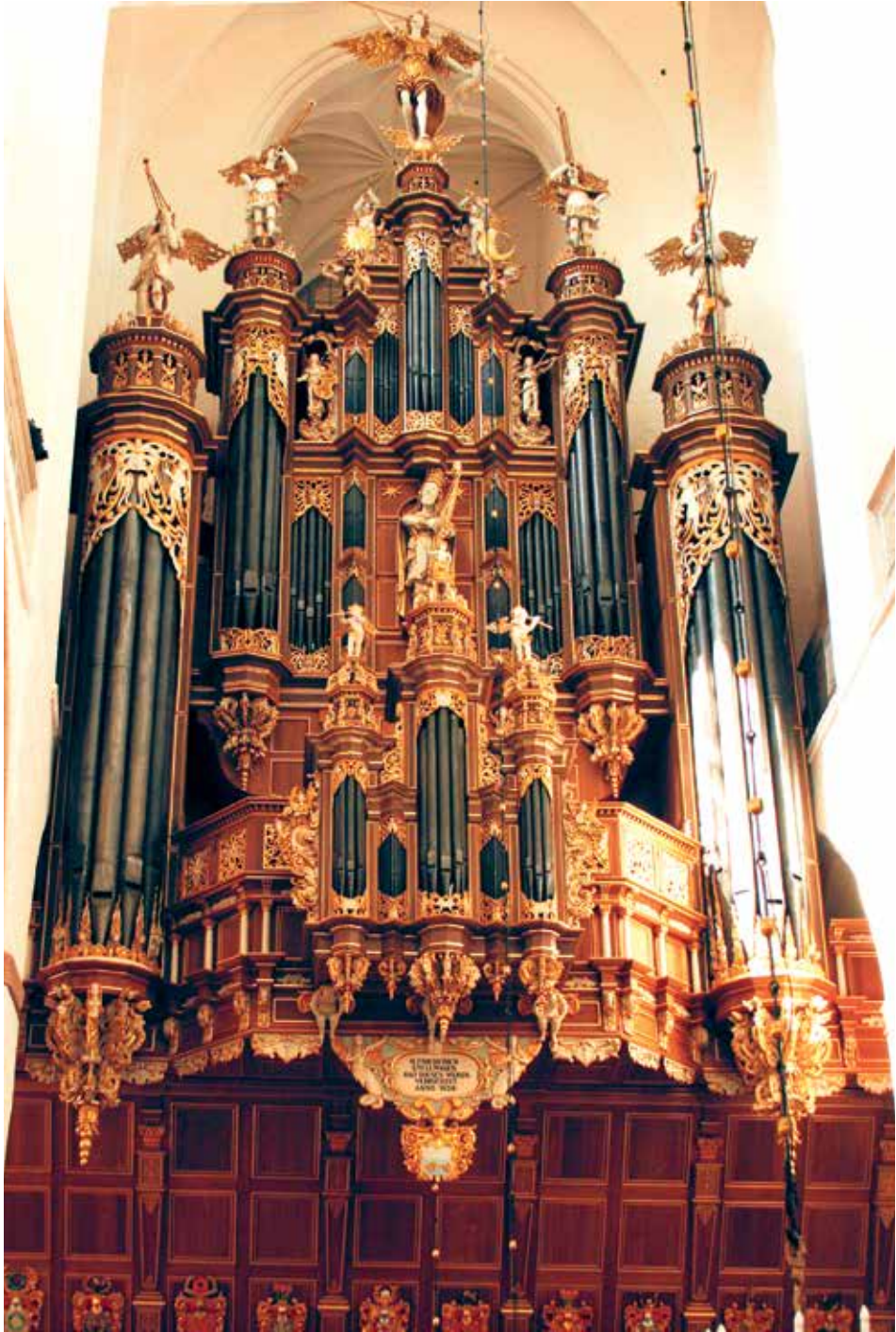
Der Eindruck täuscht natürlich, denn die immerhin 100 Hektar großen Wasserflächen auf der binnenländischen Seite sind kein Teil der Ostsee. Es handelt sich um Teiche, die einst im Zusammenhang mit dem Bau der mittelalterlichen Wehrbefestigung angelegt wurden. So erhielt die Stadt den inselartigen Charakter.

Weiter Blick auf Land und See

Dessen ungeachtet entbietet sich vom Turm der Marienkirche ein wunderbarer Blick auf das 1234 gegründete Stralsund mit seinen roten Dächern und den Türmen der beiden anderen markanten gotischen Altstadtkirchen St. Nikolai und St. Jakobi (seit einigen Jahren Kulturkirche). In der Landschaft dahinter zeichnen sich im Norden die Konturen der Insel Hiddensee ab.

Weiter rechts, über den zwei Kilometer breiten Strelasund hinweg, erstreckt sich in ganzer Breite Rügen, Deutschlands größte Insel. Nach Süden und Westen schweift der Blick über die weite norddeutsche Ebene mit ihren Feldern, Wäldern und kleinen Ortschaften. Diese Rundumsicht wie aus einer Flugzeugperspektive erfüllt nicht nur Urlauber mit Staunen, sondern auch immer wieder Einheimische.

Aber wer sich zum Aufstieg in den mittelalterlichen Turmbau entschließt, muss bereit sein, Unmengen von zumeist Wendeltreppenstufen unter die Schuhe zu nehmen. Man sollte wirklich gut bei Puste sein. Allerdings lädt der aus wuchtigem Gebälk gezimmerte Glockenstuhl mit dem Dreiergelaüt zwischendurch zu einer Pause ein. Das ist eine gute Gelegenheit, sich das klangmächtige Trio ganz aus der Nähe zu betrachten. So etwas bietet sich



Die Barockorgel in St. Marien: Vom Orgelbaumeister Friedrich Stellwagen aus Lübeck zwischen 1653 und 1659 gefertigt *Foto: Engel*

Freunden alter Kirchen schließlich nicht jeden Tag.

Die Schnörkelinschrift auf der größten der Drei zu entschlüsseln erscheint zwar unmöglich, doch verrät eine kleine Tafel, um was es sich handelt. „Durch Hitze und Feuer bin ich geflossen. Adam Lehmeier hat mich gegossen. Mein Name ist Heilige Dreifaltigkeit. Gott sei gelobt in Ewigkeit“, steht dort. Ebenso dass die Glocke 500 Kilogramm wiegt und im Jahr 1663

gegossen wurde. Die beiden kleineren sind neuen Datums. Sie stammen aus dem Jahr 1969.

Vom Glockenstuhl aus führen Holztreppe die Turmbesteiger weiter aufwärts. Und dann steht man endlich nach 366 steilen Stufen in der von frischem Seewind umwehten offenen Turmlaterne. Welche Aussicht! Das ist der Lohn für die Mühen des Aufstiegs. Der Turm der Stralsunder Marienkirche reicht 104 Meter hi-

nauf. An der pommerschen Küste steht kein höherer. Genau weiß man es wohl nicht, doch soll St. Marien ab 1549 sogar fast 100 Jahre lang mit 151 Meter Turmhöhe das höchste Bauwerk der Welt gewesen sein. 1647 aber stürzte es nach einem Blitzschlag brennend zusammen.

Regelmäßig Orgelkonzerte

Doch der Turm in seiner jetzigen Erhabenheit ist bei Weitem nicht das einzige, was die dreischiffige Basilika an Großartigem bietet. Schon der Kirchenraum allein



Aus der Vogelperspektive: St. Marien

mit seinen 96 Metern Länge und 33 Metern Höhe verschlägt Besuchern geradezu den Atem. Er beherbergt eine Fülle von zum Teil Jahrhunderte alten Glaubenszeugnissen.

Und dann prangt da die zwischen 1653 und 1659 vom Lübecker Meister Friedrich Stellwagen gefertigte Barockorgel, eine der opulentesten ihrer Art in Norddeutschland. Außer bei Gottesdiensten und Konzerten ertönt sie von Mai bis September montags bis freitags um 11 Uhr zu kleinen Orgelmusiken. Ein Tipp für Urlauber: St. Marien unbedingt einen Besuch abstatten. Die Kirche ist von 11 bis 16 Uhr geöffnet, so informiert ein Hinweisschild am Eingang, der Turm kann von 11 bis 15.30 Uhr bestiegen werden.

GEDENKEN

Erinnerungen an eine Pädagogin aus Pommern

Musik war ihr Leben – Die Stolper Geigerin und Hochschullehrerin Barbara Koerppen

Ein langer erfüllter irdischer Lebensweg ging am 7. Juni in Burgdorf bei Hannover zu Ende, ein Weg, der am 5. Januar 1930 in Stolp in Pommern begann: der einer tüchtigen Geigerin und Violinpädagogin. Barbara Koerppen-Boehr ist heimgegangen.

An der Hochschule für Musik und Theater Hannover schnitten sich unsere Lebenswege. Als wir uns dann nach zirka 40 Jahren anlässlich eines Treffens professioneller Chorleiter wiedersahen, hatte sie mich fröhlich sofort erkannt. Wir waren uns beide sympathisch, sie, die Geigenprofessorin an der Hochschule für Musik und Theater Hannover, und ich, der Student, der mit ihr im Jugendsinfonieorchester Hannover mitwirkte.

Auf die Hochschullehrerin konnte man sich verlassen, sie war immer freundlich, gut gelaunt und doch leistungsorientiert. Waren es tiefere Schwingungen? Erst sehr viel später, ja zu spät, erfuhr ich,

dass sie, wie meine Familie, aus Stolp stammte. Allerdings schon 1939, im Rückblick rechtzeitig, zog sie nach Hannover, wohin ihr Vater, ein Jurist, versetzt wurde. Ihre geliebte Geigenlehrerin Gabriele Peters musste sie mit Stolp zurücklassen.

Mit fünf Jahren begann sie das Geigenspiel, 1948 bestand sie die Aufnahmeprüfung zum Vorgängerinstitut der Musikhochschule Hannover. Noch als Studentin lernte Barbara ihren späteren Ehemann kennen, den Komponisten Alfred Koerppen. Die beiden heirateten im Juli 1961, und es folgten sechs Jahrzehnte engster künstlerischer Zusammenarbeit. Er verstarb im vergangenen Jahr in hohem Alter, sie hat ihn nicht einmal ein Jahr überlebt. Sie waren bis zu seinem Heimgang ein glückliches Ehepaar.

Die beiden lebten in Burgdorf bei Hannover und unterrichteten an der Musikhochschule Hannover. In der vorle-

sungsfreien Zeit konnte man sie oft in Sezze Romana in der italienischen Region Latium finden. Dort hatten sie sich ihr Traumhaus gebaut.

1963 erhielt Koerppen-Boehr eine Dozentur an der Musikhochschule Hannover, 1973 wurde sie zur Professorin ernannt. Es waren Jahre des Aufbaus des Instituts: Da hat sie sich vielfältig eingebracht. Sie gründete das Kammerorchester Barbara Koerppen und mit anderen zusammen das Jugendsinfonieorchester Hannover. Die konzertierende Künstlerin erhielt 1965 den Niedersachsenpreis für Musik und 1992 das Bundesverdienstkreuz.

„Ave Maria“ im Duo

Auch wenn sie und ihr Mann sich in den letzten Lebenszeiten besonders und erneut für die Musik Johann Sebastian Bachs begeisterten: In Sezze wird man die

beiden erinnern als die Freunde aus dem Norden, die immer wieder auf die vielen Bitten hin und zur großen Freude der Bewohner das „Ave Maria“ von Schubert spielten, Alfredo am Klavier und Barbara auf ihrer Geige. Das mögen sie, die beiden Christen waren, nun in einem anderen Sein tun!

Die Musikhochschule Hannover schrieb in ihrem Nachruf: Eines der letzten großen Projekte der Koerppens war es, die Villa Koerppen in Sezze zu einem Ort für Studienaufenthalte umzugestalten. Wie letzte Worte klang Barbara Koerppens Ansprache zu Beginn des Konzertes aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der von ihr und ihrem Mann gegründeten „Alfred Koerppen Stiftung“ am 26. November 2022 in der Hochschule.

Nun starb sie in Burgdorf. Wir trauern um sie und werden ihrer dankbar gedenken. *Winfried S. Küttner*

MELDUNGEN

Sonnenblume, Rekorde und Rathaus Stolp

Greifswald – Ab 2024 wird die Zeitschrift „Pommern“ von der „Pommerschen Stiftung für historische Bildung“ herausgegeben. Das 1963 von Gerhard Amtsberg gegründete Medium war bis 2017 vom Pommerschen Zentralverband e.V. und ab 2018 vom Pommerschen Greif e.V. veröffentlicht worden. *TS*

Jarmen – Die größte Sonnenblume der Region könnte unweit der Peene stehen: Der stolze Korbblütler von Hobbygärtner Herbert Kuhfuß hat eine Höhe von 4,32 Metern erreicht. Eigentlich werden diese Blumen nur etwa zwei Meter, in Ausnahmefällen auch bis zu drei Meter groß. Der Weltrekord soll bei 9,17 Metern liegen. *TS*

Swinemünde – Am 26. August haben etwa 800 Freiwillige vom Strand des Seebades den Müll eingesammelt. Ab 10 Uhr wurden Getränkedosen, Flaschen, Verpackungen und Zigarettensammelstummel zusammengetragen. Am Ende waren es allein an diesem Tag 610 Kilogramm Müll. Die Aktion ist Teil des Projekts „Clean Baltic“. *TS*

Pasewalk – Wer mit dem Zug von pommerschen Urlaubsgebieten wie dem Darß oder den Inseln Rügen und Usedom in Richtung Berlin fährt, braucht Gelassenheit. Grund ist der Schienenersatzverkehr der Deutschen Bahn zwischen Pasewalk und Angermünde. Derzeit gibt es zu wenig Busse für zu viele Reisende. *TS*

Stettin – Am 27. August fand der 44. Stettiner Halbmarathon statt. Die in- und ausländischen Athleten liefen vom Westend in Richtung Altstadt und zurück. Bestzeit zehn Kilometer: Männer 33:23 (R. Helon), Frauen 37:47 (S. Wieckowska); Bestzeit 21 Kilometer: Männer 1:18:48 (A. Borysiuk), Frauen 1:27:42 (K. Moravcova). *TS*

Stralsund – Bis zum 16. September ist die Gemeinschaftsausstellung „Im Zusammenspiel“ des Pommerschen Künstlerbundes in der Turmhalle der Stralsunder St.-Marien-Kirche zu sehen. Neben zahlreichen Skulpturen aus Holz und Stein sind auch Kalligraphien und Collagen von Giselheid und Franz Tröster zu sehen. *TS*

Stolp – Am 27. August lud die Stadt Stolp zwischen 14 und 16 Uhr zu einem „Tag der offenen Tür“ in das Rathaus ein – Anlass sollte die Inbetriebnahme vor 120 Jahren sein. Allerdings wurde das im neugotischen Stil errichtete Gebäude bereits am 4. Juli 1901 nach zweijähriger Bauzeit als Rathaus eingeweiht. *TS*

Ralswiek – Noch bis zum 9. September geht die 29. Saison der Störtebeker Festspiele auf der Insel Rügen. In der aktuellen Inszenierung steht „Gotland unter Feuer“. Möglich wird dies durch 150 Mitwirkende auf einer der größten Freilichtbühnen Europas. Seit 2022 spielt Moritz Stephan den legendären Klaus Störtebeker. *TS*

Pasewalk – Dieses Jahr wurde die Veranstaltung „UeckerSommer“ am Wasserwanderrastplatz Ökutz vom Luftsportclub „Die Ueckerfalken“ gestaltet. Am 18. August präsentierten sich die Segelflieger, um neue Mitglieder zu gewinnen. Traditionell gestalten Vereine diese Veranstaltung und nutzen sie zur Öffentlichkeitsarbeit. *TS*

„Danke für die Aufklärung!“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die Seite 23 im Heimatteil der PAZ zum Königsberger Gebiet ist einfach nur wunderbar zu lesen“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Kontakte pflegen trotz Ukrainekrieg (Nr. 30)



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

KEIN STAAT ZU MACHEN
ZU: „DIESES LAND HAT SICH VON DER REALITÄT VERABSCHIEDET“ (NR. 34)

Zu den Ärgernissen der heutigen Zeit gehört der Umstand, dass sich auf den Parlamentsplätzen immer mehr Halb- oder auch Ungebildete breitmachen und hier eine Politik entwickeln können, die auf keiner Logik oder wissenschaftlichen Grundlagen aufbaut, geschweige denn einem Wählerwillen Rechnung trägt. Nur so ist der Irrsinn unserer Zeit zu erklären, dem das Autorenteam Broder/Mohr skapellartig zu Leibe rückt.

Deutschland ist auch moralisch nicht automatisch Weltspitze, denn zum Erklären eines Zieles gehört auch ein nachweisbarer eingetretener Erfolg, und ein solcher ist nach zwei Jahren Ampelregierung weder in Ansätzen erkennbar noch wird er mit dem amtierenden Personal und den bisher getroffenen politischen Entscheidungen zu erwarten sein.

Verhängnisvoll wirkt sich aus, dass wir als Wähler heute keine Möglichkeit besitzen, auf Maßstäbe und Grundsätze zu bestehen, die einen Mindeststandard an Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit in der Politik garantieren könnten. Hier fehlt es an Eingriffsmöglichkeiten einer direkten Demokratie (nach Schweizer Vorbild), Qualifikationen einzufordern. Gleiches gilt für die Auswahl der Themen, mit der sich aktuell diese Politikerkaste befasst (Gender- und Klimafragen).

Kein Wähler wird sich ohne das Erkennen einer Notwendigkeit mit solchen Thematiken auseinandersetzen wollen. Da sie aber kein Wissen voraussetzen, sondern es ausreicht, sich mit einer Haltung zu zeigen, die dem woken Zeitgeist entspricht und sich in Sprechblasen beliebig oft in alle Richtungen missionierend wiederholen lässt, ist diese Politriege mit diesen Themen präsent und kann Kompetenz vortäuschen. Dieser Zeitgeist wird durch kapitalkräftige Initiatoren europaweit gestaltet und durch NGOs, die sich wiederum staatlicher Förderung erfreuen, geprägt.

Eine Wertschöpfung ist mit dieser Politik nicht zu erreichen, und sie lenkt von den großen Themen der Weltpolitik (Ukraine – China – Zuwanderung) ab.

Rudolf Neumann, Torsås/Schweden

SONDERVERMÖGEN
ZU: WOHER KOMMT DER GELDSEGEN FÜR IMMER MEHR FONDS? (NR. 34)

Der Titel des Artikels hat sogleich Glückshormone bei mir freigesetzt, denn schon seit Längerem frage ich mich, ob die Spendierlaune der Bundesregierung auf die geglückte Bergung des Nibelungenschatzes zurückzuführen ist. Aber nein, letztlich sind wohl alle raffinierten Geldbeschaffungskonstruktionen unter dem Oberbegriff „verdeckte Schuldenaufnahme“ zusammenzufassen. Danke für die Aufklärung!

Der Einfalt bei der Mittelbeschaffung steht gleichrangig Ahnungslosigkeit bei der Zuwendung der Gelder an vermeintlich förderungswürdige Unternehmen gegenüber. Fehlendes Wissen war schon in der Corona-Zeit beobachtbar: In meinem durchaus überschaubaren Bekanntenkreis wurde mehreren erfolgreichen Selbstständigen ihre Geschäftstätigkeit verunmöglicht, während die staatlichen Hilfsangebote auf wundersame Weise an diesen Personen vorbeigingen. Der verantwortliche Minister hieß damals nicht Habeck, was den Schluss zulässt, dass auch im Unterbau des Wirtschaftsministers nur eine lückenhafte Wahrnehmung der wirtschaftlichen Vorgänge im Lande gegeben ist.

Gerade wurde diese Tatsache angesichts einer Bäckerin in der ARD-Talkshow „Hart aber fair“ deutlich, die das Pech hat, nicht im internationalen Wettbewerb zu stehen und deshalb energie-technisch ohne Stütze auskommen zu müssen (anders als ihr international tätiger Wettbewerber). Bis heute hat noch niemand Planwirtschaft gekonnt, und es gibt auch keine Anzeichen dafür.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

EINSEITIGE SICHTWEISE
ZU: CHINA AM SCHEIDEWEG (NR. 33)

Leider erörtert der Autor auch hier Thesen, die nicht immer so dem objektiven Tatsachenbestand entsprechen. Bei den Getreideexporten über das Schwarze Meer zum Beispiel übernimmt er falsche Begründungen. Das Abkommen mithilfe der Türkei zum Schifffahrtsdeal der Getreidefrachter wurde nicht durch eine russische Blockade beendet, sondern der Vertrag lief ganz normal aus und Russland sah sich nicht mehr imstande, wegen der unzulänglichen versicherungstechnischen Absicherung seiner Schiffe, weiterhin diesen Vertrag zu erneuern.

Außerdem gab es Verdachtsmomente, dass mit den ukrainischen Schiffen auch andere Ladung als nur Getreide verschifft wurde. Es ist bekannt, dass es besonders in Polen und Bulgarien massive Proteste wegen der zu billigen ukrainischen Getreidepreise gab. Bekannt ist auch, dass der überwiegende Teil des Getreides eben nicht an die „hungernde Bevölkerung Afrikas“ (zirka drei bis fünf Prozent) ging, sondern vor allem nach Spanien und anderen viehintensiven Ländern Europas und von Großhändlern vermarktet wird. Russland selbst bietet aber diesen ärmeren Ländern Afrikas kostenlose Getreidelieferungen an.

Fragwürdig ist auch die Aussage „Putins kläglich gescheiterter Afrika-Gipfel in St. Petersburg“. Es waren dort eine sehr große Anzahl afrikanischer Länder hochkarätig präsent, und zu sehen war das ja auch bei dem BRICS-Treffen kürzlich in Südafrika, bei dem Russland und China zusammen mit Indien und dem Gastgeber einen enormen Zuspruch gerade dieser Länder erfahren. Insgesamt braucht China keine Ukraine, aber es ist momentan für viele diplomatische Erfolge weltweit ein sogenannter Global Player.

Die einseitige Sichtweise des blutigen Bruderkriegs Ukraine–Russland und die Aussage, wer ist dabei der Böse oder wer nicht, hat China doch sehr geschickt gelöst.

Dr. Volker Daum, Bayreuth

UNÜBERTROFFENE QUELLE
ZUM LESERBRIEF: OPFER VON EXEKUTIONEN (NR. 31)

In aller Kürze: Zu dem Massengrab von Marienburg veröffentlichte Rainer Zacharias in „Preußenland“ Jahrbuch 3 (2012) den umfangreichen Aufsatz „Ein Massengrab gibt zu denken. Marienburg 1939 – 1945 Malbork“, Seiten 102 bis 178.

Das Jahrbuch selbst ist im Fibre-Verlag 2013 erschienen – bis heute ein unübertroffener, quellengesättigter und wertvoller Beitrag über die deutschen Opfer. Eine Zusammenfassung für die Leser der PAZ wäre durchaus sinnvoll.

Markus Krämer, Allendorf/Eder

WUNDERBAR GESCHILDERT
ZU: KONTAKTE PFLEGEN TROTZ UKRAINEKRIEG (NR. 30)

Herr Jörg Ulrich Stange, es gibt Menschen in unserem Leben, denen wir sehr vieles verdanken. Ihr Reisebericht prägt einen großen Einfluss auf unsere Geschichte und gibt entscheidende Anstöße für eine Reise. Sie haben Ihre Reise wunderbar geschildert. Ich danke Ihnen von Herzen für den liebevollen Reisebericht nach Königsberg! Ich werde mich mit Sicherheit bald wieder bei Ihnen melden. Ich habe Ostpreußen mit meinem Motorrad, Bus und Flugzeug besucht. Aber mit dem Zug noch nicht. Dies sollte mein nächstes Vorhaben sein.

Günter Balschuweit, Suhl

HANDWERKLICHE FEHLER
ZU: DEUTSCHLAND FÄLLT GLEICH IN DOPPELTER HINSICHT ZURÜCK (NR. 30)

Dieser Artikel über den Wohlstand in Europa passt. Bis wir in Deutschland begriffen haben, welche immensen handwerklichen Fehler wir seit weit über einem Jahrzehnt begangen haben, sind wir wirklich Schlusslicht (zumindest in Europa). Ein guter Handwerksmeister ist nicht in Sicht.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

SALZKAMMERGUT

Von kaiserlicher Qualität

Zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – Bad Ischl in Österreich wird Kulturhauptstadt Europas 2024

VON HELGA SCHNEHAGEN

Die magischen Zahlen „23 für 24“ auf Plakaten und Fahnen bedeuten, dass sich erstmals in der 37-jährigen Geschichte der Europäischen Kulturhauptstadt im kommenden Jahr 23 Gemeinden zu einer Kulturhauptstadt im ländlich geprägten inneralpinen Raum zusammenschließen. Gemeint ist das Salzkammergut um Bad Ischl, das neben Dorpat (Tartu) in Estland und Bodø in Norwegen 2024 Europäische Kulturhauptstadt ist.

Das Salzkammergut, Traumlandschaft zwischen Hölleengebirge, der Dachsteingruppe und dem Toten Gebirge, ist mit seinen 76 Seen, steil ins Wasser fallenden Felswänden, grünen Wäldern und ursprünglichen Alpendörfern derart pittoresk, dass es manchmal schon kitschig wirkt, wäre nur nicht die Natur selber der Schöpfer dieser Inszenierung. Wenn man diese spektakuläre Landschaft 2024 ins Rampenlicht rückt, geht es weniger um deren (Neu-)Entdeckung als um den langfristigen Erhalt von Österreichs traditionsreichster Ferienlandschaft.

Noch merkt der Gast wenig von Fachkräftemangel und Landflucht, unter denen auch Österreich leidet. Das Grand-Café und Restaurant Zauner unter den Kaiserlinden auf der Ischler Esplanade am Ufer der Traun ist und bleibt der beliebteste Treffpunkt vom ganzen Salzkammergut. Wer sich hier einmal niedergelassen hat, wird bestens bedient und möchte nicht mehr aufstehen.

Die ehemalige k. u. k.-Hofzuckerbäckerei besitzt mit – nach eigenen Angaben – rund 250 Tortenspezialitäten und um die 60 verschiedenen Pralinsorten das größte Kuchenbuffet Österreichs. Der Zaunerstollen, die erlesene Spezialität des Hauses und Lieblingsmehlspeise von Kaiser Franz Joseph, wird bis heute in liebevoller Handarbeit gefertigt. Auch das Stammhaus in der Pfarrgasse pflegt in seinem noblen Stadtcafé uneingeschränkt den 200-jährigen „Zaunerluxus“.

In Bad Ischl ist die Zeit stehen geblieben. Man schwelgt in Habsburg-Nostalgie. Ersten Ruhm erlangte Ischl jedoch



Im Zentrum des Salzkammerguts: Blick von der Brücke über der Traun in Bad Ischl

Foto: Schnehagen

durch seine Sole. Die beste Reklame für das aufstrebende Kurbad war die Geburt des späteren Kaisers Franz Joseph. Seine Mutter, Erzherzogin Sophie, war sechs Jahre kinderlos geblieben. Die Solebäder und die entspannende Wirkung der Landschaft verhalfen ihr zu drei „Salzprinzen“. Später verliebte und verlobte sich der Älteste, Franz Joseph, in Bad Ischl in die erst 15-jährige bayerische Prinzessin Elisabeth, die als Sisi weltbekannt wurde.

Zur Hochzeit schenkte Erzherzogin Sophie dem Paar eine Villa. Es machte sie zu seiner Sommerresidenz. Bis heute ist die Kaiservilla Familienbesitz und -betrieb. Da lugt Hausherr Markus Emanuel Habsburg-Lothringen schon mal durch den Türspalt seiner Wohnung und erklärt die Waffensammlung seines von der Jagd besessenen Urgroßvaters Franz Joseph, führt Sohn Valentin persönlich durch die musealen Räume und kümmert sich Bru-

der Maximilian um den Park des 18 Hektar großen Anwesens.

Bad Ischl mit seinen 14.000 Einwohnern ist sehr überschaubar. Einst Treffpunkt der Hocharistokratie, des betuchten Bürgertums, der Künstler, poliert sich der Kurort am Zusammenfluss von Traun und Ischl gerade auf. Das Léhar-Theater, einst angesagter Ort der Gesellschaft und zuletzt Kino, ist geschlossen. Ob es 2024 wieder öffnet, ist ungewiss. Auch die Villa des Operettenkomponisten Franz Léhar an der Traun ist Baustelle. Ebenso dauert die Restaurierung der bis 1910 zu einer der größten Orgeln Österreichs erweiterten Kaiser-Jubiläums-Orgel in der katholischen Stadtpfarrkirche St. Nikolaus an.

Gerne gesehene Gäste aus Preußen

Hoforganist Anton Bruckner hatte die Orgel schon anlässlich der Trauung der Kaisertochter Erzherzogin Valerie mit Erz-

herzog Franz Salvator am 31. Juli 1890 geschichtsträchtig bespielt. 2024 feiert Österreich veranstaltungsreich Bruckners 200. Geburtstag. Zur Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres soll das Instrument im Rahmen einer Orgelweihe wieder in vollem Volumen erklingen.

Im Hotel zur Post neben der Pfarrkirche logierte einst die Prominenz, darunter König Wilhelm I. von Preußen und Otto von Bismarck. Hinter der repräsentativen Gründerzeitfassade, heute eine beliebte Filmkulisse, verbergen sich jetzt Privaträume. Dauerhaft Spuren hinterließ der Besuch von Fürstin Pauline von Hohenzollern-Hechingen. Der eindrucksvolle Hohenzollern-Wasserfall im Ortsteil Jainzen wurde nach ihr benannt.

Ein Thema im Kulturhauptstadtjahr ist die Behebung von Leerständen, die besonders im Gastro-Gewerbe auffallen. „Hatte Ischls Tourismusschule vor 16 Jah-

ren noch 1400 Schüler, sind es heute 294. Dazu verlassen jedes Jahr 150.000 Gastro-Fachkräfte Österreich“, so Krauli Held, Haubenkoch und Küchenchef am Ischler Siriuskogel. Um den Nachwuchs zu motivieren, hat der Unternehmer das Projekt „Wirtshauslabor“ initiiert.

Schon seit diesem Jahr erarbeiten 18 Schüler der Tourismusschule im Alter von zirka 16 Jahren in völliger Eigenregie alle notwendigen Bausteine für den Neustart des Ischler Bahnhofsrestaurants. 2024 soll der Betrieb ebenfalls in Eigenregie funktionieren. Auch das Handwerks- haus in Bad Goisern setzt zur Nachwuchsförderung auf die Attraktivität der Kreativität. Mit dem Residenz-Programm „SCALA2024“ gibt es schon im Vorlauf Begegnungen, Kurse, Diskussionen zwischen internationalen Künstlern und Handwerkern, lokalen Betrieben und allen weiteren Interessierten.

Bad Ischl trägt darüber hinaus ein schicksalhaftes Erbe. Nachdem Kaiser Franz Joseph 1914 die Kriegserklärung an Serbien unterschrieben hatte, erhob er sich von seinem Schreibtisch in der Kaiservilla und kehrte nie wieder nach Ischl zurück. Die Habsburger-Monarchie steuerte auf ihr Ende zu.

Eine Ära, die im allgemeinen Bewusstsein romantisierend glorifiziert wird. Das vielversprechende Projekt „k(ritisch) u(nd) k(ontrovers)“ will sich dagegen umfassend mit der k. u. k.-Zeit auseinandersetzen, auch mit deren dunklen Kapiteln. In einem Pilotprojekt werden dabei erstmalig auf Info-Stelen im Kurpark von Bad Ischl bis dato unveröffentlichte historische Schlüsseldokumente in Bild und Ton präsentiert und kommentiert. Einen leichteren Zugang zu dem Thema bieten Illustrationen im Comic-Stil.

Begleitend sind von Mai bis November 2024 Vorträge und Diskussionen mit namhaften europäischen Historikern und Wissenschaftlern geplant.

● Hotel- und Restaurant-Empfehlung: Goldenes Schiff, Adalbert-Stifter-Kai 3, und Hubertushof, Götzstraße 1, 4820 Bad Ischl. www.badischl.at www.salzkammergut-2024.at

UNGARN

Maria Theresias folgenreicher Besuch

Schloss Esterházy unfern des Neusiedler Sees erinnert mit einem Musikfest an ein Ereignis vor 250 Jahren

Vor 250 Jahren besuchte Königin Maria Theresia das Schloss der Fürsten von Esterházy in Westungarn. Aus diesem Anlass veranstaltet das Haydneum, die in Budapest beheimatete Stiftung Ungarisches Zentrum für Alte Musik, im Laufe des Jahres eine Jubiläums-Konzertreihe an verschiedenen bedeutsamen Orten. Höhepunkt der Konzertreihe wird zweifellos das erste Haydneum Eszterháza Festival vom 1. bis zum 6. September sein.

Beim Eröffnungskonzert wird Haydns Oper „L'infedeltà delusa“ erklingen, die 1773 auch zum Empfang der Königin aufgeführt wurde. Das Werk soll die Monarchin dermaßen beeindruckt haben, dass hier – so die Legende – auch ihr berühmtes Zitat „Wenn ich eine gute Oper hören will, gehe ich nach Eszterháza“ entstand.

Bereits im Vorfeld wurden jedes Wochenende im Schloss Esterházy in Fertőd Konzerte veranstaltet. Die sommerliche Konzertreihe wird realisiert in enger Zusammenarbeit zwischen dem Haydneum und der Eszterháza Közhazsnú Nonprofit

Kft. Auf Schloss Esterházy Fertőd, einem sowohl in touristischer als auch in kultureller Hinsicht einzigartigen Ort, wird so das Augenmerk auf die musikalische Vergangenheit gelenkt. Der historische Ort wird wieder, wie im 18. Jahrhundert der

Hof Nikolaus I. Joseph Esterházy, des „Prachtliebenden“, in ein kulturelles Zentrum verwandelt.

Jeder, der Eszterháza einen Besuch abstattet, erhält so die Möglichkeit, freitags, sonntags und sonntags ab 19 Uhr im



Stimmungsvoller Ort des Haydneum-Festivals: Schloss Esterházy in Fertőd

Apollo-Saal hautnah niveauvolle, ausschließlich auf historischen Instrumenten dargebotene, authentische Aufführungen im Schlosssaal zu erleben.

Die Stiftung Haydneum in Budapest wurde 2021 ins Leben gerufen und hat sich zum Ziel gesetzt, mit Forschung, Veröffentlichungen, Konzerten und Aufführungen unbekannte Musik aus Ungarn einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Schwerpunkt liegt auf der Wiederentdeckung, Veröffentlichung und Verbreitung des Barock-Repertoires mit Ungarn-Bezug, der Wiener Klassik und der Frühromantik, also im Zeitraum von etwa 1630 bis 1830.

Durch jährliche Festivals in Budapest, Eszterháza und anderen musikhistorisch bedeutenden Orten in Ungarn soll dieses einzigartige Repertoire von herausragenden ungarischen und internationalen Künstlern interpretiert und ein großes Publikum begeistert werden. H. Tews

● www.haydneum.com/en

TESSIN

Ascona lockt mit Musik

Die diesjährige Ausgabe des Festivals von Ascona spannt den Bogen von der Alten Musik bis in die Moderne, vom großen Sinfoniekonzert bis zur Kammermusik. Das Programm kombiniert legendäre Werke, wie die h-Moll-Messe von Bach und das klassische Repertoire von Beethoven, Mozart oder Tschaikowsky mit Stücken von weniger bekannten Urhebern und Komponisten des 20. Jahrhunderts (wie unter anderem zwei Werke von Ligeti anlässlich seines 100. Geburtstags) und eine Schweizer Erstaufführung. Nachdem bei den letzten Ausgaben der deutschen Musik viel Raum gegeben wurde, stellt das Festival dieses Mal die französische Musik in den Mittelpunkt. Neben bekannten Größen wie Poulenc, Ravel und Debussy werden in diesem Jahr auch Werke von weniger bekannten Komponisten wie Florent Schmitt und André Jolivet aufgeführt. Programm und Karten im Internet: www.settimane-musicali.ch *tws*

FÜR SIE GELESEN

Ein Autor in der „Sexfalle“

Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq ist immer für einen Aufreger gut. Er scheut sich nicht, heiße Eisen anzupacken und Meinungen zu äußern, die dem Mainstream zuwiderlaufen. Mit „Unterwerfung“ lieferte er einen brillanten Roman über ein Frankreich in der Zukunft, das von einem islamischen Präsidenten regiert wird. Sein neues Werk „Einige Monate in meinem Leben“, das die Zeit zwischen Oktober 2022 und März 2023 schildert, ist allerdings eine Zumutung und lässt den Leser ratlos, ja verärgert zurück. Dass der Verlag für diesen nur knapp 100-seitigen Rundumschlag auch noch 20 Euro verlangt, ist schon eine Frechheit.

Das Buch beginnt überraschend mit einer Entschuldigung an die Adresse der Muslime, die er beleidigt habe. In einer französischen Zeitschrift hatte der Skandalautor behauptet, die „angestammten Franzosen“ wollten, dass die Muslime aufhörten, sie zu „bestehlen“. Ein ungewohnt versöhnlicher Houellebecq möchte seine „ewigen Zankereien mit den Muslimen“ offenkundig beenden und stellt klar, dass das Problem nicht der Islam, sondern die Kriminalität sei.

Altersmilder Krawalldichter?

Nanu, ist der kettenrauchende Krawallautor etwa altersmilde geworden? Mitnichten. Denn die nächsten 80 Seiten beschäftigt er sich mit einer sehr unappetitlichen Affäre, die hier nur grob skizziert werden soll. Der erotomane Großschriftsteller war offenkundig in eine Art „Sexfalle“ eines niederländischen Künstlerkollektivs geraten. Im Kern geht es um die nachträgliche gerichtliche Auseinandersetzung über eine freiwillige oder unfreiwillige Teilnahme Houellebecqs an einem pornographischen Pseudodokumentarfilm.

Seine beiden Hauptkontrahenten sind der Regisseur Stefan Ruitenbeek sowie die niederländische Studentin und Onlyfans-Nutzerin Jini van Rooijen. Zunächst gibt sich Houellebecq, dessen Optik der eines Clochards ähnelt, unbekümmert. Da sei eben eine „junge Frau mit einem zwanglosen Lebenswandel“, „die das legitime Bedürfnis verspürte, mit einem ihrer liebsten Autoren zu vögeln“. Anschließend schildert er in altherrenhafter Art und Weise, welchen sexuellen Genuss er sich aus dem Zusammentreffen verspricht.

Auch in seinen Romanen nimmt der französische Schriftsteller nie ein Blatt vor den Mund. Im Laufe der Zeit ermüdet seine Gossensprache, und die Art und Weise, wie der eitle Autor seine Widersacher heruntermacht, ist abstoßend.

Zum Glück vergeudet man mit der Lektüre dieser seltsamen und unappetitlichen Selbstentblößung nur ein bis zwei Stunden. Dabei hat man das zweifelhafte Vergnügen, einem selbstverliebten Erfolgsautor bei seinem ganz persönlichen Absturz zuzuschauen. Aber vielleicht steckt hinter diesem Buch auch gar nicht so viel Hass, sondern das kühle Kalkül, mithilfe eines Skandals mal wieder auf dem literarischen Markt zu reüssieren.

Ansgar Lange



Michel Houellebecq: „Einige Monate in meinem Leben. Oktober 2022 – März 2023“, Dumont Verlag, Köln 2023, gebunden, 108 Seiten, 20 Euro

RATGEBER DER WOCHE



FOTO: SHUTTERSTOCK

Holunder tut Wunder

Wie sich die intensiv schmeckenden Beeren zu Saft, Gelee, Marmelade oder zu Heilzwecken verarbeiten lassen, zeigt Karin Sidak in ihrem Buch „Mit Holunder durchs Jahr“.

Leckerer hätte man den Einband kaum gestalten können: Köstliche Beerenörtchen sind neben Holunderbeeren platziert, Saft und Marmelade aus eben diesen Früchten stehen auf dem Arbeitsteller. Beinahe hört man die fleißige Köchin noch in der Küche werkeln, so ansprechend gestaltet sich das Cover des Buches „Mit Holunder durchs Jahr“ der

österreichischen Hobbygärtnerin und Kräuterpädagogin Karin Sidak.

Beim schwarzen Holunder handelt es sich um einen bis zu zehn Meter hohen Busch, der auch manchmal als Bäumchen heranwächst. Im Frühling ist er übersät mit weißen Blüten, die auf handtellergroßen, sogenannten Schirmrispen angeordnet sind. Manche schnei-

den diese Blüten ab und bereiten daraus Holunderblütensirup oder Tee gegen Erkältungen. Aus den verbleibenden Blüten reifen im August/September dunkle, saftreiche „Beeren“. Botanisch sind es keine Beeren, sondern Steinfrüchte wie die Kirsche. Aus den Früchten kann man Marmelade, Gelee und Säfte herstellen. Ganz wichtig ist, dass man diese niemals

roh essen darf. Im rohen Zustand enthalten sie den Stoff Sambunigrin, der zu Übelkeit und Erbrechen führen kann. Um die sehr vitaminreichen Steinfrüchte zu verwenden, muss man sie kochen.

Holunder ist seit der Steinzeit beliebt. Bei den Kelten, Römern und Germanen wurden Pflanzenteile des Holunders medizinisch genutzt, aber es gab immer auch eine weitere besondere Bedeutung dieses Strauches. Beinahe jeder kennt das Märchen der Frau Holle. Diese war eigentlich im Glauben der Germanen eine Naturgöttin, manchmal Holla genannt, die in einer Anderswelt lebt. Manche Menschen glaubten, dass der Holunder das Tor zu einer anderen Welt sei, wie bei Frau Holle, wenn man in den Brunnen fiel. Auch glaubten die Menschen, dass im Holunderbusch Geister wohnten, die das Haus beschützten. Mancherorts war es verboten, Äste davon abzuschneiden. Viele Heilkräfte des Holunders sind wissenschaftlich untersucht worden.

Sidak befasst sich ausgiebig mit den Inhaltsstoffen der Pflanze, ihrer Heilwirkung und fügt zahlreiche Rezepte hinzu. Sie schafft es, ihre Begeisterung für den Holunder an die Leser zu vermitteln. S. Friedrich



Karin Sidak: „Mit Holunder durchs Jahr. Blüten, Beeren, Blätter & Rinde. Genussvoll und heilsam“, Leopold-Stocker-Verlag, Graz 2023, gebunden, 184 Seiten, 22,90 Euro

POLITIK

Bundesrepublik im Abseits

Martin Grosch skizziert in „Geopolitische Machtspiele“, wie Deutschland seine sicherheitspolitischen Interessen vernachlässigt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Historiker und Bundeswehr-Oberstleutnant Martin Grosch hat mit „Geopolitische Machtspiele“ ein Buch vorgelegt, dessen Untertitel schon sehr präzise beschreibt, worum es geht: „Wie China, Russland und die USA sich in Stellung bringen und Europa immer stärker ins Abseits gerät“. Wobei mit „Europa“ auch und gerade die Bundesrepublik gemeint ist.

Grosch liegt völlig richtig, wenn er konstatiert, dass „sich Deutschland bis heute mehr als schwer“ tue, „seine vitalen sicherheitspolitischen Grundinteressen klar zu artikulieren“. Denn weder die Bundesregierung noch das Gros der Bevölkerung zeigen Interesse an den außen- und geopolitischen Herausforderungen, die aus der Mittellage unseres Landes in Europa herrühren – und im Falle mancher Politiker mangelt es neben dem Interesse augenscheinlich auch an der entsprechenden Kompetenz. Das veranlasst Grosch zu dem Schluss: Aufgrund des Fehlens einer starken Geopolitik drohe Deutschland genau wie dem Rest Europas der Absturz in die globale Bedeutungslosigkeit.

Allerdings glaubt der Autor – und da spricht wohl sicher der Staatsdiener aus ihm – an die Fähigkeit der derzeitigen Bundesregierung, angesichts des russischen Einmarsches in der Ukraine willens und in der Lage zu sein, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Das kann man aber durchaus auch anders sehen. So deutet der mangelnde Schutz wichtiger Infra-

struktureinrichtungen wie der Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2, durch den es kein Problem war, die Gasleitungen zu sprengen, auf anhaltende geopolitische Unbedarftheit hin.

Ansonsten ist das Buch durchaus lesenswert, denn es liefert einen gut strukturierten Überblick über das Thema Geopolitik beziehungsweise die aktuellen geopolitischen Problemlagen, die aus den Faktoren geographische Lage, Landschaftsrelief, Klima und Zugang zu Bodenschätzen sowie den Wechselbeziehungen zwischen Staat und Raum resultieren.

Dabei nimmt Grosch vor allem China, Indien, Pakistan, Russland, den „ewigen Konfliktherd“ Naher Osten, die Türkei und Afrika ins Visier, bevor er sich dem Westen zuwendet und die EU als „geopolitischen Papiertiger“ entlarvt. Zum Schluss stellt der Autor die Frage: „Mit welchem Erfolg waren wir in Afghanistan?“ Dabei lautet die Antwort, dass der milliardenteure Einsatz am Hindukusch mit 59 gefallenen deutschen Soldaten ein einziges „Desaster“ gewesen sei, was aber nicht aus dem Versagen der Bundeswehr vor Ort, sondern der Politiker in Berlin resultiere.

Martin Grosch: „Geopolitische Machtspiele. Wie China, Russland und die USA sich in Stellung bringen und Europa immer stärker ins Abseits gerät“, Lau-Verlag, Reinbek 2022, broschiert, 339 Seiten, 28 Euro



ZEITGESCHICHTE

Spielball der Mächtigen

Der wiederentdeckte Roman von Albert Wass „Gebt mir meine Berge zurück“ handelt von Krieg, Flucht und Vertreibung in Siebenbürgen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Ihr Herren, die ihr die Dinge der Welt richtet: Gebt mir meine Berge zurück!“, lautet der erste Satz im gleichnamigen Roman von Albert Wass. Die Einleitung, die einer Anklage an die Herrschenden gleicht und von ihnen fordert, ihr zynisches Handeln zulasten des kleinen Mannes zu unterlassen, bringt die Intention des Autors zum Ausdruck: „Meine Herren, ich erzähle euch mein Leben. Das Spiel, das ich spielen musste, weil ihr meine Rolle so geschrieben habt ... Ihr seid alle gemeinsam für dieses schreckliche Spiel verantwortlich. Alle, die ihr euch in die Dinge der Welt eingemischt habt, über Grenzen, Drahtzäune, Meere und Erdteile hinweg ...“

Die Romanhandlung spielt im Szeklerland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, jenem Teil im Osten Siebenbürgens, der nach dem Ersten Weltkrieg im Vertrag von Trianon Rumänien zugeschlagen wurde. Zu dieser Zeit war das Szeklerland zu 90 Prozent von Ungarn bewohnt. Wass schildert aus der Sicht eines Ungarn, der sich als Hirte, Jäger und Köhler in der Bergwelt der Ostkarpaten durchschlagen muss. Dessen entbehrungsreiches, arbeitsames Leben ist von einem tiefen Glauben an Gott und das Gute geprägt.

Nach dem frühen Tod der Mutter sind die drei Kinder gezwungen, sich als Hilfsarbeiter über Wasser zu halten. Eine Zäsur deutet sich an, als der Vater auf offener Straße von Soldaten erschossen wird. Als Ältester übernimmt der junge Mann

fortan die Verantwortung für seine Geschwister. Es gelingt ihm trotz vieler Repressalien, denen Ungarn in der Region ausgesetzt sind, zu bescheidenem Wohlstand zu gelangen. Doch das Glück währt nur kurz, da er zum Kriegsdienst eingezogen wird. Er kämpft in der ungarischen Armee an deutscher Seite. Als diese sich zurückzieht, verteidigt der Mann verzweifelt seine Heimat. Bei seiner Rückkehr findet er sein Hab und Gut zerstört vor. Seine Familie wurde ermordet. Es beginnt ein von Gesetzlosigkeit, Gewalt, Flucht und Entbehrung geprägtes Überleben.

Ohne Bitterkeit schildert Wass die Erlebnisse seines Protagonisten, wobei stets ein poetischer, trauriger Grundton mitschwingt. Wass, der mit vollem Namen Graf Albert Wass de Caege hieß, stammte selbst aus Siebenbürgen. Seinen Roman schrieb er auf der Flucht seiner Familie vor der Roten Armee in die USA, wo er 1998 verstarb. Eine erste deutsche Übersetzung dieses Romans erschien in den 1950er Jahren. Die Wiederentdeckung eines der in Ungarn meistgelesenen Autoren ist das Verdienst des Literaturwissenschaftlers und Übersetzers Jörg Seidel, der auch ein Nachwort und Anmerkungen verfasst hat.



Albert Wass: „Gebt mir meine Berge zurück“, Antaios Verlag, Steigra 2023, gebunden, 248 Seiten, 24 Euro

ÖSTERREICH

Entschleierung einer vorgeblichen „Herzenssache“

Der Historiker Hubert Speckner beleuchtet in einer umfassenden Dokumentation 75 Jahre der parlamentarischen Wiener Südtirol-Politik

VON REINHARD OLT

Für Österreich sei Südtirol „kein Politikum, sondern eine Herzenssache“, und des 1918/19 von Tirol abgetrennten und Italien als Kriegsbeute zugeschlagenen südlichen Landesteils „Rückkehr nach Österreich ein Gebet jedes Österreicher“: Mit dieser gefühlig-patriotischen Festlegung aus Anlass seiner ersten Regierungserklärung setzte Leopold Figl, der erste aus der ersten Nachkriegsnationalratswahl hervorgegangene Bundeskanzler, am 21. Dezember 1945 sozusagen den förmlichen Anspruchs- und Betrachtungsmaßstab in der Südtirol-Frage. Figls „Herzenssache“ wurde, ebenso wie die spätere Abwandlung „Herzensangelegenheit“, zum geflügelten Wort und ist als solches nach wie vor Bestandteil des Politvokabulars in Österreich(s Parteien), wenngleich es längst seine rhetorische Kraft und magnetisierende Wirkkraft eingebüßt hat, da es leider nurmehr als stereotyp gebrauchte Floskel in standardisierten Sonntagsreden vorkommt und keine greifbare politische Agenda mehr dahintersteht.

Monumentale Aufarbeitung eines langen Bedeutungsverlusts

Wer sich aus wie auch immer geartetem Interesse heraus der historischen Entwicklung des Bedeutungsverlusts dieser „Herzenssache“ bzw. „Herzensangelegenheit“ anhand von 75 Jahren parlamentarischer Befassung mit der politischen Auseinandersetzung über die Südtirol-Frage im Österreichischen Nationalrat verewissern möchte, für den steht nun ein mehr denn erschöpfendes Kompendium zur Verfügung. Für dessen Akkuratesse und Vollständigkeit zeichnet ein vielfach einschlägig in Erscheinung getretener Historiker als Herausgeber verantwortlich.

Hubert Speckner hat in den 2022 im Verlag effekt! (Neumarkt a.d. Etsch) erschienenen vier voluminösen Bänden seiner Publikation „Herzenssache“ Südtirol ... Südtirol in den Nationalratssitzungen der Zweiten Republik Österreich. 1945–2020“ auf sage und schreibe 3168 (!) Seiten sämtliche parlamentarischen Äußerungen zusammengetragen, die zwischen 1945 und 2020 im Parlament zu Wien zur Südtirol-Frage getätigt wurden. Was nunmehr vorliegt kann mit Fug und Recht als Novum bezeichnet werden, denn in der gesamten (populär)wissenschaftlichen Literatur zum Thema, ganz gleich ob sie histori(ograph)isch oder politikwissenschaftlich ausgerichtet ist, blieb die parlamentarische Auseinandersetzung darüber unberücksichtigt.

In den 2922 Nationalratssitzungen, die während des besagten Zeitraums stattfanden, kam das Thema Südtirol in immerhin 481 Sitzungen zur Sprache. Speckner hat aus dieser Zeit 1320 parlamentarische Äußerungen (Wortmeldungen, Berichte, schriftliche und mündliche Anfragen, Beantwortungen parlamentarischer Anfragen, Initiativ- und Entschließungsanträge sowie Bürgerinitiativen und Petitionen) zusammengetragen. Jeden Bucheinband ziert das Konterfei jenes Politikers, der in dem darin abgehandelten Zeitraum im Nationalrat am häufigsten zum Thema Südtirol gesprochen hat. Es sind dies der geschichtlichen Abfolge nach Franz Gschnitzer (ÖVP), Bruno Kreisky (SPÖ), Felix Ermacora (ÖVP) und Werner Neubauer (FPÖ).

Einigkeit in Wien

Die Zusammenschau aller parlamentarischen Aktivitäten vermittelt ein untrügliches kondensiertes Kontinuum der Abfolge konfliktreicher Geschehnisse, welche



Nannte in der Sitzung des Österreichischen Nationalrats am 21. Dezember 1945 in seiner ersten Rede als Bundeskanzler den Einsatz für Südtirol eine „Herzenssache“: Leopold Figl, hier in seinem Arbeitszimmer *Foto: pa*

die Höhen und Tiefen des österreichisch-italienischen Verhältnisses prägten, und stellt eine wahre Fundgrube in Bezug auf die gesamte österreichische Südtirolpolitik nach 1945 und deren Akteure dar. Im Überblick lassen sich daraus vergrößern Befunde ableiten.

Grundsätzlich haben die drei traditionellen Nationalratsparteien (SPÖ, ÖVP, VdU/FPÖ) zufolge der nach dem Zweiten Weltkrieg durch die am 5. September 1946 in Paris vom österreichischen Außenminister Karl Gruber und dem italienischen Ministerpräsidenten Alcide DeGasperi getroffenen vertraglichen Übereinkunft hinsichtlich des südlichen Tirol im Großen und Ganzen für lange Zeit in der Südtirolpolitik weitgehend an einem Strang gezogen. Infolgedessen pflegten sie, wenngleich aufgrund Stärke, Einfluss und ideologischer Übereinstimmung differierend, unterschiedlich enge/intensive Beziehungen zu der seit 1945 zwischen Brenner und Salurner Klausen dominanten Sammelpartei SVP – diese vereinte christlich-soziale, katholisch-konservativ bäuerliche, bürgerlich-liberale und sozialistisch/sozialdemokratische Strömungen unter ihrem Dach.

Die „Streitbeilegung“ mit Rom

Diese mehr oder weniger konsensuale Politik hatte sogar Bestand, als es während der 1960er Jahre just wegen der Südtirol-Frage in der FPÖ rumorte und sich Gleichgesinnte aus dem Kreis Norbert Burgers von ihr lösten und in der von Bürger gegründeten Nationaldemokratischen Partei (NDP) zusammenfanden. Erst im Zuge des kommunistischen Systemkollapses und Umbruchs in Mittelost-, Südost- und Osteuropa sowie der unmittelbar damit verbundenen deutschen Einheit geriet dieser Konsens aus den Fugen, zumal da diese Entwicklung mit der innenpolitischen Debatte über die höchst umstrittene Abgabe der österreichisch-italienischen Streitbeilegungserklärung gegenüber den Vereinten Nationen (UN) in Zusammenhang stand.

Die Streitbeilegungserklärung resultierte quasi als Ultima ratio aus den UN-Resolutionen 1497/XV (31. Oktober 1960) und 1661 (28. November 1961), in denen Österreich und Italien darauf festgelegt worden waren, den Südtirol-Konflikt durch Verhandlungen beizulegen.

Trotz dieser UN-Maßgaben und daraus folgenden mannigfachen Begegnungen von Außenministern und Diplomaten beider Seiten hatte sich Rom nicht wirklich zu Zugeständnissen bezüglich der 1946 vereinbarten Autonomie für die Südtiroler bereitgefunden und stets darauf beharrt, alle daraus erwachsenen Verpflichtungen erfüllt zu haben.

Erst das tatkräftige Aufbegehren heimatliebender Aktivisten des Befreiungsausschusses Südtirol (BAS), die spektakuläre Anschläge auf italienische Einrichtungen verübten und damit den Konflikt international vor aller Augen ersichtlich werden ließen, führte letztlich zu einer gewissen Korrektur der römischen Politik und zu ernsthaften Verhandlungen, in die auch Repräsentanten Südtirols in Kommissionen eingebunden waren und aus denen ein aus Maßnahmenkatalog (137 Bestimmungen zum Schutze der Südtiroler Bevölkerung) sowie Operationsskalender (Vorgaben für die Schritte zu deren Verwirklichung/Umsetzung) bestehendes Autonomie-„Paket“ und schließlich das Zweite Autonomiestatut für Südtirol hervorgingen, welches am 20. Januar 1972 in Kraft trat.

Italienische Halsstarrigkeit

Bis die Bestimmungen gemäß Statut umgesetzt waren – wobei sich die rasch wechselnden römischen Regierungen und die prinzipielle Halsstarrigkeit beziehungsweise Sperrigkeit Italiens immer wieder als Hemmschuh erwiesen –, sollten noch einmal zwei ganze Jahrzehnte verstreichen, sodass die besagte Streitbeilegungserklärung erst am 11. Juni 1992 abgegeben werden konnte.

Sowohl Teile des Inhalts als auch die prozeduralen Schritte auf dem Wege zur

Erfüllung des Autonomie-Pakets, damit der Voraussetzungen zur formellen Beilegung des Streits um Südtirol zwischen Österreich und Italien vor den UN, waren höchst umstritten. Die politischen Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten der wirksamen Einklagbarkeit vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) hielten weiter an, vor allem aber besteht die bis heute unbeantwortet gebliebene Grundfrage nach Gewährung und Ausübung des nach dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg verweigerten Selbstbestimmungsrechts fort.

Finger in die Wunde

Während SPÖ, ÖVP und Grüne mit Abgabe der Streitbeilegungserklärung die Südtirol-Frage faktisch für beantwortet erachteten, legten insbesondere FPÖ-Parlamentarier – wie etwa Siegfried Dillersberger, Martin Graf, Werner Neubauer – immer wieder den Finger in die Wunde der weder nach dem Ersten noch nach dem Zweiten Weltkrieg gewährten Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und der damit verbundenen Zukunftsperspektive für die Südtiroler. Auch namhafte ÖVP-Granden und SPÖ-Politiker wie beispielsweise der langjährige Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (ÖVP) und sein Stellvertreter Herber Salcher (SPÖ), der spätere Gesundheits- und Finanzminister unter den SPÖ-Kanzlern Bruno Kreisky und Fred Sinowatz, äußerten sich bisweilen kritisch bis ablehnend. Für die Bundes-ÖVP tat sich hierin insbesondere der renommierte Staats-, Verfassungs- und Völkerrechtler Felix Ermacora, Mitglied der Europäischen wie der UN-Menschenrechtskommission, zeitweise auch deren Präsident und nicht zuletzt Autor bedeutender Publikationen zum Südtirol-Konflikt, hervor.

Zieht man nun die Sonntagsreden-Floskel „Herzensangelegenheit Südtirol“ heran und legt sie sozusagen als Folie über das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler, so führt das gleichnamige vierbändige Opus magnum des Hubert Speck-

ner untrüglich vor Augen, wie sich die politischen Akzente zuungunsten des legitimen Verlangens nach dessen Gewährung und Ausübung verschoben haben. Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete und Südtirol-Sprecher Werner Neubauer konfrontierte den in der Plenarsitzung des Nationalrats am 21. November 2014 anwesenden damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) mit der Frage, wie die Regierung die Rolle Österreichs als Schutzmacht gegenüber Südtirol definiere. Denn der vom Außenministerium vorgelegte „Außen- und Europapolitische Bericht 2013“ halte auf Seite 74 fest, „dass für Österreich kein Zweifel bestehe, dass die Südtirol-Autonomie völkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehender Autonomie ausgeübt werde“.

Festhalten an der Autonomie

Diese Interpretation habe den Südtiroler Heimatbund (SHB) veranlasst, den renommierten Innsbrucker Völkerrechtler Peter Pernthaler mit einer „gutachterlichen Klärung zu dieser heiklen Interpretation der Bundesregierung“ zu beauftragen. Im Gutachten, so Neubauer, werde „klar zum Ausdruck gebracht, dass das Recht auf Selbstbestimmung nicht nur den Staatsnationen, sondern jedem Volk und jeder Volksgruppe“ zukommt und dass weder das „innere“ noch das „äußere Selbstbestimmungsrecht“ Südtirols durch die Autonomie aufgehoben oder verbraucht worden“ sei. Der Südtiroler Landtag habe sich in einem Beschluss vom 9. Oktober 2014 zu den UN-Menschenrechtspakten bekannt und das in Artikel 1 verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Südtirol bekräftigt. Dieser Südtiroler Landtagsbeschluss stehe ganz offensichtlich „im Gegensatz zur Interpretation von Autonomie und Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Bundesregierung“, stellte Neubauer fest und brachte zusammen mit Abgeordnetenkollegen seiner Partei einen Antrag „zur Klärung in dieser für die Südtiroler so wesentlichen Frage“ ein.

Wie anhand von Speckners Publikation beim weiteren Verfolg der Angelegenheit zu ersehen ist, hat sich an der damaligen Interpretation, wie sie im Bericht des Außenministeriums von 2013 niedergelegt war, ebenso wenig geändert wie an der Haltung des (nachmaligen und seit 2021 ehemaligen Kanzlers) Sebastian Kurz und dessen Partei ÖVP, die (derzeit noch) in einer Regierungskoalition mit den Grünen verbunden ist, die Südtirol ohnedies nicht als „Herzenssache“ empfinden mögen.

Dokumentation



Hubert Speckner (Hrsg.): „Herzenssache“ Südtirol ... Südtirol in den Nationalratssitzungen der Zweiten Republik Österreich 1945 bis 2020 Verlag Gra&Wis, Wien / Effekt! Buch 2023, vier Bände, gebunden im Schuber, zusammen 3168 Seiten 80 Euro (Gesamtpreis) <https://effekt-shop.it>

● AUFGESCHNAPPT

Viele Deutsche fragen sich, wie sich die ungezügelte Einwanderung auf die künftigen Zustände in ihrer Heimat auswirken dürfte – und ahnen nichts Gutes. Offenbar zu Recht: 2015 hat nur ein europäisches Land pro Kopf der Bevölkerung noch mehr Asylsucher aufgenommen als Deutschland, das war Schweden. In den vergangenen fünf Jahren hatte das skandinavische Land 40.000 Vergewaltigungen zu verzeichnen, im Jahre 1975 waren es 421, wie das Online-Magazin „Apollo News“ mit Verweis auf schwedische Quellen berichtet. Bei Vergewaltigungen, bei denen sich Opfer und Täter nicht kannten, liegt der Anteil nichteuropäischer Täter bei satten 75 Prozent. Zugleich erschütterten Clan- und Bandenkriege das einst friedliche Land. Allein in diesem Jahr wurden mehr als 100 Bombenanschläge verzeichnet, nahezu die gleiche Anzahl wurde vereitelt oder kam aus anderen Gründen nicht über das Stadium der Vorbereitung hinaus. Schweden war lange sehr stolz auf seine freizügige Einwanderungspolitik. Nun zahlt es dafür einen hohen Preis. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

In der Suhle

Warum Aiwanger es gewesen sein muss, auch wenn er es nicht war, und wer es einfach satt hat

VON HANS HECKEL

Du musst ein Schwein sein in dieser Welt. Schwein sein ... gemein sein“ sangen die „Prinzen“ 1995. Hätten die Leipziger mit dem Lied doch bloß schon sieben Jahre früher die Hitlisten gestürmt – und zwar so laut, dass es der Titel sogar im Westen der 1988 noch geteilten Republik zum Ohrwurm gebracht hätte! Dann wäre dem jungen Hubert Aiwanger vielleicht einiges erspart geblieben, vorausgesetzt, er hätte sich an den Rat des Textes gehalten.

So aber lief er in die Falle, denn in der vor-schweinischen Epoche um 1988 galt manches noch als unanständig, was uns heute von einigen Leuten als zwingender Ausdruck von Anstand und Moral verkauft wird. So wirft die „Zeit“ dem Politiker vor, dass er seinen knapp ein Jahr älteren Bruder Helmut nicht an die Lehrer verpöffen hat, als sie dessen völlig entgleistes Pamphlet in Huberts Schulmappe fanden. Über den abstoßenden Inhalt des Pamphlets müssen wir uns hier nicht weiter ausbreiten, der ist mittlerweile bekannt.

Er war eben kein Schwein, der junge Hubert, denn er hielt dicht, und dafür soll er jetzt politisch erledigt werden. Besonders delikat wird der Vorgang natürlich durch den Bezug zur NS-Geschichte. Wobei Michael Wolffsohn im „Focus“ allerdings bezweifelt, dass es sich bei dem 35 Jahre alten Schülergeschmiere von Helmut Aiwanger überhaupt um Antisemitismus handelt. Das Papier „witzelt tändelnd über die Hölle auf Erden“, so der 1948 in Tel Aviv geborene langjährige Professor an der Münchener Bundeswehr-Uni: „Es ist menschenverachtend, aber ist es deswegen automatisch antisemitisch? Antisemiten machen Juden als Juden verächtlich. Sie fordern die Benachteiligung und sogar Ermordung. Kein Wort davon in diesem dreckigen Text. Merke: Nicht jeder Dreck ist zugleich antisemitisch.“

Anfangs war ja alles ganz anders geplant. Da Hubert Aiwanger 1988 mit dem „Dreck“ erwischt wurde und nicht sagen wollte, wer den geschrieben hatte, muss sein Name heute im Gedächtnis einiger Zeitzeugen mit dem Flugblatt verschmolzen sein, woraufhin die Zeugen dann der „Süddeutschen Zeitung“ („SZ“) einen falschen Tipp gesteckt haben: Der Hubert habe das geschrieben! Die „SZ“-Leute konnten ihr Glück kaum fassen und schossen auf den Chef der Freien Wähler als

den vermeintlichen Autor. Wer sein Geschoss abfeuert, sollte allerdings darauf achten, dass ihm der Rückstoß seiner Waffe nicht selbst die Visage poliert. Genau das widerfuhr der „SZ“, als sich erwies, dass Aiwangers Bruder der Verfasser war.

Affäre geplatzt? Von wegen! Nun begann das substanzfreie Gegrünze und Gequieke. Dass Hubert Aiwanger die Treue zum eigenen Bruder um die Ohren gehauen wird, ist eine Klasse für sich. Totalitären Gewaltherrschern ist die Loyalität zwischen Verwandten, Freunden oder anderen, staatsfernen Gemeinschaften ein Dorn im Auge. Denn sie begrenzt die absolute Herrschaft der Diktatur, der allein die Loyalität der Menschen gehören soll. Daher animieren solche Regime, egal ob braun, rot oder sonst wie eingefärbt, ihre Untertanen durch intensive Propaganda, alle und jeden ans Messer zu liefern, wenn einer „auffällig“ wird – sogar den eigenen Bruder.

Den Schöpfern des Grundgesetzes steckte die Erfahrung dieses ermunterten oder gar erzwungenen Denunziantentums schmerzhaft in den Knochen, weshalb sie verfügten, dass nach deutschem Recht fortan niemand mehr gezwungen werden darf, seine eigenen Verwandten zu belasten. Über viele Jahrzehnte zählten wir diesen Grundsatz stolz zu den „Lehren aus der Geschichte“, die wir Deutsche gezogen hätten. Heute gilt das für manche wohl nicht mehr.

Listig „in Zusammenhang“ bringen

Besonders schräg quiekt das dünne Stimmchen der bayerischen SPD, die bei den Landtagswahlen am 8. Oktober laut Umfragen auf ein Ergebnis von neun Prozent zusteuert. Deren Spitzenkandidat Florian von Brunn meint, es komme „gar nicht darauf an, wer das (Pamphlet) getippt hat“. Es reiche schon, dass Hubert Aiwanger damit „in Zusammenhang gebracht wird“, um gleichsam untragbar zu werden.

Ist das nicht großartig? Erst bringt man den Chef der Freien Wähler durch den falschen Vorwurf der Autorschaft eigenhändig mit dem Text „in Zusammenhang“. Als die Blase dann platzt, wirft man dem falsch Beschuldigten listig vor, „in Zusammenhang gebracht“ worden zu sein. Und von wem? Genau! Mit dem Trick können Sie jeden plattmachen, sie müssen ihm nur irgendwas an den Kopf werfen, schon steht er „im Zusammenhang“ damit. Übrigens auch typisch für totalitäre Diktaturen, wo die bloße Beschul-

—
Totalitären Herrschern ist die Loyalität zwischen Verwandten verdächtig. Sie wollen Denunzianten

digung reicht, um erledigt zu sein. Nicht nur bei Stalin und Mao wurden auf diese Weise Millionen von Schicksalen besiegelt. Daher stützt sich der deutsche Rechtsstaat so sehr auf die Unschuldsumutung, wo falsche Beschuldigungen sogar gefährlich werden können, weil sie den Falschbeschuldiger schnell selbst zum Angeklagten machen. Diese „Lehre aus der Geschichte“ hat man unterdessen wohl in die Schweinesuhle gekippt.

Wird interessant, wie es weitergeht. Was macht eigentlich Markus Söder aus der Angelegenheit? Am Dienstag konnten wir ihn in Hochform erleben, wie er sich in alle Richtungen absicherte und zugleich den maximalen strategischen Nutzen aus den Schwierigkeiten seines Koalitionspartners zog. Aiwanger bleibe auf dem Posten und die Koalition mit den Freien Wähler wolle die CSU auch nach den Wahlen fortsetzen.

Jedoch sei noch nicht alles aufgeklärt, „der Ball liegt wieder bei den Freien Wählern und Hubert Aiwanger“, so der bayerische Ministerpräsident. 25 Fragen soll der Gescholten schriftlich beantworten. Und dann? Ist die Chose danach etwa begraben? Keine Sorge: Bei 25 Antworten sind todsicher welche dabei, die zu Rückfragen einladen, deren Beantwortung weitere Rückfragen ermöglichen. So kann Söder den Chef seines kleinen Regierungspartners bis zur Wahl in gut sechs Wochen auf dem Grill der politmedialen Inquisition brutzeln lassen. Andererseits kann er nach Belieben auch in die Rolle des väterlichen Beschützers von Aiwanger schlüpfen, da ihm das grünlinke Lager mit der „SZ“ vorneweg dauernd vorwerfen wird, mit dem FW-Vorsitzenden nicht hart genug zu verfahren.

Was aber sagen eigentlich deutsche Juden zu dem ganzen Zirkus? Michael Wolffsohn verweist auf vergangene antisemitische Entgleisungen linker Politiker wie Sawzan Chebli oder Joschka Fischer, der als junger Mann an einem PLO-Kongress teilnahm, auf dem der „Endsieg“ über Israel gefordert wurde, was ihm später als Minister nicht schadete. Und Henryk M. Broder erkennt angewidert, dass hier bloß alte Rechnungen beglichen werden.

Man erkennt: Beide sind es satt, dass das furchtbare Schicksal ihrer Leute im 20. Jahrhundert herumgereicht wird wie ein Patronengürtel, aus dem sich jeder ein Projektilchen schnappen darf, um einen Gegner damit auszuschalten. Noch dazu, wenn dabei Gestalten besonders eifrig zugreifen, die bei ihrer „Israel-Kritik“ nie mit Gift sparen.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Historiker und Buchautor Michael Wolffsohn, Sohn und Enkel von Holocaust-Überlebenden, bezieht in der „Bild“-Zeitung (28. August) Stellung zu den Attacken auf den bayerischen Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger (Freie Wähler):

„Als Jude wehre ich mich dagegen, dass Denunzianten uns Juden für ihre tagespolitischen Zwecke missbrauchen. Kurz vor den Wahlen in Bayern wollen sie den konservativen Aiwanger und seine Freien Wähler als Nazis und, daraus abgeleitet, Antisemiten abstempeln. Wer konservativ mit ‚Nazi‘ und ‚Antisemit‘ gleichsetzt, ist ahnungslos und verleumderisch. Wer es dennoch tut, lasse uns Juden aus diesem miesen Spiel raus.“

Ulrich Reitz nennt im „Focus“ (24. August) beim Namen, was das umstrittene „Transgesetz“ im Kern bedeutet:

„Es geht dabei nicht einmal um das Geld. Es geht um Identitäten, um tradiertes Wissen und Fühlen. Diejenigen, die sonst bei der Klimapolitik von ‚Wissenschaft‘ reden, setzen mit ihrem Transgesetz eine Wissenschaft locker mal außer Kraft – die Biologie. Denn: Es gibt nur zwei biologische Geschlechter. Punkt.“

Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel kommentierte das neue „Transgesetz“ auf „X“ (23. August, früher „Twitter“):

„Um Himmels Willen!“

Der Virologe Klaus Stöhr (ehemals WHO) tritt im Gespräch mit dem Nachrichtenportal „nius“ (25. August) einer mancherorts schon wieder angefachten Corona-Angst entgegen:

„Kein einziger Indikator deutet darauf hin, dass wir uns nicht in der ganz normalen, entspannten Sommerperiode der Atemwegserkrankungen befinden: Weder die Anzahl der Atemwegsinfektionen bei den Hausärzten noch die der schweren Infektionen in den Krankenhäusern geben Anlass daran zu zweifeln, dass wir uns in der endemischen Phase von Corona und im Sommer befinden.“

Der Schriftsteller Thomas Brussig rückt in seinem neuen Buch „Meine Apokalypsen. Warum wir hoffen dürfen“ die Dimensionen der deutschen Klimadebatte zurecht:

„Wenn China als weltgrößter Emittent noch bis 2030 seine Emissionen steigern darf, und zwar jedes Jahr um den gesamten Ausstoß Deutschlands, dann erinnert mich der Aktionismus z.B. der ‚Letzten Generation‘ an die Maus aus dem Kinderwitz, die mit einem Elefanten über eine Holzbrücke geht und die, damit es nicht so laut ist, auf Zehenspitzen schleicht.“

● WORT DER WOCHE

„Ein junger Pole wurde in München von einem afghanischen Einwanderer vergewaltigt. Das sind die Auswirkungen der Politik der offenen Grenzen“

Mateusz Morawiecki, Polens Ministerpräsident, am 23. August auf „X“ (früher „Twitter“)



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de